

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die festgelegte Anzahl
Zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Beitritt-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 6. Juni 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Abgewiesener italienischer Angriff am oberen Isonzo.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. Juni 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Um die Reste der Zuckerfabrik bei Souchez wird weiter gekämpft, zurzeit ist sie wieder im Besitz der Franzosen.

Die feindlichen Angriffe bei Neuville wurden abgewiesen.

Der Flughafen Domremont bei Nancy wurde mit Bomben belegt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Anschluß an die gestern bei Rawdsjany und Sawdyniki abgeschlagenen russischen Angriffe stießen unsere Truppen vor, warfen den Gegner, der den Brückenkopf Sawdyniki räumte, und machten 1970 Gefangene.

Weiter nördlich fanden in Gegend Popeljan für uns erfolgreiche Reiterkämpfe statt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Ostlich Jaroslau ist die Lage unverändert.

Ostlich Przemysl befinden sich die Truppen des Generals von der Marwitz im Verein mit österreichisch-ungarischen Kräften im Vorgehen in Richtung Moczyska.

Die Armee des Generals von Einsingen hat den Feind auf Kalusz und Jurawno (am Dnjestr) zurückgeworfen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 5. Juni 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Ostlich Przemysl vermochten die Russen bei Mchka nicht standzuhalten. Die Verbündeten drangen bei Moczyska weiter vor. Im Gebiete des untersten San wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Die Kämpfe am Pruth dauern fort. Der Gegner griff hier an mehreren Stellen heftig an, wurde aber an den Fluß zurückgeworfen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Tiroler und Kärntner Grenzgebiet hat sich auch gestern nichts Wesentliches ereignet. Ein feindliches Bataillon, das sich im Gebiet des Stilfser Joches gezeigt hatte, wurde vertrieben. In Judicarien, im Eischtale, auf den Plateaus Folgaria-Lavarone und an mehreren Punkten der kärntnerischen Grenze wird der Geschützkampf fortgeführt.

Im Küstenlande blieben bei einem blutig abgewiesenen Angriff von vier italienischen Bataillonen auf unsere Stellungen nördlich Tolmein drei Offiziere und fünfzig Mann in unseren Händen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Versenkung eines russischen Minenkreuzers.

Luftbombardement von Harwich.

Amtlich. Berlin, 5. Juni. (W. Z. B.) Am 4. Juni hat ein deutsches U-Boot ein russisches Minenkreuzer der Amur-Klasse bei Baltischport versenkt.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juni führten unsere Marine-Luftschiffe Angriffe gegen die besetzte Humberdmanndung und den Flottenstützpunkt Harwich aus. Die Hafenanlagen von Harwich wurden ausgiebig und mit gutem Erfolg mit Bomben belegt. Zahlreiche starke Brände und Explosionen, darunter eine besonders heftige von einem Gasbehälter oder einem Ölkessel herrührend, wurden beobachtet. Ferner wurde eine Eisenbahnstation mit Bomben beworfen. Unsere Luftschiffe sind heftig durch Land- und Schiffgeschütze beschossen, aber nicht getroffen worden. Sie sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine: gez. Behne.

London, 5. Juni. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Büreaus. Das Pressebureau teilt mit: Feindliche

Luftschiffe haben die Südküste und Ostküste von England heimgesucht und an verschiedenen Orten Bomben abgeworfen. Sie haben einigen Materialschaden angerichtet. Die Zahl der Unglücksfälle ist äußerst gering.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 5. Juni. (W. Z. B.) Amtliche Meldung von gestern abend. Im Gebiete nördlich von Arras dauert der Kampf an; unsere Angriffe kommen vorwärts. Nördlich der Zuckerfabrik Souchez haben wir uns eines feindlichen Schützengrabens bemächtigt und dort etwa 30 Gefangene gemacht. In Neuville-St. Vaast wurde ein Versuch eines deutschen Gegenangriffes durch unsere Handgranaten vereitelt. In dem sogenannten Labyrinth südlich von Neuville haben wir noch etwa 100 Meter gewonnen. Der Feind, welcher Verdun mit weittragendem Geschütz beschößt, hat einige Granaten auf die Stadt abgefeuert, welche jedoch ihr Ziel nicht erreichten. Wir haben unsererseits die Südfront des befestigten Lagers von Metz beschossen. Die Deutschen feuerten auch einige Geschosse auf St. Dis ab, welche weder Verluste noch Sachschaden verursachten.

Zum Zeppelinangriff auf London.

Haag, 5. Juni. (Z. U.) Ein der behördlichen Prüfung entgangener Brief aus London bestätigt, daß der von den Zeppelinen angerichtete Schaden sehr bedeutend ist, was man schon aus der völligen Geheimhaltung aller Veröffentlichungen durch die Regierung vermutete. Eine ganze Anzahl von Lagerhäusern und Stapelhäusern geriet während der Nacht in Brand. Die Regierung suchte zwar die Brände auf Brandstiftung zurückzuführen, es ist aber öffentliches Geheimnis, daß die Brände durch die Zeppeline verursacht worden sind. In den Tilbury-Docks fiel ein großes Lagerhaus mit Jute gefüllt den Flammen zum Opfer, da die Feuerwehre zur Stelle war, verbrannte nicht das ganze Gebäude. 2 Bomben durchschlugen das Dach und das oberste Stockwerk des Gebäudes. Der Rest der durch Feuer verschont gebliebenen Jute hat durch Wasser schwer gelitten. Ein in den Indian-Docks liegender 6000 Tonnen großer Dampfer ging in Flammen auf. Die Kommandobrücke und das Vorschiff wurden völlig zerstört. In der Upperthames brannte ein siebenstöckiges Warenhaus ab.

Die letzte englische Verlustliste.

London, 5. Juni. (W. Z. B.) Die letzte Verlustliste führt 150 Offiziere und 2582 Mann auf.

London, 4. Juni. (W. Z. B.) Nach den Times betragen die englischen Verluste seit dem 29. Mai elftausend Mann.

Die Parteien nach dem Kriege.

Der Weltkrieg hat seine eigene politische Literatur hervor gebracht. Das deutsche Volk war, wie jede moderne Nation, gewöhnt, sich in der Presse über seine politischen Angelegenheiten zu verständigen. Dieser nützlichen Betätigung haben der Bürgerfrieden und die Pressezensur eine Grenze gesetzt. Ueber die Kriegsziele und die Gestaltung der inneren Politik nach dem Friedensschluß, also über die wichtigsten politischen Zeitfragen, schweigt die Presse fast völlig. Öffnet sie angesichts des warnend erhobenen Zeigefingers der Zensurbehörde gelegentlich einmal den Mund, dann bewegt sie sich in Andeutungen und vorsichtigen Wendungen, die der Masse der Zeitungsleser wenig oder nichts sagen.

Der politische Meinungsaustausch ist damit jedoch nicht unterdrückt, sondern nur gezwungen worden, sich einen anderen Kummelplatz zu suchen: er ertönt zwar weniger in den Spalten der politischen Wälder, fällt dafür aber eine Flut von Broschüren. Während viele dieser Schriften vergessen sein werden, noch ehe der letzte Schuß in diesem Kriege gefallen ist, sind manche doch so wichtig, daß sie nicht unbeachtet bleiben dürfen. Heute greifen wir eine von ihnen heraus, um sie ein wenig näher anzuschauen, sie führt den Titel 'Die Parteien nach dem Kriege' und hat den bekannten liberalen Publizisten Dr. Paul Harns zum Verfasser.

Die interessante Frage, was ist eine Partei, löst der Verfasser im Sinne der Mittelparteien. Die Parteien der mögigen Oppositionen, das sind eigentlich die richtigen Parteien. Er verbindet diese Untersuchung mit einer knappen Darstellung der Herkunft der deutschen politischen Parteien und ihrer Stellung zum Staate. Der Liberalismus nur fordert nach Harns seine Reformen im Namen 'jener Staatsgefinnung, die in der Person des großen Friedrich den Hohenzollernstaat leibhaftig regiert... hatte'. Diese Vaterchaft des alten Fritz zum Liberalismus interessiert uns nur, weil Harns auf der nächsten Seite mitteilt, daß der 'Sozialismus unleugbar das Kind des Liberalismus' ist, womit bewiesen wäre, daß wir Friedrich II. als so eine Art Großvater der Sozialdemokratie zu betrachten haben. Da dieses Moment von den Historikern des Sozialismus unseres Wissens bisher ganz unberücksichtigt geblieben ist, glauben wir diesen Hinweis geben zu müssen. Im zweiten Punkte, der Stellung der Parteien zum Staate, sah es nach der Meinung des Herrn Harns vor dem Kriege recht trostlos aus. Das wirtschaftliche Erwerbsstreben hatte arge Verwüstungen in der 'unwüchsig-deutschen Staatsgefinnung' angerichtet. Und da hinein 'fuhr wie ein Sturmwind Gottes der Krieg und rückte mit einem Schlag die verbohrteten Köpfe zurecht. Staatsgefinnung, als unentbehrliche Voraussetzung alles politischen Tuns, ward in ihr halb vergessenes Recht wieder eingesetzt.' Auf dieser Basis werden die Parteien nach dem Kriege ihre Neugruppierung wieder vornehmen.

Für seine Darlegungen über die Stellung der Parteien nach dem Kriege hat der Verfasser zwei Drehpunkte ausgewählt: die Wirtschaftspolitk und die Militärpolitk. Die Steuerpolitk, die gerade für die von Harns so oft hervorgehobene Staatsgefinnung ein würdevolleres Prüstlein ist, streift er nur gelegentlich. Wir glauben indes, daß die Steuerpolitk für die Gruppierung der Parteien von allergrößter Bedeutung sein wird. Gerade hier werden sich die Geister scheiden.

Die Wirtschaftspolitk wird nach dem Friedensschluß eine andere sein müssen, als vor Ausbruch des Krieges. Auch Harns stellt als Ziel der neuen Wirtschaftspolitk die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes durch Zollunionen auf. 'Um eine Erweiterung des inneren Marktes also, nicht um die Angliederung oder Erschließung von möglichst vielen Auslandsmärkten' wird es sich handeln.

Diese durchaus beachtenswerten Ziele entsprechen wohl den Wünschen der kleinen und mittleren Industrie- und Handelsbourgeoisie, deren Ideal ein gesicherter Warenabsatz und im übrigen ein ruhiges Leben ist. Die Großindustriellen und finanzkapitalistischen Träger des wirtschaftlichen Imperialismus verfolgen jedoch ganz andere Ziele. Sie erwarten vom Kriege erhebliche Erweiterungen der Möglichkeit zur Kapitalausfuhr, also 'Angliederung oder Erschließung von möglichst vielen Auslandsmärkten'. Das läßt sich durch manche Aeußerung berufener publizistischer Vertreter dieser Strömungen belegen. Sie betrachteten aber die alte Wirtschaftspolitk von jeher als Basis für ihre Bestrebungen. Das muß betont werden, um nicht den Irrtum aufkommen zu lassen, als stünde hinter jener alten Wirtschaftspolitk nur das Großgrundbesitzerium preußischer Spielart. Schulter an Schulter mit ihnen stehen Großindustrielle und Finanzkapitalisten auf dem gleichen wirtschaftspolitischen Boden. Und mit den Großgrundbesitzern betrachten sie Preußen mit seiner Verfassung als eine 'starke Stellung', wie Harns es ausdrückt.

Der Reichsgedanke, meint Herr Dr. Harms allerdings, wird nach dem Kriege so stark sein, daß er die Konfessionen — zu denen wir nach unseren obigen Ausführungen noch allerlei andere Leute legen müssen — zwingen kann, mehr in den Boden des Reiches hineinzumachen. Wir wissen wohl, was Harms unter diesem Hineinmachen in den Boden des Reiches versteht, glauben jedoch nicht, daß alles das mit einer Handbewegung und durch freundliches Zureden zu erreichen ist.

Wie sich Herr Harms die Militärpolitik nach dem Friedensschluß denkt, sagt er nirgends deutlich. Aber man bekommt eine Ahnung von den Erwartungen dieses liberalen Herrn, wenn man liest, daß er nach einer Bühreredigt gegen einen angeblich existierenden Jbsen-, Shaw-, Wüde- usw. Kultus erklärt, der Krieg habe den Liberalen, die ihn einst als „Unkultur“ verdammt, gezeigt, daß Hindenburg „für das Fortschrittum einen stärkeren Kulturfaktor“ bedeutet, als Tolstoj, Jbsen und Shaw zusammengenommen. In Verbindung damit macht Harms einige recht verächtliche Bemerkungen über „Allerwelts-Friedenskonferenzen“. Alle diese Erfindungen, denen Harms den in höhnisch grinsende Gänsefüßchen gekleideten Sammelbegriff Kulturliberalismus verleiht, werden als „Fremdheit gegenüber der urdeutschsten Geistesarbeit unserer Militärs“ abgetan. Die Militärschriftsteller stellt unser Verfasser der ganzen deutschen Schriftstellerwelt als „geradezu klassische“ Vertreter der deutschen Sprache vor und den deutschen Parlamentariern empfiehlt er ihre Leistungen auf dem Gebiete „positiver Kritik“ als Beispiel.

Der Liberalismus, legt Harms dar, müsse sich mehr auf die durch die Militärs und nebenbei durch Wagner und Böcklin repräsentierte eigene deutsche Kultur stützen, er müsse mehr „Eisen ins Blut“ bekommen. Damit sei auch wieder die Grundlage für einen dauernd einigen Liberalismus gegeben. Allerdings fordert er von den Vertretern des also verjüngten Liberalismus in Parlament, daß sie nicht alles unbedenken richtig finden, was ihnen von den Tischen der Regierung gesagt wird. Aber — „positiv“ muß die Kritik sein! Ob dieser Liberalismus geeignet sein wird, die „feste Stellung“ in Preußen erschüttern zu helfen?

Zu guter Letzt kommt Herr Harms auch auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Mit bewegten Worten mahnt er, man möge sie recht staatsmännisch klug behandeln. Man dürfe die Hoffnungen mancher Sozialdemokraten, die — soweit Herr Harms sehen kann — seit Kriegsausbruch die Politik der Partei bestimmen, nicht zu arg enttäuschen. Das würde sie in Gefahr bringen, von ihrer während des Krieges gewonnenen Stellung zurückzuweichen und zugunsten der einer anspruchsvolleren Tonart abzustimmen.

Kun sagt Herr Harms auf Seite 47:

„Einnischung von außen, namentlich Einnischung der Staatsgewalt, würde es der Partei ohne Zweifel erleichtern, geschlossen über die Krise (die Herr Harms zu sehen glaubt) hinwegzukommen; würde ihre Entwicklung zu einer mitarbeitenden Partei des Gegenwartsstaates aber auch empfindlich hemmen. Bleibt sie sich selbst überlassen, so ist eine Spaltung, oder, wenn man will, die Absplittung einer größeren oder kleineren Gruppe, wohl das wahrscheinlichere. Erst der nächste Parteitag wird darüber Aufklärung schaffen können, wie die Massen sich hinter den einzelnen Führern verhalten, die jetzt allein das Wort haben. Und selbst wenn die innere Auseinandersetzung sich zunächst ungestört vollziehen könnte — mit den Aufgaben der Neuordnung nach dem Kriege wird die Außenwelt an die Partei herantreten und ihr Entscheidungen aufzwingen, die die vorläufigen Ergebnisse des inneren Meinungskampfes wieder über den Haufen werfen würden.“

Harms stellt der Sozialdemokratie die Aufgabe, zu den Wirtschafts-, Finanz- und Militärfragen „eine Stellung zu finden, die nicht in der Zeit hinterm Kriege begründet ist.“ Das versteht wohl jeder ohne Kommentar! Noch deutlicher erkennen wir jedoch den Charakter dieser von uns verlangten Stellungnahme, wenn wir erfahren, daß sie in diesen Fragen eine Mehrheit von Naase bis weit über Bassermann hinaus möglich machen soll. Dann sind die Konservativen isoliert und damit einflusslos. Folgt die Sozialdemokratie diesem von Herrn Harms vorgezeichneten Wege nicht, bleibt sie eine Partei des „Demonstrierens“ und „Fahnenhochhaltens“, dann wird die Regierung die Konservativen für die Bildung ihrer Mehrheiten brauchen und „wer unentschieden ist, kann Ansprüche stellen“. Komisch ist daran nur, daß gerade die Sozialdemokratie ihre Ansprüche zurückstellen soll. Im übrigen ist es das alte Lied, das vom Chor der Liberalen gesungen wird, so lange es eine Sozialdemokratie gibt: die radikale Haltung der Sozialdemokratie stützt die Reaktion. Wir erfahren daraus, daß die Liberalen wenig geneigt sind, „unzulernen“. Während Herr Dr. Harms von uns ein nahezu völliges Aufgeben unseres Wesens und unserer Ziele verlangt, erhebt er selbst eine alle politische Formel des Liberalismus zur Richtschnur für die Haltung der Fortschrittler zur Sozialdemokratie nach dem Kriege. Es freut uns, daß wir das jetzt schon erfahren.

Frenchs Meldung.

London, 5. Juni. (B. T. B.) Feldmarschall French meldet: Seit der Eroberung einiger Nebengebäude und Geländestücken des Kasellis Hooge, drei Meilen östlich von Ypern, in der Nacht vom 30. Mai, wurden unsere dortigen Laufgräben heftig beschossen. Nachdem wir zunächst genötigt worden waren, die Gebäude zu räumen, besetzten wir sie in der letzten Nacht wieder. Nordöstlich Givenchy warfen wir den Feind auf einer Strecke von 200 Meter aus den Laufgräben, wobei wir 48 Kriegsgefangene machten. Bei Anbruch des Tages wurden wir aber durch das feindliche Feuer gezwungen, die Laufgräben wieder zu räumen.

Erfekung belgischer Truppen durch Senegalesen.

Zürich, 5. Juni. (B. T. B.) Nach einer Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“ wurde der größere Teil des belgischen Heeres zur Echolung von der flandrischen Kampffront zurückgezogen und durch französische Senegal-Regenter ersetzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 5. Juni. (B. T. B.) Der Stab des Generalstabs teilt folgendes mit: In der Gegend von Szawli fanden am 2. und 3. Juni Scharmügel statt, welche für beide Parteien fast ergebnislos waren. Am Bobr beschloß der Feind am Abend des 2. Juni Ossowicz mit schwerer

Artillerie. Von der Karenfront und dem linken Weichselufer nichts Neues.

In Galizien hatten wir am linken Sanuser aufwärts der Wislokmündung neuerdings einigen Erfolg, besonders bei den Dorfe Nowosielec, westlich von Rudnik; unsere Truppen trieben den Feind am 3. Juni weiter in ungeordnetem Rückzug zurück. Auf dem rechten Sanuser setzte der Feind seinen Angriff im Wisznia tale fort; der Kampf dauert noch an. Zwischen Przemysl und dem Dnjestr in der Gegend von Strukonica warfen wir den Feind von neuem zurück und brachten ihm ungeheure Verluste bei. Zwischen den Flüssen Thymienica und Struj gingen unsere Truppen, indem sie die Fortschritte des Feindes aufhielten, auf die Brückenköpfe am Dnjestr zurück. In der Nacht zum 3. Juni versuchte der Feind einen Einbruch in diese Verschanzungen, indem er unsere Truppen auf dem Fuße folgte, wurde aber überall zurückgeworfen und ließ Haufen von Leichen vor unseren Verschanzungen zurück. Während der Nacht machten wir bei Gegenangriffen 700 Gefangene, darunter 17 Offiziere, und erbeuteten einige Maschinen-gewehre.

Englische Besorgnis um Lemberg.

London, 4. Juni. (B. T. B.) Ein Leitartikel der „Daily News“ drückt die Befürchtung aus, daß die Russen durch den von zwei Seiten, von Przemysl und von Struj, kommenden Angriff zur Räumung ganz Galiziens gezwungen werden könnten und daß selbst Lemberg fallen könnte.

Manchester, 4. Juni. (B. T. B.) Der „Manchester Guardian“ schreibt schon vor dem Fall von Przemysl: Was besondere Besorgnis erregt, das sind die sehr schweren Verluste der Russen an Menschen und Waffen im letzten Monat. Wir wissen nicht, wie weit sie diese Verluste haben wettmachen können.

Die Ursachen der galizischen Erfolge.

Bukarest, 5. Juni. (B. T. B.) Die „Independance“ sagt, die strategische Bedeutung des Falles von Przemysl werde wahrscheinlich darin bestehen, daß die Russen Galizien räumen müssen. Mit Rücksicht auf die großen Verluste der Russen sei es heute fraglos, daß sie nicht zu einer Offensive fähig seien. Die Ursache der Niederlagen der Russen auf der ganzen Linie liege in dem Mangel an schwerer Artillerie sowie an Munition. Das erstmal sei die Festung durch Hunger gezwungen worden, diesmal durch schwere Kanonen und Verge von Munition.

Der türkische Krieg.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. Juni. (B. T. B.) Der Generalstab teilt mit: An der Dardanellenfront im Gebiete von Seddul Bahr greift der Feind, gestützt auf Verstärkungen, die er in den letzten Tagen erhalten hat, seit gestern nachmittags heftig an. Er wurde durch unsere Gegenangriffe zurückgetrieben. Bis jetzt haben wir fünf Maschinengewehre erbeutet. Unsere Küstenbatterien auf der anatolischen Küste beschießen mit Erfolg, sobald der Augenblick ihnen günstig ist, die Angriffskolonnen und Artillerie des Feindes ebenso wie seine Schiffe, wenn sie sich zeigen. Eine Granate traf den „Bruiz“. Bei Ari Burnu keine bedeutende Aktion. Am 30. Mai hat ein deutsches Unterseeboot in der Nacht ein feindliches Schiff nahe der Stratos-Inseln, südlich von Lemnos torpediert und versenkt. Von welchem Typ das versenkte Schiff war, konnte nicht festgestellt werden. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni ging ein französischer Minensucher zwischen den Inseln Keusten und Gelim vor Smyrna durch eine Explosion unter. Seine Trümmer wurden an die Küste von Smyrna geworfen.

Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Zur Torpedierung des „Majestic“.

Athen, 4. Juni. (B. T. B.) Eine Depesche aus Mytilene bestätigt die Versenkung eines englischen Linien Schiffes vom Typ des „Majestic“ und behauptet, im Gegensatz zu der englischen Nachricht, daß ein großer Teil der Besatzung umgekommen sei. Es handelt sich um das Linien Schiff „Majestic“, von denen nach amtlicher Bekanntmachung der englischen Admiralität nur 49 Mann tot bezw. vermißt sein sollen. Das Austausch großer deutscher oder österreichisch-ungarischer Unterseeboote vor den Dardanellen erregt hier größtes Aufsehen. Man ist der Ansicht, daß, falls es sich um eine größere Anzahl von U-Booten handelt, das ganze Dardanellen-unternehmen der Alliierten aufgegeben werden muß.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 5. Juni. (B. T. B.) Der Stab der Kaukasusarmee hat gestern folgendes mitgeteilt: Im Küstengebiet hat unsere Artillerie durch genaues Schießen Unterstände und Verschanzungen des Feindes zerstört. In der Richtung Diti unbedeutendes Gewehrfeuer in der Gegend von Lene. In der Gegend von Meliazghert haben Türken und Kurden das Dorf Derik angegriffen, aber in Front und Flanken angegriffen und über den Haufen geworfen, ließen sie ungefähr vierhundert Tote auf dem Platz. Auch die Offensive der Türken, welche von Abdulschewaz zugleich gegen Karali und Liater vorstieß, wurde zurückgeworfen; unsere Kavallerie drang in Abdulschewaz ein und säbelte dort an hundert Kurden nieder. In der Richtung auf Wan greifen unsere Truppen die Türken an, welche Höhenstellungen südlich von Rakor auf den dreitausend Meter hohen Pässen der Dschavlabakette innehaben.

Petersburg, 5. Juni. (B. T. B.) Der Generalstab der Kaukasusarmee gibt bekannt: Am 3. Juni fand an der Küste das gewohnte Geschütz- und Gewehrfeuer statt. In der Gegend von Olyt fanden Vorposten-gefechte statt. Ein Versuch der Türken, bei Arkins vorzuziehen, wurde von unserem Feuer unterdrückt. Wir bedrängten ebenfalls türkische Bedeckungsabteilungen bei Mus und westlich von Jahan. In der Richtung auf den Olytschai und Gebirgshai wurden türkische Vorstoßversuche abgewiesen. Bei Sarykamisch und bei Akhorassan warf eines unserer Bedeckungsdetachements den Gegner zurück, der vorzugehen versuchte. In der Gegend von Meliazghert drängten unsere Truppen die Kurden von Bichai in westlicher Richtung zurück, nachdem sie etwa 60 Mann niedergemacht hatten. Die aus der Gegend südlich von Meliazghert gegen Khanyl zurück-geworfenen Türken wurden bei Deryk zum Rückzug gezwungen. In der Gegend von Wan dauern die Kämpfe um die Bergkette von Djavlabak fort.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

Lissabon, 4. Juni. (B. T. B.) Meldung der Agence Havas. Nach Vätermeldungen hat der Postdampfer „Domarara“ auf der Fahrt von Liverpool nach Lissabon das Periscope eines Unterseebootes, welches ihn verfolgte, beschossen. Das Unterseeboot verschwand sofort.

London, 5. Juni. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Dampfer „Intim“ wurde bei Kap Lizard torpediert und versenkt. Die Besatzung von vierzig Mann wurde gerettet.

London, 4. Juni. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der schwedische Dampfer „Lapland“, nach Middleborough unterwegs, ist 55 Meilen von Peterhead gesunken. Die Besatzung von neunzehn Mann und vier Frauen wurde in Peterhead gelandet.

Rotterdam, 5. Juni. (B. T. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Ein deutsches U-Boot bohrte Mittwoch bei den Scillyinseln den belgischen Fischdampfer „Delta“ durch ungefähr 40 Kanonenschüsse in Grund. Die Besatzung von elf Mann wurde in St. Marys gelandet.

Brest, 5. Juni. (B. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Dampfer „Benfeld“ aus Brest ist gestern mittag von einem Unterseeboot im Aermellanal versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.

London, 5. Juni. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Dampfer „Jona“, 3944 Tonnen groß, und der Segler „Chrysothos“ wurden am Donnerstag bei der Insel torpediert. Die Besatzungen sind in Airlwal angekommen. Zwei Segler aus Lowestoft wurden Donnerstag in der Nordsee torpediert. Die Besatzungen sind in Lowestoft eingetroffen.

Kristiania, 5. Juni. (B. T. B.) Nach einem Telegramm an die Rederei Wilhelmssen soll der Führer des deutschen Unterseebootes, das den norwegischen Dampfer „Cubano“ versenkte, gegenüber dem Kapitän erklärt haben, daß der Dampfer ein englisches Schiff sei. Die Besatzung von 33 Mann erhielt Zeit, in die Boote zu gehen. Sie brachte 22 Stunden im Sturm zu, ehe sie auf den Hebriden landete.

Zum amerikanisch-deutschen Notenaustausch.

London, 4. Juni. (B. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Gerard, hat dem Staatsdepartement den Inhalt der deutschen Note übermittelt, in welcher Schaden-ersatz für die Beschädigung des amerikanischen Dampfers „Gulflight“ zugesagt wird. Die Note besagt, daß der Kommandant des deutschen Unterseebootes die amerikanische Flagge erst gesehen habe, als der Torpedo schon abgefeuert war. Die Note gibt dem Bedauern der deutschen Regierung über den Vorfall Ausdruck.

Drei Monate Unterseebootskrieg.

Am 18. Mai waren es drei Monate, seitdem der deutsche Handelskrieg durch Unterseeboote währte. In dieser Zeit wurden insgesamt von deutschen Unterseebooten 111 feindliche Fahrzeuge aufgebracht resp. versenkt. Im ersten Monat 20, im zweiten 30, im dritten 42 Fahrzeuge. Im ersten Monat betrug die Tonnage der erbeuteten Fahrzeuge 82 310, im zweiten 73 712, im dritten 78 217 Tonnen.

Die bisherigen Verluste an Kriegsschiffen.

Große Flotten sind in dem nun zehn Monate währenden Ringen in den Ozeanen versunken. Von Woche zu Woche wachsen die Verluste an Kriegsschiffen. Sie zeigen jetzt an den Dardanellen rasch an, seitdem die feindlichen Flotten dort einzudringen versuchten. Bisher haben Engländer und Franzosen dort 6 große Kriegsschiffe verloren ohne die vielen kleinen Kriegsfahrzeuge, deren Verlust nicht immer festzustellen war, weil die Feinde darüber nur reden, wenn es nicht mehr zu umgehen ist. Wir wollen nachstehend versuchen, eine Uebersicht über die Verluste an Kriegsfahrzeugen zu geben. Leider kann auch diese Aufstellung nur unvollständig sein, weil viele Verluste verborgen bleiben. So sind darin nicht die beiden englischen Kreuzer enthalten, die in der Schlacht bei Bergen in der Nordsee gesunken sein sollen, als sich englische Schiffe aus Artium gegenseitig beschossen. Auch über andere Verluste in der Nordsee, an den französischen Küsten und in der Adria sowie an den Dardanellen schweigen sich die Dreiverbündler aus. Erst nach Jahren oder vielleicht gar nicht wird darüber eine Meldung durchdringen.

Unsere Aufstellung endet mit dem Verlust des „Agamemnon“, der am 28. Mai so schwer beschädigt wurde, daß er vielleicht wie der „Gaulois“ erst auf dem Wege zum Ausbesserungshafen gesunken ist. Soweit sich ersuchen läßt, haben bisher verloren: England 9 Linien Schiffe, 6 Panzerkreuzer, 5 Kreuzer, also 20 größere Kriegsschiffe, 12 Torpedoboote, 8 Tauchboote, 6 Hilfskreuzer und 3 andere Schiffe, zusammen 49 Kriegsschiffe. Frankreich 2 Linien Schiffe, 1 Panzerkreuzer, 5 Torpedoboote, 2 Tauchboote, 1 Hilfskreuzer, zusammen 11 Kriegsschiffe. Außerdem beide Flotten vor den Dardanellen 4 Torpedoboote. Rußland hat bisher verloren 1 Linien Schiff, 1 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 2 Torpedoboote, 1 Hilfskreuzer, 2 andere Kriegsfahrzeuge, zusammen 6 Kriegsschiffe. Japan verlor 1 Panzerkreuzer, 1 Kreuzer, 1 Torpedoboote, zusammen 3 Kriegsfahrzeuge.

Die Gesamtverluste der feindlichen Länder sind: 20 Panzerkreuzer, 11 Kreuzer, 24 Torpedoboote, 7 Tauchboote, 8 Hilfskreuzer, 7 andere Kriegsschiffe, zusammen 77 Kriegsschiffe.

Die wirklichen Verluste sind viel größer als man weiß. In dieser Aufzeichnung sind nur solche Schiffe enthalten, die gesunken sind. Beschädigte Kriegsschiffe sind nicht aufgenommen. Daß die deutschen Kreuzer, die beim Beginn des Krieges in Auslandsstationen waren oder ausliefen, um den Handel der feindlichen Staaten zu schädigen, alle vernichtet wurden, kann nicht wundern. Haben sie doch alle großen Uebermachten gegenübergestanden und ohne jeden Stützpunkt. Ohne diese ungünstigen Umstände wären die Schiffverluste viel geringer.

Noch anschaulicher wird die Einbuße der feindlichen Flotten, wenn man die Tonnagezahl vergleicht. Es haben verloren: England 40 Kriegsschiffe mit mehr als 277 000 Tonnen, Frankreich 10 Kriegsschiffe mit mehr als 88 500 Tonnen, die beiden Mächte außerdem 6 Fahrzeuge mit 2000 Tonnen; Rußland 9 Kriegsschiffe mit 24 500 Tonnen, Japan 3 Kriegsschiffe mit 13 300 Tonnen, zusammen 77 Kriegsschiffe mit mindestens 355 300 Tonnen.

Es haben, soweit bekannt, ohne die während Kämpfen auf Kriegsschiffen Getöteten, nur durch sinkende Schiffe verloren an Menschen: England 10 300, Frankreich 1500, Rußland 1436, Japan 300, andere Fahrzeuge Englands und Frankreichs 120, zusammen 13 656 Tote.

Die Gesamtübersicht ist also: Die Feinde verloren zusammen 77 Kriegsschiffe, davon 81 Kreuzer, mit einem Gesamttonnengehalt von 355 300 und 13 656 Menschen.

Es sind fürchterliche Zahlen, die alle Vorstellungen von den Schrecken des Seekrieges weit überlegen. Und ungeachtet des Grauenshaften, das aus ihnen spricht, enthalten sie nicht die Verluste an Handelsschiffen und an Menschen, die mit ihnen umkamen.

Welche ungeheuren Werte damit zugrunde gingen, läßt sich derzeit gar nicht ermessen. Bisher hat dieser furchterliche Krieg ganze Flotten verschlungen.

Der Krieg und die Kolonien. Gefecht in Kamerun.

London, 4. Juni. (W. T. B.) Die englisch-französischen Streitkräfte in Kamerun haben am 29. Mai den Feind aus einer starken Stellung bei Njok vertrieben. Die Verluste der Alliierten sind nicht schwer.

Scharmügel an der Ugandabahn.

London, 4. Juni. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau erhält einen brieflichen Bericht aus Ostafrika, daß eine deutsche Abteilung von 15 Weibern und einem Eskari am 20. April eine Brücke der Ugandabahn zwischen den Stationen Mahdu und Simba angegriffen habe, welche von einer Abteilung des 88. Infanterie-Regiments bewacht wurde. Die Deutschen kamen, ohne gesehen zu werden, kriechend durch den Busch heran, überrumpelten die Abteilung und nahmen sie gefangen. Die Brücke wurde beschädigt, aber der Verkehr konnte schon am nächsten Tage wieder aufgenommen werden.

Deutsch-Ostafrikanische Friedensarbeit im Kriege.

Man schreibt uns:

Wie glänzend sich Deutsch-Ostafrika der auf drei Seiten andrängenden Feinde erwehrt, ist bekannt. Soeben erhalten wir nun eine Nachricht, die beweist, daß auch die friedliche Kulturarbeit in unserer größten Kolonie nicht stillsteht. Nach einer hier eingetroffenen Mitteilung ist nämlich bereits Anfang Februar der Dampfer „Göhen“ in Kigoma am Tanganjikasee glücklich vom Stapel gelaufen.

„Göhen“ ist der erste der drei großen Dampfer, die — nach der Denkschrift für den Bau der Westküste der Tanganjikabahn Dar es Salaam—Kigoma—im Anschluß an diese Bahn den Schiffsahrsdienst auf dem See versehen sollen. Der zweite Dampfer „Rechenberg“ befindet sich auf der Schiffswerft von Hof. L. Meyer in Papenburg, die auch den „Göhen“ geliefert hat, im Bau.

Als ein Beweis der hervorragenden Umsicht und Geschicklichkeit der Ingenieure darf es bezeichnet werden, daß es überhaupt gelungen ist, den Dampfer vom Stapel zu lassen, trotzdem wichtige Teile der Ablaßvorrichtungen bei Beginn des Krieges noch unterwegs waren. Damit ist auch die voreilig aufgestellte Behauptung feindlicher Blätter, daß der Dampfer nicht werde zu Wasser gelassen werden können, hinfällig geworden.

Wie geben der Hoffnung Raum, daß es bald gelingen möge, den Dampfer vollkommen fertigzustellen. Bei seiner Größe (er ist 60 Meter lang, 10 Meter breit, bei 490 Tonnen Ladung 2,8 Meter tiefgehend) wird das Schiff einen nicht unbedeutlichen Nachschub darstellen und — im Verein mit den beiden kleinen deutschen Dampfern „Gedwig von Wissmann“ und „Kigani“, welche letzterer früher an der ostafrikanischen Küste als Postkutter tätig war und erst bei Kriegsausbruch mit der Bahn hinaufbefördert wurde — den See mit seiner 1500 Kilometer langen Küste beherrschen. Die bisher auf dem Tanganjika laufenden feindlichen Schiffe sind in den inzwischen erfolgten Kämpfen vernichtet worden.

Der Stapellauf des Dampfers „Göhen“ bezeugt uns von neuem, daß das Wirtschaftswesen im Lande trotz der äußeren Absperrung seinen ruhigen Fortgang nimmt.

Französische Sozialisten für den Frieden.

Der Züricher Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ telegraphiert dieser Zeitung:

„Gustave Hervé teilt in einem Leitartikel der „Guerre Sociale“ mit, ein Teil der französischen Sozialisten wünsche, daß Frankreich Frieden schließe. Diese Gruppe werfe den sozialistischen Ministern und der Leitung der Sozialistenpartei vor, daß sie chauvinistische Politik treiben, weil sie für Fortsetzung des Krieges eintreten. Hervé erklärt, er verstehe und schäme die Leute, die des schrecklichen Mordens müde sind, führt dann aber aus, seiner Ansicht nach könne vor Befreiung Deutschlands von Frieden keine Rede sein.“

Das Werben um Rumänien.

Paris, 5. Juni. (T. U.) Die Blätter berichten, daß rumänische Staatsmänner mit Oesterreich und Rußland verhandeln. Während von ersterem nicht viel zu erhoffen ist, scheint eine Übereinstimmung mit letzterem nicht ausgeschlossen. Allerdings habe Rumänien großen Appetit; es fordere einen bemerkenswerten Teil von Bessarabien und alle von nationalen Rumänen besetzten Gebiete von Transylvanien. Bezüglich der Bukowina sei die Frage gelöst! Hinsichtlich Bessarabiens aber entstand ein Konflikt mit Rußland und mit Serbien wiederum wegen einiger Komitate von Transylvanien. Immerhin nehmen die Verhandlungen einen Verlauf mit dem gegenseitigen Bestreben, zu einer Verständigung zu gelangen. Die Bukarester Diplomaten sind zu geschäft, als daß sie nicht voraussehen würden, daß, was auch eintreffen möge, sei es mit oder ohne Hilfe Rumäniens, der Krieg mit dem Niederringen der Zentralmächte beendet sein wird, so daß sie also eine für sie günstige Gelegenheit, ihre Ansprüche zu befriedigen, nicht vorbegehen lassen wollen.

Die inneren Verhältnisse in Rumänien.

Von einer mit der rumänischen Politik vertrauten Seite geht der „Frankfurter Zeitung“ aus Bukarest die folgende in den letzten Mailagen abgefaßte Schilderung zu:

Man hatte erwartet, daß der von England finanzierte Treubruch Italiens irgendwelchen Widerhall in Rumänien finden würde und war erstaunt, daß dieses Ereignis ohne weitere Konsequenzen zunächst nur einfach zur Kenntnis genommen wurde. Infolge der Versprechungen berufener und unberufener Vermittler hatte man sich hier in der Hoffnung gewiegt, daß Italien bei seinen Verhandlungen mit den Mächten des Dreiverbandes auch die Interessen Rumäniens wahrnehmen werde, und war recht schmerzlich berührt, daß das egoistische Rom nur an seinen eigenen Vorteil gedacht hat. Man sah, daß selbst die geringsten nationalen Bestrebungen Serbiens bereits geschoben worden sind, trotz des Dankes, welchen der Dreiverband diesem schwer geprüften Bundesgenossen für die im allgemeinen Interesse geleistete Mitarbeit schuldet. Der Erfolg im Banat, den man in Serbien für seine wertvollen Leistungen auf die Zue an der Adria bietet, solidiert aber mit den rumänischen Ansprüchen auf diesen Teil der Haut des noch recht wilden Bären. Auch die Hoffnungen, die Rumänien auf das Entgegenkommen Rußlands setzte, scheinen nicht erfüllt zu werden. Die Bekanntgabe der russischen Absichten auf die Monopolisierung des Schwarzen Meeres und der Donaumündungen, welche bei dem Angriff auf die Dardanellen bekannt und erwiesen wurden, die mifsachende Art und Weise, mit welcher die Geltendmachung der nationalen Ansprüche Rumäniens in Petersburg auf-

genommen und beurteilt wurden, gaben die Veranlassung, daß hier in gebildeten und informierten Kreisen Rumäniens eine Meinungsänderung eingetreten ist, welche vielleicht zu einer veränderten Stellungnahme des Landes führen wird. Daut der eifrigen Bemühungen des französischen Gesandten sind die Verhandlungen zwischen Bukarest und Petersburg neuerdings wieder in Gang gekommen, jedoch scheinen auf beiden Seiten keine allzu großen Hoffnungen zu bestehen, daß dieselben zu einem baldigen Resultat führen werden. Einmal sind die Ansprüche, welche Rumänien stellt, sehr weitgehend. Rumänien würde für den Fall eines Bündnisses mit der Entente außer der Bukowina und Siebenbürgen auch das Banat verlangen, andererseits traut Rumänien den russischen Versprechungen nicht recht und verlangt Garantien, ohne daß bisher klar geworden ist, worin diese bestehen müssen. Rußland behandelt ungedulden Rumänien mit der gewohnten Arroganz und scheint kein Verständnis für die rumänische Auffassung zu haben, daß das rumänische Schwert diejenige Schale zum Einsetzen bringen wird, in welche es geworfen wird, eine Auffassung, welche auch unsere letzten großen Erfolge in Galizien noch nicht völlig berechtigt haben. Angesichts dieser Schwierigkeiten kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die rumänische Regierung vorläufig keine Veränderung in ihrer Stellungnahme einzutreten lassen wird. In den letzten Tagen spricht man viel von einer Annäherung zwischen Rumänien und Bulgarien, worüber neuerliche Verhandlungen im Gange sein sollen. Die russophile Presse verheißt ihre Freude über die Verjüngung einer Annäherung zwischen diesen beiden Ländern nicht.

Als erste Wirkung der veränderten Auffassung der Lage kann ein gewisses Nachgeben in der Exportfrage aufgefaßt werden. Man hatte durch willkürliche Maßregeln und schikanöse Bestimmungen die Interessen der Zentralmächte mit einem Eifer, der einer weit besseren Sache würdig gewesen wäre, zu schädigen gesucht, dabei aber gleichzeitig weit größere Interessen von Tausenden von rumänischen Landwirten und Industriellen empfindlich verletzt. Auch in anderen Kreisen gährt es allmählich und das sonst so geduldige rumänische Volk beginnt sich gegen die Schreckensherrschafft der russophilen Kriegsbeher zu erheben. Bereits vor längerer Zeit fingen Sozialisten und Arbeiter schüchtern an, gegen die Teilnahme Rumäniens an dem Kriege zu protestieren. Diese Manifestationen, welche die Regierung nicht zu verhindern suchte, mehrten sich in der letzten Zeit, um eine stärkere geschlossene Form zu gewinnen. Zu Ausfärcitungen ist es bisher noch nicht gekommen. Bei der zunehmenden Erregung ist es nicht ausgeschlossen, daß es schließlich zu Zusammenstößen mit den unter russischem Einfluß stehenden Kriegsbeherern kommen wird. Die russischen politischen Agenten, die das Land mit einem Netz überspannen, fahren fort, aus dem Dunkel, worin sie sich verborgen hatten, mit allen Kräften ihre Arbeit zu verrichten, aber das Mißtrauen gegen Rußland wächst und ihre Arbeit wird von Tag zu Tag schwerer. Hierin dürfte vor allen Dingen der Grund zu einer gewissen Nervosität liegen, der diese Kreise ergriffen hat, die sich bis in die Spigen der offiziellen Vertretung des Dreiverbandes erstreckt. Die Nervosität geht soweit, daß sich der französische Gesandte hat hinsetzen lassen, vor einer Anzahl Mitglieder des Jockeyklubs zu erklären, wenn Frankreich wolle, daß Giuseppe Minister werde, so würde er dies einfach werden, darüber gäbe es keine Diskussion. Derselbe Diplomat soll vor einigen Tagen auch dem Ministerpräsidenten gegenüber so zudringlich und formlos geworden sein, daß dieser ihn in sehr höflicher Weise aufforderte, in Zukunft seine Mitteilungen schriftlich zu formulieren.

Ein Bündnis Rumäniens mit den Zentralmächten?

Die „Bosnische Zeitung“ erhält von „besonderer Seite“ einen Situationsbericht aus Bukarest, in dem es unter anderem heißt:

„Die eingeweihten Politiker wissen es ja längst, daß seit dem Jahre 1883 ein Bündnis zwischen Rumänien, Oesterreich, Ungarn und Deutschland besteht, das schriftlich niedergelegt und wiederholt erneuert worden ist. Dieses Bündnis ist und bleibt in Kraft, wenn es nicht vertragsgemäß mindestens ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Die jüngste Erneuerung des Bündnis-Vertrages aber läuft bis zum Jahre 1920. Dieser Vertrag ist bis auf den heutigen Tag nicht gekündigt worden, in ihm ist auch kein so dehnbarer Ratifikation-Paragraf, wie der Paragraf VII des Dreibund-Vertrages, enthalten. Die Neutralisten in Rumänien haben damit gegen die Straßens-Politiker einen starken Trumpf in der Hand, den sie hoffentlich mit Erfolg auszuspielen werden, wenn es hart auf hart kommt.“

Wenn diese Nachricht zutrifft, so entbehrt sie nicht eines gewissen Interesses. Den Optimismus des Berichterstatters jedoch hinsichtlich der Bedeutung dieses Vertrages für den Kampf der Neutralisten gegen die Interventionisten in Rumänien vermögen wir nicht zu teilen. Wenn irgendein Glaube durch den Weltkrieg gründlich zerstört worden ist, so ist es der Glaube an die Heiligkeit der Verträge, die von der Geheimdiplomatie der europäischen Staaten abgeschlossen worden sind.

Prozeß gegen deutsche „Spione“.

London, 4. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Prozeß gegen die beiden wegen Spionage angeklagten Deutschen Müller und Hahn vor dem Lord-Overrichter und zwei anderen Richtern endigte heute nachmittags damit, daß beide schuldig befunden wurden. Müller wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt, kann jedoch Verurteilung beim Kriminalgerichtshof einlegen, Hahn erhielt 7 Jahre Zuchthaus.

Die italienische Anleihe in England.

Lugano, 5. Juni. (W. T. B.) Nach anscheinend zuverlässigen Informationen aus Italien beträgt das Darlehen, das England Italien gewährt, 60 Millionen Pfd. Sterling und ist zu 5 Proz. verzinsbar.

Deutsch-italienische Vereinbarung.

Von der schweizerischen Kreuz, 3. Juni. (T. U.) Der „Berliner Bund“ teilt folgende Verständigung zwischen Deutschland und Italien betreffend Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und ihr Eigentum während des Kriegszustandes mit:

Zwischen Deutschland und Italien ist eine Vereinbarung getroffen worden, in der im wesentlichen folgendes bestimmt wird:

Den Deutschen in Italien und den Italienern in Deutschland wird der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums nach Maßgabe der in beiden Staaten bestehenden Gesetze und Rechtsgrundsätze gewährleistet, sie dürfen sich weiterhin im Lande frei aufhalten, ausgenommen in den von den zuständigen Behörden bezeichneten Gebieten und Ortschaften, sowie vorbehaltlich der Beschränkung von Polizeimaßnahmen, die ihnen gegenüber im Interesse der Staatssicherheit und öffentlichen Ordnung und im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit etwa zur Anwendung gebracht werden. Sie erhalten die Erlaubnis, das Land innerhalb der gegebenen Frist und auf den Wegen, die von den zuständigen Behörden nach ihrem Ermessen be-

stimmt werden, zu verlassen, ausgenommen sind nur aktive und verabschiedete Offiziere, sowie Personen, die wegen gemeiner Verbrechen verfolgt sind. Die Abreisenden haben das Recht, ihr persönliches Eigentum mit sich zu nehmen, soweit die Ausfuhr nicht nach allgemeinen Bestimmungen verboten ist. Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland unterliegen auch weiterhin einem Genusse ihrer Privatrechte, sowie der Befugnis, ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen. Ihr Privatvermögen wird daher keiner Art von Sequestration oder Liquidation unterworfen, außer den durch die bestehenden Gesetze vorgeesehenen Fällen. Auch sollen sie nicht gezwungen werden, ihr Grundeigentum zu veräußern. Patente oder sonstige Schutzrechte, die Deutschen in Italien oder Italienern in Deutschland zustehen, werden nicht als nichtig erklärt werden.

Die Staatsanwaltschaft gegen die Plünderer von Mailand.

Mailand, 5. Juni. (W. T. B.) „Corriere della Sera“ berichtet: Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung der Ausschreitungen in Mailand gegen etwa zweihundert Personen Anklage auf Plünderung und Sachbeschädigung erhoben. Weiter achtzig, zumeist noch nicht achtzehnjährige Personen, sind wieder freigelassen worden.

Holländisches Meerüsten.

Haag, 5. Juni. (W. T. B.) „Vaterland“ meldet, daß der Marineminister sehr bald eine Gesetzentwurf einbringen werde, in der der Bau von zwei Kreuzern und vier U-Booten vorgeesehen wird.

Ausdehnung der Landsturmpflicht in Holland.

Amsterdam, 4. Juni. (W. T. B.) Ein Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung der Landsturmpflicht in der niederländischen Armee ist veröffentlicht worden. Er ermöglicht, den Teil des Volkes für den Kriegsdienst zu verpflichten, der, obwohl tauglich, bisher nicht unter die Waffen gerufen werden kann. Die Regierung beabsichtigt, die Eingeschriebenen, die vom Militärdienst befreit oder freigelassen wurden, nacheinander zum Landsturm einzuziehen und mit dem jüngsten Jahrgange zu beginnen.

Der dänische König unterzeichnet das neue Verfassungsgesetz.

Kopenhagen, 5. Juni. (W. T. B.) Der König hat heute das vom Reichstag angenommene neue Verfassungsgesetz, das in einem Jahr in Kraft tritt, unterzeichnet.

Kriegsbekanntmachungen.

Zur Beachtung bei Feldpostsendungen.

Während der warmen Jahreszeit dürfen leicht schmelzbare Stoffe, wie Butter, Fett, Honig usw. mit der Feldpost nur in sicher verschlossenen Blechbehältern verschickt werden. Die Versendung in bloßen Pappkästen ist durchaus ungeeignet, weil der geschmolzene Inhalt durch die Anschwellung dringt und andere Sendungen beschmutzt und beschädigt. Besonders vom westlichen Artgepackt, wo sich bereits eine hohe Tageswärme geltend macht, wird über solche Beschädigungen lebhaft Klage geführt. Die Postanstalten sind angewiesen, Feldpostsendungen mit leicht schmelzbaren Stoffen in ungeeigneter Verpackung während der warmen Jahreszeit unbedingt zurückzuweisen. Butter und Fett gehören übrigens zu den leicht verderblichen Waren, von deren Versendung ins Feld selbst bei ausreichender Verpackung während der warmen Jahreszeit dringend abgeraten wird.

Kriegsausfluß für warme Unterkleidung.

Berlin, 5. Juni. (W. T. B.) Die Stellung des Kriegsausflusses für warme Unterkleidung, Berlin-Reichstag, zur freiwilligen Krankenpflege hat, wie wir hören, neuerdings eine endgültige Regelung erfahren. Damit — soweit es sich um Liebesgaben handelt — eine gleichmäßige, möglichst wirtschaftliche Verlozung der Truppen mit Wollstoffen unter Vermeidung jeglicher Verschwendung erzielt wird, ist der Kriegsausfluß für warme Unterkleidung unter anderem als „Zentral-Verteilungsstelle“ für alle in den Heimatbezirken (Abnahmestellen) und Liebesgabenabteilungen der Sammelstationen und besonderen Wollbezugs des Stappengebietes lagernden Wollstoffen eingesetzt worden. Man darf diese durch den kaiserlichen Kommissar und Militärinspektor im Einverständnis mit dem Kriegsministerium erfolgte Anordnung wohl als einen erfreulichen Beweis für die erfolgreiche Tätigkeit des Kriegsausflusses für warme Unterkleidung und als Anerkennung desselben ansehen, die dazu beitragen dürfte, die Gefreudigkeit weiter Kreise für den Kriegsausfluß erneut anzuregen und zu fördern.

Letzte Nachrichten.

Die Ladung der „Lusitania“.

Wien, 5. Juni. (W. T. B.) Die „Böhmische Zeitung“ bringt folgendes Berliner Telegramm: Das hochangesehene amerikanische Fachblatt „The Journal of Commerce“ vom 18. Mai veröffentlicht authentische Mitteilungen über die Ladung der „Lusitania“, die eine so vollkommene Rechtfertigung des deutschen Vorgehens darstellen, daß damit jeder weitere Streit erledigt ist. Diese Mitteilungen sind der auf dem Zollamt niedergelegten Ladeliste der „Lusitania“ entnommen. Nach dieser Liste hat die „Lusitania“ für 200 000 Dollar Munition, für 112 000 Dollar Kupfer, Messing und Eisen und für 67 000 Dollar militärische Gegenstände an Bord gehabt. Wie die genannte Zeitung feststellt, spielen unter der Ladung eine Hauptrolle Kupfer, Kupferdraht, Messingplatten und andere Metalle, die, wie das Blatt sagt, „offenbar zum Gebrauch bei der Munitionserzeugung bestimmt“ waren.

Westindische Hilfstruppe...

London, 4. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Jamaica hat 500 Mann Fronttruppen aufgestellt; Trinidad, Barbados und Englisch-Guayana werden dem Vorbilde folgen. Man erwartet, ein westindisches Bataillon von 1500 Mann an die Front schicken und vollständig erhalten zu können.

Camille Belletan gestorben.

Paris, 5. Juni. (W. T. B.) Der radikale Senator für Bouche du Rhone und ehemaliger Marineminister Camille Belletan ist an einem Herzleiden gestorben.

Sonder-Preise • Montag bis Mittwoch

Seidenstoffe

Louisinenseide schwarz . . . Meter 1.15
Taft deutsches Fabrikat Meter 1.40
Blusenenseide gestreift od. kariert, Mtr. 1.90
Schanlungseide bedruckt . Meter 2.50
Deutsche Bästseide 110 cm breit, Meter 3 M.
Messaline einfarb., 90 cm breit, Meter 3.50

Weißwaren

Jackenkragen aus Pikee, mit gestickter Blume . . . 90, 60 Pf.
Blusenkragen aus Pikee, mit Knöpfen 90 Pf.
Blusenkragen aus Pikee, Metrosenform mit Knöpfen 70 Pf.
Nackenrüschen aus glattem Tüll 55 Pf.
Nackenrüschen aus gesticktem Batist 1.20 u. 1 M.
Nackenrüschen aus gesticktem Batist, mit Revers 2.20
Blusenfallenkragen aus Batist, mit Einsatz 1.25

Weisse Hüte

Weiße Südweste für Kinder	Rips	Kräuselstoff	Kappe oder Gamin neue Formen	Rips	Kräuselstoff
	1.35	1.65	2.10	—	—
Weiße Südweste für junge Mädchen	1.90	2.15	Kostümhut neue Formen	2.75	3.50
Weiße Südweste für Damen	2.10	—	Rundhut neue Formen	4.25	—

Elegante weiße Damen-Filzhüte 4⁹⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰
in neuesten Formen mit verschiedenen Garnituren

Waschstoffe

Waschkrepon einfarbig . Meter 50 Pf.
Sportflanell gestreift, imitiert . Meter 60 Pf.
Gitterstoff bedruckt, Streublümch. Mtr. 75 Pf.
Schleierstoff einfarb., etwa 110 cm breit 1.40
Kostümrips Baumwolle, etwa 120 cm breit 1.90
Kräuselstoff einfarbig, etwa 115 cm br. Mtr. 2,25

Morgenröcke

Taschentuch - Malinee bunt gemustert . . . 1.65
Morgenjäckchen aus baumwollenem Musselin, mit grossem Kragen . . . 2.50
Morgenjäckchen aus einfarbigem Krepon, mit absteckenden Blenden . . . 3.50
Morgenrock aus baumwoll. Musselin, mod. Schnitt, in Blend u. Knopfgarn . . . 5.90
Morgenrock aus baumwoll. Musselin, mit bunten Aufschlägen 6.90
Morgenrock aus Seidenbatist m. mod. Krag. Einsatz, und Spitzen garniert . . . 11.50

Ein Posten
Popeline- oder Alpaka-Damenmäntel 15.75
hell und dunkel, dreiviertel lang, moderne Gürtel - Formen mit tiefem Schulterärmel

Kinder-Bekleidung

Kittel aus einfarbigem Leinen Länge 45-56 cm, für 1-4 Jahr 95 Pf. 1.35
Kittel aus einfarbigem Leinen Länge 45-68 cm, für 1-6 Jahr 1.35
Kittel aus gestreiftem Leinen Länge 45-68 cm, für 1-6 Jahr 1.45
Kinderkleid aus einfarbigem Leinen Länge 45-62 cm, für 1-5 Jahr 1.85
Kinderkleid aus einfarbigem Leinen Länge 68-80 cm, für 6-9 Jahr 2.10
Kinderkleid aus gestreiftem Leinen, Länge 50-104 cm, für 2-12 Jahr 1,90 jede weitere 6 cm Länge 25 Pf. mehr

Kinderkleid aus gebüml. Schleierstoff, Länge 50-104 cm, für 2-14 Jahr 6.75 jede weitere 6 cm Länge 50 Pf. mehr
Kinderkleid aus Baumwoll-Musselin, Länge 50 cm, für 2-14 Jahr 2.45 jede weitere 6 cm Länge 25 Pf. mehr
Kinderkleid aus Batist, neueste Form, Länge 50 cm, für 2-11 Jahr 3.75 jede weitere 6 cm Länge 50 Pf. mehr
Kinderkleid aus gestickt. Schleierstoff, Länge 50 cm, für 2-14 Jahr 12 M. jede weitere 6 cm Länge 75 Pf. mehr
Backfischkleid aus weissem Schleierstoff, Länge 110-130 cm 16.75
Backfischkleid aus gesticktem Schleierstoff, Länge 110-130 cm 21.75

Schlupfer-Bluse

aus gestreiftem Kretonn, Kragen garniert, in den Größen für 3 bis 10 Jahre, für 3 Jahre 1.25
jede weitere Größe 15 Pf. mehr

Schlupfer-Anzug

aus modefarbigem Rips, abknöpfbarer Leberkrag, u. Manschetten, Aermel mit Stickerel, in den Größen für 4-10 Jahre vorrätig (jede weitere Größe 50 Pf., ab 9 Jahre 75 Pf. mehr), für etwa 4 Jahre 6.90

Deutsches Theater Kammerspiele

8 1/2 Uhr:
„Der Weibsteufel“.
Lucie Höflich
Klein - Richard
Montag: Der Weibsteufel.

Theater für Sonntag, den 6. Juni.

Berliner Theater
8 Uhr: Extrablätter!
Deutsches Künstler-Theater
8 1/2 Uhr: Die Schöne vom Strand
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
3 Uhr: Der Waffenschmied
8 Uhr: Der Troubadour.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
3 1/2 Uhr: Maria Stuart.
8 1/2 Uhr: O diese Leutnants.
Kleines Theater
Scherz, Satire, Ironie
8 1/2 Uhr: u. tiefere Bedeutung
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr: Herrschaftl. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Hoheit tanzt Walzer
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Alt-Heidelberg.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Sonntag 4 Uhr (halbe Preise):
Der Kanal u. die Ostküste Englands.
8 Uhr:
Flandern und der Krieg.
Montag 8 Uhr:
Flandern und der Krieg.

Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: Wohltäter der Menschheit
Thalia-Theater
8 Uhr: Alt-Berliner Possen-Abend:
Das erste Mittagessen.
Hermann und Dorothea.
Guten Morgen, Herr Fischer!

Theater am Nollendorfpl.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Graf v. Luxemburg
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Der brave Fridolin
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Rausch
Trianon-Theater
3 1/2 Uhr: Die Waive aus Lowood.
8 1/2 Uhr: Die Heiratsschule.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz
8 1/2 Uhr: Rösliches Geist
3 Uhr: Rösliches Geist

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Wie deutsche Helden sterben
Gartenbühne 1/2, 8: D. Försterchristl.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Eine Meile in der Minute.
Gartenbühne: Apollo-Sänger.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Carmen.

Großes Ausstattungstüde in 5 Bildern.
Erstklassiges Varieté
Raffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Mentes Volksgarten
Röderstr. 28, an der Landsberger Allee.
Heute Sonntag:
Konzert und Varieté.
Glänzende Spezialitäten.
Anf. 8 1/2 Uhr. Eröffn. d. Raffeneröffnung 2 Uhr

WINTERGARTEN

— Juni 1915. —
Guido Thielscher
„Venus im Grünen“.
Operette in 1 Akt. v. Rud. Lothar.
Musik von Oskar Straus.
Mitwirkende: Elise Berna.
Lotte Werkmeister vom Thalia-Theater, Berlin. — Karl Bachmann. Julius Spielmann
sowie der
glänzende neue Spielplan.

Spezialarzt
f. Haut-, Ghar., Frauenleiden,
neu. Schwäche, Beintraute jeder Art, Ehrlich Gata - Kuren in
u. Co. fong.
Laborat. 1
Blut-
untersuchung., Gaden i. Serum u.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Ept. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Leihgabl.
Separates Damenzimmer.

Größte Einkaufsvorteile bietet
Dr. Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Riesen-Teppich-Lager

aller Größen und Qualitäten.
Sofa-Größe . . . 5, 10, 15-40 M.
Salon-Größe . . . 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe . . . 45, 60, 75-800 M.
Gardinen, Portieren, Möbelstoffe,
Tischdecken, Steppdecken usw.
Spezialkatalog
Teppiche mit Farbfehlern
neueste Muster, extra billig!

Palast Theater
Heute 2 Vorstellungen
3 1/2 und 8 Uhr.
Nachm. jeder Erwachsene
1 Kind frei.
In beiden Vorstellungen
das ungekürzte Programm mit
Robert Steidl - Adelmans
? Paini ? usw.
— Kleine Preise! —
Angenehm kühler Aufenthalt.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Im Schützen-graben.
Wittorichsches
Zeitbild
von Reysel.
Anfang 7 1/2 Uhr.



GARBÁTY
CIGARETTEN
YORCK · SABA · AKT
FLAGGENGALA 4
(EDINBOURGH).
DEUTSCHES
FABRIKAT

Aus England.

Die Arbeitervertreter in der Koalitionsregierung.

Henderson ist nicht das einzige Mitglied der Arbeiterpartei, das in der neuen englischen Regierung ein Amt erlangt hat.

Am letzten Sonnabend sprach Henderson vor seinen Wählern in Durham anlässlich der durch seine Ernennung notwendig gewordenen neuerlichen Parlamentskandidatur.

Nationalistische Hetzversuche in englischen Gewerkschaften.

Der Gleichmut, womit viele englische Arbeiter ihr Bestreben fortsetzen, in einer Zeit fetter Kriegsprofite nicht ihre Lebenshaltung herunterbringen zu lassen, bringt manche auf die Koalition mit den beiden bürgerlichen Parteien eingeschworene Arbeiterparteier in einige Verlegenheit.

Ursprünglich verfolgt die Union für demokratische Kontrolle die Abschaffung der Geheimdiplomatie und die Begründung eines dauernden Friedens.

Munitionsarbeiter unter Kriegsrecht?

London, 4. Juni. (B. L. B.) Der Parlaments-Korrespondent der „Daily News“ schreibt:

Vom nordöstlichen Kriegsschauplatz.

Schnelzug nach Frieden in Rußland.

Ostpreussische Quartier, den 31. Mai.

Im nachfolgenden gehe ich Mitteilungen wieder, die aus zwei verschiedenen Quellen stammen, welche ganz unabhängig voneinander ihre Informationen aus solchen russischen Kreisen erhielten, deren Verbindungen bis direkt in die Regierung hineinlaufen.

Nach den Informationen aus beiden Quellen ist der Wille zum Friedensschluss in Rußland in hohem Maße vorhanden und erstreckt sich auf die gesamte Bevölkerung.

Unionistische Minister drängen im Kabinett darauf, daß alle Arbeiter, die bei der Herstellung von Vorräten und Munition oder in Bergwerken und Eisenbahnen beschäftigt sind, unter die direkte Kontrolle der Regierung, d. h. unter Kriegsrecht gestellt würden.

Amsterdam, 4. Juni. (B. L. B.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Minister für Kriegsmunition Lloyd George sagte in seiner letzten Rede noch über die allgemeine Wehrpflicht, daß er sie keineswegs für un-demokratisch halte.

Begen die allgemeine Wehrpflicht.

London, 4. Juni. (B. L. B.) Die „Westminster Gazette“ schreibt: Unsere Verbündeten sind entsetzt, daß eine öffentliche Erörterung der Munitionfrage gestattet worden ist.

Die Unabhängige Arbeiterpartei für einen baldigen Frieden.

London, 4. Juni. (B. L. B.) „Labour Leader“ teilt mit, daß der Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei einen Aufruf gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht veröffentlicht hat.

Politische Kritik in England.

Die „Daily News“, die den Kampf gegen die allgemeine Wehrpflicht energisch fortsetzen, veröffentlicht am 30. Mai eine merkwürdige Zuschrift aus Oxford.

Es sind Männer, die das, was sie als ihre Pflicht gegen ihr Land fühlen, in Ehren tun, die dies überall getan haben und tun werden — ob Krieg oder nicht.

Man kann zweifeln, ob der humane Idealismus, der zweifellos aus diesen Zeilen spricht, wirklich bei so vielen Bürgern, wie der Briefschreiber glaubt, bis zum Märtyrertum gehen würde.

Ernährungsfragen.

Die Beratung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann am Freitag mit Erörterungen über Nahrungsmittel.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Delbrück gab nochmals in großen Zügen eine Darstellung der gesamten Ernährungsfrage als gelöst anzusehen sei.

In der Besprechung wurde unter anderem angestrebt, die Reglementierung des Verbrauchs treffe manchen schwer, sei aber unentbehrlich.

Auf verschiedene Anfragen führte der Landwirtschaftsminister aus: Bei der Versorgung der Bevölkerung während des Krieges sei weniger ein Mangel an Brotgetreide als an Futtermitteln hervorzuheben, und auch im nächsten Jahre werde hierin voraussichtlich keine Besserung eintreten.

In der Sonabendbesprechung wurde ausschließlich über die Kriegsgeldverteilung und den Organisationsplan für die künftige Brotversorgung verhandelt.

Einsleitend führte der Berichtsherr Dr. Hoersch-Neukirch aus: Vor allem sei eine verstärkte Dezentralisation vonnöten, die Abnahme, Bezahlung und die Disposition der ersten geschäftlichen Maßnahmen in die Hände der Kommunalverbände zu legen habe, welche den Produzenten, aber auch einem großen Teile der Konsum-

Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, im gleichen Geiste tätig gewesen seien.

Um die Mägen im Offizierskorps auszufüllen, habe man durch eine Proklamation die Schüler höherer Schulen aufgefordert, sich zur Militärschule zu melden.

Auf diese Weise gefesse sich für Rußland zu dem bisherigen Kriegszustand, zu den furchtbaren Opfern an Menschen und wirtschaftlichen Werten auch noch die Aussicht auf Hunger und Hungertod.

Diese Auslassungen schienen mir wegen der Anstände und wegen der Quellen, denen ich sie verdanke, beachtenswert genug, um davon an dieser Stelle Notiz zu nehmen.

Düwelle, Kriegsberichtsherr.

menten näherhänden wie eine einzige Zentralstelle in Berlin. Der weitere Ausbau könne in einer Provinzialausgleichsstelle bestehen. Bestimmt aber müsse eine Landeszentrale den einzelnen Bundesstaaten zugebilligt werden, welche ihrerseits den Verkehr mit der letzten Ausgleichsstelle des Reiches zu betreiben habe. Der Reichszentrale sei neben der Verwaltungsstelle eine geschäftsführende, kaufmännisch geleitete Stelle beizugeben, der auch unter Umständen die Verwaltung der in Aussicht genommenen staatlichen Getreidezulagen anzuvertrauen sei. Unter allen Umständen sollte aber an den leitenden Stellen nicht eine von einem unabhängigen Aufsichtsrat geleitete private G. m. b. H. stehen, sondern es habe ein durchaus paritätisch, aus allen beteiligten Berufsständen, aus Vertretern der Produktion und des Konsums gebildeter Ausschuss, selbstverständlich unter Zutritt von Staatsbeamten die Verwaltung auszuüben.

In der Besprechung ergab sich Übereinstimmung darüber, daß die Kriegsgetreidegesellschaft fortbestehen, jedoch umgestaltet werden solle.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium sagte, die an der Kriegsgetreidegesellschaft geübte mannigfache scharfe Kritik in der Öffentlichkeit sei daraus zu erklären, daß die Kriegsgetreidegesellschaft in der Not der damaligen Zeit gegründet worden müßte unter vorwiegender Berücksichtigung der Konsuminteressen. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe in die Interessen der Landwirte wie des Handels wie der Müller eingreifen müssen; hieraus erkläre sich ein nicht geringer Teil der Angriffe. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe ihre schwere Aufgabe, die Wehrversorgung der gesamten Bevölkerung, der Armee und der Gefangenen sicherzustellen, nur leisten können, wenn sie die Einfuhr der Selbstverwaltung aus § 26a tunlichst lange und mindestens bis zur endgültigen Feststellung des Ueberschusses und Bedarfs der Kommunalverbände hinausjagte. Der Nachteil, daß feinerzeit beschlagnahmtes Getreide nun in geringer Menge hier und da wieder freigesetzt werden müsse, denen es einst entzogen wurde, sei von geringer Bedeutung. Gegenwärtig unter Geltung des § 26a habe mehr als die Hälfte der Kommunalverbände Selbstwirtschaft. Im kommenden Erntejahr werde die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände ausgebaut werden können. Mit großem Nutzen seien vielfach mehrere Kreise zu einem Versorgungsbezirk vereinigt worden. Vornehmlich bewährte sich die Zusammenarbeit einzelner Städte mit ihren benachbarten Landkreisen. Zwangsweise solle man größere Verbände nicht schaffen. Die Kriegsgetreidegesellschaft müsse unter allen Umständen im neuen Erntejahre erhalten bleiben. Eine rein bürokratische Ausgleichsstelle genüge nicht. Der Handel mit einem an Qualität so verschiedenen und so empfindlichen Artikel wie Getreide erfordere eine kaufmännische Organisation.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums stellte fest, daß in allen wesentlichen Punkten der zur Besprechung stehenden Fragen Übereinstimmung zwischen Regierung und Kommission bestehe. Meinungsverschiedenheiten beständen nur hinsichtlich von Einzelheiten der Neuorganisationen. Die Schwierigkeiten, die sich der Kriegsgetreidegesellschaft ergeben hätten, seien zurückzuführen erstens darauf, daß die Kriegsgetreidegesellschaft schon als privatgeschäftliches Unternehmen bestand und die Aufgabe, 60 Proz. der Getreidevorräte aufzukaufen, schon in Angriff genommen hatte, als die Beschlagnahme erfolgte und der Kriegsgetreidegesellschaft autoritative Eigenschaften gegeben wurden, zweitens darauf, daß die Kriegsgetreidegesellschaft, die erst eine rein preussische Organisation gewesen sei, auf das Reich übernommen werden mußte.

Die Fortsetzung der Besprechung wurde auf Montag, nachmittags 4 Uhr, vertagt.

Politische Uebersicht.

Ueber den libyschen „Raubzug“.

Graf E. Reventlow schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“, anknüpfend an die Rede Salandras, über die Haltung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns während des Tripolitaniens Krieges, der bekanntlich die Vorstufe für die kurz darauf einsetzenden Balkankriege bildete und somit auch mit dem jetzigen Kriege in direktem Zusammenhang steht. „Wie man heute aussprechen kann und muß“, schreibt Graf Reventlow, sei die italienische Expedition nach Libyen „ein Raubzug Italiens im uneingeschränkten Sinne des Begriffs gewesen.“ In Deutschland habe diese Auffassung „uneingeschränkt bestanden und nur rein politische Gründe waren es, welche damals die Reichsregierung und die Presse veranlaßten, die Gefühle der Entrüstung und Verurteilung zurückdrängen, um politisch das Beste aus der neu geschaffenen Lage zu machen, was im Bereiche der Möglichkeit zu liegen schien.“ Wenn hier Graf Reventlow von „der Presse“ schlechtthin spricht, so schlägt er den Tatsachen ins Gesicht. Die sozialdemokratische Presse in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ließ sich damals durch keinerlei „politische Gründe“ und diplomatische Spekulationen abhalten, das imperialistische Abenteuer Italiens als das zu kennzeichnen, was es wirklich war, und die politischen Zusammenhänge aufzudecken, die es Italien ermöglichten, sich in das blutige Abenteuer in Tripolis zu stürzen und die Aufteilung der Türkei einzuleiten.

In einem bestreblichen Gegensatz zu der von Reventlow konstatierten schroff ablehnenden Haltung Deutschlands zu dem libyschen „Raubzug“ stehen die Feststellungen in demselben Artikel, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten „gerade in der Tripolis-Unternehmung Italien ganz unschätzbare Dienste geleistet“ und „Italien würde seine libysche Unternehmung ohne den Rückhalt seiner beiden Bundesgenossen nicht haben durchführen können“.

Nun meint aber Graf Reventlow: „Es liegt heute nicht in der ersten Linie des öffentlichen Interesses, näher auf die verwickelten Zusammenhänge jener Periode einzugehen.“ Wir vermögen den Grund dafür nicht recht einzusehen. Gerade jetzt, wo alte politische Kombinationen zusammenstürzen und einige von den bisher sorgsam gehüteten Geheimnissen der Berufsdiplomatie von den Stürmen des Weltkrieges in Stücke geschlagen worden sind, scheint es uns eine unabwendbare Notwendigkeit zu sein, den „verwickelten Zusammenhängen“ der dem Weltkrieg vorangegangenen Periode in allen Einzelheiten nachzugehen. Die politische Schulung unseres Volkes könnte dadurch nur gewinnen.

Kein englisches Friedensangebot.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„In der „Berliner Tagwacht“ wird ein sozialdemokratischer Aufruf wiedergegeben, in dem unter heftigen Angriffen gegen den Imperialismus behauptet wird, Deutschland habe ein englisches Friedensangebot zurückgewiesen. Auch in hiesigen Arbeiterkreisen werden Gerüchte zu verbreiten gesucht, nach denen im März ein angesehenes Amerikaner hier englische Friedensangebote überbracht hätte.“

Wir stellen fest, daß keinerlei Friedensanregungen der englischen Regierung hierhergekommen sind. Im März hat allerdings ein angesehenes Amerikaner, der, um

über die Stimmung der kriegführenden Staaten sich zu informieren, die europäischen Hauptstädte bereiste, aus Paris und London kommend Berlin besucht, hier aber lediglich mitteilen können, daß weder in Paris noch London irgendeine Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestehe.“

Für den Frieden.

Der Kardinal Hartmann von der Kölner Erzbischofs hat einen Hirtenbrief veröffentlicht, in dem er ermahnt, im Gebet um die Herbeiführung des Friedens zu bitten. Am 18. Juni soll ferner eine allgemeine Kollekte zum Besten der in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen veranstaltet werden.

In dem Hirtenbrief heißt es u. a.: „Wahrhaftig, die Not ist groß geworden auf Erden in diesen fürchterlichen Kriegswirren, auch unsere Not trotz aller glänzenden Waffenerfolge unserer tapferen Heere und trotz all unserer Jubelstimmung über den Sieg. Es erschüttert uns im Innersten unserer Seele, wenn wir der Opfer gedenken, die in der Blüte und Kraft des Lebens dahinsinken auf den Schlachtfeldern, der Wunden und Gefangenen; wenn wir gedenken der Verwüstungen und Verheerungen, der Lasten, Sorgen und Tränen, die dieser Krieg schon gefordert hat und anscheinend noch weiter fordern wird, daheim in unserem Vaterlande und bei unseren treuen Verbündeten, aber auch selbst bei unseren Feinden.“

„Das blödsinnige Dreiklassenwahlrecht.“

Der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann hat im „Tag“ seine Parteifreunde Schiffer und Böhmke kritisiert, weil sie kürzlich für eine Reform des preussischen Wahlrechts eintraten. In Abwehr dieser Angriffe erinnert nun der „Deutsche Kurier“ an eine Rede, die Fuhrmann im Dezember 1907 gehalten hat. Nach dem „Kurier“ hieß es darin:

„Es ist das erstrebenswerteste Ziel, auch für den Landtag das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen. Ich mache aus diesem Wunsche gar kein Geheimnis. Ein elenderes, ungerechteres, verlotterteres Wahlrecht als das preussische Landtagswahlrecht gibt es nicht. In Preußen registriert heute nur der Geldsack, um den zu befechtigen, finden Sie mich alle Zeit bereit. Es gibt nichts Unmoralischeres als eine öffentliche Wahl. Wenn ein Arbeitgeber die Macht, die ihm sein Geldbesitz verleiht, dahin ausübt, daß er Arbeitnehmer zwingt, ebenso zu wählen wie er, so beweist das die Erbärmlichkeit dieses Systems. Das erste Erfordernis, für das wir eintreten werden, ist die Befreiung der öffentlichen Wahl und dann die des blödsinnigen Dreiklassenwahlrechts.“

Schärfer ist auch von der Sozialdemokratie dieses Wahlrecht nicht kritisiert worden.

Schluß des Preussischen Landtags.

Zu der Frage, ob Schluß oder Vertagung, können wir mitteilen, daß das Staatsministerium nach erneuter Erwägung bei seinem Beschlusse, die gegenwärtige Session beider Häuser des Landtags demnächst zu schließen beharrt. Infolge dieses Beschlusses hat der Präsident des Abgeordnetenhauses die Vertreter der Fraktionen zu einer Besprechung auf Mittwochnachmittag eingeladen.

Die Arbeiten des Preussischen Landtags werden sich wohl lediglich auf die Verhandlungen der verstärkten Budgetkommission beschränken. Noch eine Plenarsitzung Ende nächster Woche für die Verichterstattung aus dieser Kommission, und dann tritt der Sessionsschluß ein. Vor Spätherbst dieses Jahres ist dann kein neues Zusammentreten des Preussischen Landtages zu erwarten. Jedenfalls liegt der Zeitpunkt der erneuten Einberufung nachher ausschließlich bei der Regierung.

Aus der Haft entlassen.

Zu Elberfeld war vor vierzehn Tagen der Genosse Otto Niebuhr als Verantwortlicher der Monatschrift „Morgenrot“ verhaftet worden. Ein Antrag auf Haftentlassung war von der Elberfelder Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Die gegen diesen Entscheid beim Oberlandesgericht eingeleitete Beschwerde hatte Erfolg. Der Antrag auf Haftentlassung gegen eine Kaution von 5000 M. ist am Sonnabend genehmigt worden.

Reform des Reichsvereinsgesetzes.

In der vorletzten Tagung waren im Reichshaushaltsausschusse einige Änderungen des Reichsvereinsgesetzes in bezug auf die Teilnahme Jugendlicher an politischen Versammlungen, ferner in bezug auf den Gebrauch fremder Sprachen in solchen Versammlungen und in bezug auf die Gewerkschaften beantragt worden. Der Haushaltsausschuß beschloß, die Anträge einem besonderen Ausschusse zu überweisen, und das Haus trat diesem Beschlusse bei. Es wurde ein Ausschuss von 21 Mitgliedern niedergesetzt, der sich laut „Deutscher Tageszeitung“ am letzten Tage vor der Vertagung konstituierte. Der Vorsitzende ist der nationalliberale Abgeordnete Jund.

Sehr gehaltene Kartoffelpreise.

Manche amtlichen Stellen scheinen die Absicht zu haben, das Sinken der Kartoffelpreise zu verhindern. So macht der Vorsitzende der Kriegsgetreidekasse des Landkreises Bielefeld bekannt, daß Kartoffeln zum Preise von 6 M. zu kaufen gesucht werden. Die hohen Kartoffelpreise sind längst heruntergegangen und ein Preis von 6 M. rechtfertigt sich bei den tatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht mehr.

Infolge des hohen Angebots und namentlich auch, weil fortgesetzt große Mengen von Kartoffeln aus Holland eingeführt werden, ist in einigen Bezirken Nordwestdeutschlands der Preis für die Kartoffeln schon auf 2-3 M. für 100 Pfund gesunken.

Keine Teuerungszulage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bremischen Bürgerschaft hatte den Antrag gestellt, den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. In der Sitzung vom 2. Juni wurde der Antrag von den bürgerlichen Vertretern scharf bekämpft und abgelehnt, weil man befürchtete, daß dann auch die Arbeiter in den Privatbetrieben die Teuerungszulagen fordern würden. Zu ihrer Bewilligung bedürfte es der Zustimmung der Herren, aber, den Senat mit der Abfassung eines Verdictes über die Wirkung der Teuerung zu beauftragen.

Der Umfang der Zerstörungen in Ostpreußen.

Der Kriegsschaden an Gebäuden in Ostpreußen ist jetzt genau ermittelt worden. Der Leiter der vom Staate neu geschaffenen Hauptberatungsstelle in Ostpreußen, Vaurat Fischer, hat in einem Vortrage über den Umfang der Zerstörungen folgende Angaben gemacht. Es sind

im Regierungsbezirk Königsberg in 9 Kreisen 2407 Gebäude
• Allenstein 9 12 768
• Gumbinnen 12 18 878
zusammen in der ganzen Provinz 33 558 Gebäude
vernichtet oder stark zerstört worden.

Das Stickstoffhandelsmonopol.

Zu den Ausführungen, die eine Berliner Zeitung an Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Vertagung der Stickstoffkommission bis Anfang August angeschlossen hat, bemerkt jetzt das offizielle Organ:

1. Die Auffassung, daß die Monopolvorlage lediglich auf die Erzeugung von Kalkstickstoff zugeschnitten sei, ist irrig. Zweck der Vorlage ist vielmehr, eine für die Bedürfnisse der militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung ausreichende Erzeugung von Stickstoffverbindungen, einerlei welcher Art, im eigenen Lande gegenüber allen Möglichkeiten sicherzustellen.

2. Gleichfalls irrig ist die Annahme, daß die Reichsleitung bei ihren bisherigen Maßnahmen das Haber'sche Verfahren der synthetischen Gewinnung von schwefelsaurem Ammoniak unberücksichtigt gelassen und lediglich das Caros'sche Verfahren der Gewinnung von Kalkstickstoff herangezogen habe. In Wirklichkeit hat die Regierung die Verschleierung des Ausbaues und die beträchtliche Vergrößerung der nach dem Haber'schen Verfahren arbeitenden Anlagen durch eine weitgehende finanzielle Mitwirkung veranlaßt, bevor die Verträge mit der angeblich allein berücksichtigten Kalkstickstoffgruppe überhaupt zum Abschluß kamen.

3. Die Behauptung, daß die Reichsleitung bei der Behandlung der Stickstofffrage sich nur auf die Informationen und Vorschläge einer Produzentengruppe stütze, ist, wie sich schon aus 1 und 2 ergibt, durchaus un begründet.

Aus dem preussischen Landtag.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind zu Beginn des neuen Sessionsabschnittes eine Reihe wichtiger Anträge eingebracht worden. Die Nationalliberalen beantragen mit Unterstützung der Fortschrittler die Einbringung eines Gesetzesentwurfs über das Verbot der Bildung von Fideikommissen während des Krieges. Das von ihnen verlangte Gesetz soll nur aus einem einzigen Paragraphen bestehen:

„Während der Dauer des Krieges und bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Friedensschlusse ist die Bildung von Fideikommissen oder die Vergrößerung von bestehenden Fideikommissen nicht zulässig. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums. Soweit sie erfolgen, ist dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt davon Mitteilung zu machen.“

Von den Fortschrittler wurde ein Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, dem Hause eine Uebersicht darüber vorzulegen: ob und in welchem Umfange in den gehörten Teilen Ostpreußens Verhandlungen mit den bisherigen Pächtern der Domänen über Aufhebung des Pachtinsvertrages geführt sind; in welchem Umfange im Verhältnis zur Gesamtläche in den in Frage kommenden Landesteilen Domänen für die Zwecke der inneren Kolonisation zur Verfügung gestellt sind oder zur Verfügung gestellt werden sollen; und endlich, ob und in welchem Umfange der Versuch gemacht wird, in den betreffenden Landesteilen auch Privatgüter für die Zwecke der inneren Kolonisation zu erwerben.

Ein anderer fortschrittlicher Antrag bezweckt Maßnahmen gegen die Schädigung der Ernte durch Wild; er verlangt u. a., daß die Befugnis zur Anordnung gewisser Maßnahmen zur Wildschadenverhütung für die Kriegsdauer auch den Gemeindebehörden erteilt werden soll.

Ein dritter fortschrittlicher Antrag fordert die Regierung auf, dem Hause eine Uebersicht darüber vorzulegen, ob und in welchem Umfange in Preußen Land und Geldmittel für Kleinrenten landwirtschaftlicher und landwirtschaftsgewerblicher Art für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zu dem bereits mitgeteilten Antrag Brust (Ztr.) auf Aenderung des Knappschafts-Kriegsgesetzes haben die Sozialdemokraten einen Zusatzantrag eingebracht, wonach Militärpensionen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, auf die Renten der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder nicht angerechnet werden dürfen.

Für den von der sozialdemokratischen Fraktion geplanten Antrag auf Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ist es bisher nicht gelungen, die erforderliche Anzahl Unterschriften zusammenzubringen.

Wie mitgeteilt, hat das Abgeordnetenhaus den Wohnungsgesetzentwurf in die Kommission zurückverwiesen. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß die Kommission auch wirklich zusammentritt. Der Vorsitzende der Kommission hat den Mitgliedern vielmehr die Mitteilung gegeben, daß er, falls das Staatsministerium das Haus schließen wird, die Kommission überhaupt nicht wieder zusammenberufen gedenkt. Sollte die Regierung jedoch den Wünschen des Hauses entsprechend einer Vertagung zustimmen, so beabsichtigt der Vorsitzende eine Sitzung der Kommission einzuberufen, aber voraussichtlich auch erst Ende nächster Woche, wahrscheinlich sogar erst am Montag, den 14. Juni.

Die heilige Unschuld.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das „Allgemeine Handelsblatt“ ist über den „Vorwärts“ entsetzt, weil er ein paar Worte über den Zusammenhang gesagt hat, der zwischen militaristischer Agitation und Kapitalismus auch in Holland besteht. Er nennt es eine ungeheure „Raibität“, daß eine der kriegführenden Parteien ihre holländischen Nachbarn tadelt, weil sie Maßnahmen zu ihrer Verteidigung treffen. — Nichts kann uns natürlicher liegen, als dem würdigen und gewiegten Organ des Amsterdamer Großhandels das Epitheton der Raibität zurückzugeben. Sollte es aber bei seinen Lesern nicht zuviel Harmlosigkeit voraussetzen? Es gibt eine Art, militärische Maßnahmen zu betreiben, die in bestimmten Situationen nicht so sehr die Sicherheit des Landes erhöht, wie die Stimmung für kriegerische Leistungen vorbereitet. Etwas davon hat man ja in Italien gesehen. So „naiv“ sind wir nun nicht, daß wir den Herren vom „Handelsblatt“ wirklich kriegerische Leidenschaften zumuten, trotz einiger Janfarenstöße in den letzten Tagen. Sie haben auch richtig begriffen, daß wir, als wir von der Gründung einer holländischen Waffenmanufaktur sprachen, internationale Erklärungen im Auge hatten. Diese liegen so offen da, daß auch bürgerliche Friedensfreunde für das Staatsmonopol der Waffen- und Munitionsfabrikation eintreten — vielleicht selbst diejenigen, die das Manifest der Zweimündungswang für die Verdreifachung des holländischen Kriegsaufgebots unterzeichnet haben. Das „Handelsblatt“ aber merkt nicht, daß man die Landesverteidigung von privater Profitmacherei separieren kann. — Daß Damen in gefestigtem Alter, die längst aufgehört haben, „naiv“ zu sein, doch die Raiben weiter spielen wollen!

Gewerkschaftliches.

Die langen Lohnzahlfristen.

Auf einer Besprechung rheinisch-westfälischer Gewerkschaftskartelle wurde bei der Erörterung der wichtigen Frage der Sicherung der Volksernährung im Kriege auch wieder einmal der Krebschaden der langen Lohnzahlfristen beklagt und Abhilfe gefordert. Ueber das Uebel dieser langen Lohnzahlfristen, wie sie noch in der Bergbau- und Hüttenindustrie vorherrschend sind, ist von den Arbeiterorganisationen und der sozialdemokratischen Presse schon so viel durchschlagendes Material beigebracht worden, daß man sich billig wundern kann, wie dieses Uebelbleibsel einer vergangenen Zeit immer noch weiter schweren Schaden anrichten kann. Es widerspricht auch dem Geist der Gewerbeordnung durchaus. Nach dem ersten Absatz des § 119a der Gewerbeordnung dürfen Lohninbehaltungen, die von Gewerbeunternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens oder einer für diesen Fall verabredeten Strafe ausbedungen werden, bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrag des Betrages eines durchschnittlichen Wochenlohnes, nicht übersteigen.

Die Berg- und Hüttenunternehmer lassen aber den verdienten Lohn vier, sechs Wochen lang nicht „fällig“ werden und die ganze Wirkung der Bestimmung der Gewerbeordnung ist ausgewirkt! Nach der Arbeitsordnung der Hüttenindustrie in Hattingen können beispielsweise die Arbeiter nach den ersten vierzehn Arbeitstagen nur am 15. eines Monats zum 1. des folgenden Monats oder am 1. zum 15. des folgenden Monats kündigen. Die Löhnung für den abgelaufenen Monat ist erst am 16. des folgenden Monats. Am vorletzten Tag jeden Monats wird ein „Abschlag“ gewährt.

Im Arbeitsverhältnis gestalten sich die Dinge nun sehr oft folgendermaßen: Auf den Hüttenwerken besonders wurde es bis in unsere Zeit vielfach schon als arge Annäherung angesehen, wenn ein Arbeiter vor Beginn der Arbeit fragte, was er verdienen werde. Es hieß unwirksam: „Kommen Sie nicht schon so! Fangen Sie mal erst an, damit wir sehen, was Sie können!“ Ging dann der Arbeiter daraufhin an und stellte sich nachher heraus, daß er viel weniger an Lohn bekam, als er erwartet hatte, dann sah er plötzlich, daß er rascher in die Fabrik gekommen war, als wieder heraus! Ging der Arbeiter am Ersten des Monats an, so bekam er am Ende eine „Abschlags“zahlung. Es heißt wohl in der Arbeitsordnung, daß diese Zahlung der ungefähren Höhe des in der ersten Hälfte des betreffenden Monats verdienten Lohnes entsprechen solle, doch konnte der Arbeiter am Abschlag nicht genauer erkennen, was er verdient hatte. Er mußte warten, bis die Hauptabrechnung erfolgte. Sie geschieht nach der Arbeitsordnung am 16. d. M. Sollte der Arbeiter nun, enttäuscht, wieder fort, so mußte er noch einmal vierzehn Tage gegen den ihm viel zu geringen Lohn weiter arbeiten, bis er überhaupt erst kündigen konnte! Denn der Kündigungsstermin war am 15. des Monats, einen Tag vor der Löhnung! Daß dies Zufall ist, kann man schlecht glauben. Jedenfalls ist die Wirkung die, daß auf diese Weise der Arbeiter gegen seinen Willen gehalten ist, viel länger auf dem Werk zu bleiben, als die eigentliche Kündigungsfrist ausmacht. Am Ersten des folgenden Monats konnte der Mann nämlich erst kündigen, worauf er weitere vierzehn Tage arbeiten mußte, bis er endlich loskam und anberwärt eine bessere Arbeitsmöglichkeit suchen konnte. So beträgt die Kündigungsfrist nach der Arbeitsordnung der Hüttenindustrie zwar nur einen halben Monat, trotzdem mußte der Arbeiter in Wirklichkeit zehn Wochen aushalten. In den Fällen, wo Arbeiter solange nicht für die gezahlten Löhne arbeiten wollen und „in den Sack hauen“, kommt dann hinzu, daß sie sechs Schichtlöhne „wegen Vertragsbruch“ loswerden! Nach der Gewerbeordnung müssen die Kündigungsfristen für beide Teile gleich sein! durch die Bestimmungen über die Lohnzahlung wird bewirkt, daß sie in Wirklichkeit ungleich sind. So ist der Arbeiter doppelt geschädigt, einmal, weil er mit seinen verdienten Groschen das Betriebskapital der Werksunternehmer vermehren helfen muß, und dann durch die lange Bindung infolge der Wechselbeziehungen zwischen Lohn- und Kündigungsfristen. Die uns vorliegende Arbeitsordnung der Hüttenindustrie ist aus dem Jahre 1905. Ob sie inzwischen geändert wurde, ist uns nicht bekannt.

Durch die langen Lohnzahlfristen geraten die Arbeiter in die Vorgewalt der Händler und sie verlieren die Lust an einer geregelten Wirtschaftsführung. Darüber ist auch aus bürgerlichen Kreisen schon viel geklagt worden. So schreibt U. Fischer-Güter in ihrer verdienstlichen Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn, daß die übliche Lohnzahlungsmethode eine regelte Kaufkraft des Bergarbeiters erschwere:

„Die Lohnzahlung findet nach der Arbeitsordnung in der zweiten Hälfte des auf die betreffende Lohnperiode folgenden Monats statt, während in der ersten Hälfte dieses Monats eine Abschlagszahlung gewährt wird. Die Bergarbeiter stellen also ihre Arbeitskraft annähernd sechs Wochen dem Unternehmer zur Verfügung, ehe sie die volle Bezahlung für die von ihnen geleistete Arbeit erhalten.“

So folgt dann die Schuldnechtschaft beim Händler und die gerichtliche Lohnpfindung, die das Uebel vergrößert. Die Unternehmer erklären, daß sie aus Gründen der durchsichtigeren Androhung von den Gepflogenheiten nicht abgehen können; indes sind die vorgebrachten Gründe leicht abzuweisen. Die Behörden hätten es leicht, die Unternehmer zu mehr gesellschaftlicher Rücksichtnahme zu zwingen, wenn sie die langen Lohnzahlfristen und die späte Lohnzahlung nicht selbst zeitgemäßer gestalten wollten. Nach dem zweiten Absatz des § 119a der Gewerbeordnung kann durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle Gewerbebetriebe oder gewisse Arbeiten festgesetzt werden, daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, die nicht länger als einen Monat und nicht länger als eine Woche sein dürfen.

Nebigens wurde vor Jahren aus Oberschlesien gemeldet, daß dort probeweise die Wochenlöhnung auf einigen Zechen eingeführt worden sei. Es hieß, die Unternehmer und die Arbeiter hätten die Änderungen mit Freuden begrüßt. Später wurde zwar gemeldet, die Arbeiter wünschten doch wieder die längeren Lohnzahlfristen, aber es handelte sich, wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ damals feststellte, nicht um Wünsche der Arbeiter, sondern deren „Interessenten“, also der Händler. Diese betrieblichen Leute hatten gefunden, daß die Arbeiter bei der kurzen Löhnungsfrist besser rechneten und sich nicht mehr in dem Umfang wie früher auf Pump allerhand Sachen aufdrängen ließen. Was allgemein volks-

wirtschaftlich ein großer Fortschritt erschien den „Interessenten“ als ein Uebel.

Aber die Sonderinteressen der Händler und der Unternehmer dürfen ja nicht maßgebend sein, wo das Wohl breiter Volksschichten gebieterisch eine Änderung bedingt. Jetzt in der Zeit der Kriegsteuerung wird die Regelung der Frage dringender denn je. Mögen die Behörden die gesetzliche Handhabe benutzen, um endlich die Berg- und Hüttenherren zu veranlassen, kürzere Abrechnungs- und Lohnzahlfristen einzuführen.

Berlin und Umgegend.

Tariferneuerung im Berliner Expeditionsgetriebe.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat mit dem Lokalbverein Berliner Expeditoren neuerdings weitere Verhandlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollkutscher und Bodenarbeiter gepflogen. Die Verhandlungen wurden angebahnt, um zunächst eine Verständigung über die Regelung der Urlaubsgewährung in diesem Sommer für ältere Arbeitnehmer herbeizuführen. Bei diesen Verhandlungen wurde ein Einvernehmen zwischen den Parteien dahin erzielt, daß der am 2. September 1910 abgeschlossene Tarifvertrag, welcher am 1. September 1914 abgelaufen war und nicht wieder erneuert wurde, nunmehr wieder bis zum 31. Dezember 1915 in Kraft gesetzt ist. Die in den §§ 1 und 12 dieses Tarifvertrages getroffenen Bestimmungen über die Regelung des Lohnes und des Erholungsurlaubes erhielten bei den nunmehrigen Verhandlungen folgende Abänderungen:

§ 1. Die in bahnamtlichen und nicht bahnamtlichen Betrieben tätigen Kollkutscher und Begleiter erhalten neben dem bisherigen Lohne von 32,50 M. für die Woche eine Teuerungszulage von 7,50 M., also zusammen 40 M. für die Woche.

Die Bodenarbeiter und Stallleute, welche bisher einen Lohn von 30,50 M. für die Woche bezogen haben, erhalten ebenfalls eine Teuerungszulage von 7,50 M., also zusammen 38 M. für die Woche.

§ 12. Den Kollkutschern, Begleitern, Bodenarbeitern und Stallleuten, welche in demselben Betriebe ununterbrochen beschäftigt sind, ist ein Erholungsurlaub zu gewähren. Bei einer Tätigkeit von 1 bis zu 5 Jahren 1 Woche, bei über 5 Jahren 10 Tage.

Die Zeit, in welcher dieser Urlaub stattfindet, hat der Arbeitgeber unter möglicher Berücksichtigung der Wünsche des Arbeitnehmers in den Monaten Mai bis Ende Juli 1915 zu bestimmen.

Deutsches Reich.

Das graphische Gewerbe Deutschlands im Jahre 1914.

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt werden von allen Berufsverbänden allmonatlich Berichte über die Arbeitslosigkeit und die hierfür ausgezahlten Unterstützungen, sowie über sonstige Verhältnisse eingeholt. Diese Berichte werden amtlich veröffentlicht und im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. In den nachfolgenden Ziffern sind die Resultate von folgenden Verbänden des graphischen Gewerbes zusammengestellt: Deutscher Buchdrucker-Verband, Gutenbergbund (christliche Buchdrucker), Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Deutscher Buchbinder-Verband, Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Rotensicher-Gehilfenverband, Deutscher Kollkutscher-Verband und Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben.

Die Zusammenstellungen zeigen die verheerenden Wirkungen, die der Krieg gerade den graphischen Gewerkschaften Deutschlands gebracht hat. Von allen Gewerben dürfte die graphischen Gewerbe am meisten betroffen sein, weil sie zum großen Teil Ausführungsgewerbe sind. Die Arbeitslosigkeit stieg in den ersten Kriegswochen ins Ungeheure, ließ aber mit der Zeit nach, so daß am Schlusse des Jahres 1914 ein bedeutender Rückgang der arbeitslosen Mitglieder zu verzeichnen war, der jedoch in erster Linie in einer vermehrten Heranziehung zum Militärdienst beruht. Andererseits verrichten sehr viele Mitglieder jetzt andere Arbeiten; sie sind in Gewerkschaften oder in sonstigen Fabriken für Kriegszwecke usw. beschäftigt. Das Gewerbe selbst liegt im allgemeinen immer noch sehr danieder. — Wie sehr die graphischen Verbände durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen sind, lassen folgende Zahlen erkennen: Am Schlusse des Jahres 1913 hatten die obengenannten Verbände zusammen 142 706 Mitglieder; am Schlusse des Jahres 1914 betrug die Mitgliederzahl jedoch nur noch 98 782 und ist bis heute noch im ständigen Sinken, weil täglich weitere Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen werden. Trotz der bedeutenden Mitgliederabnahme von 44 024 wird ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosenzahlen festgestellt. Während im Jahr 1913 insgesamt 89 795 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt wurden, waren es im abgelaufenen Jahre beinahe noch einmal soviel, nämlich 89 351 Arbeitslosenzfälle mehr; insgesamt wurden 139 146 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt! Die Zahl der Arbeitslosentage betrug im Jahre 1913 insgesamt 1 900 343, im Jahre 1914 aber waren es 4 286 560! Bei 44 000 weniger Mitgliedern wurden also 2 386 217 Arbeitslosentage mehr gezählt. — Gewaltig waren die Geldsummen, die für Unterstützungen an die arbeitslosen Mitglieder aufgebracht wurden. Im Jahre 1913 wurde von den obengenannten graphischen Verbänden an 85 721 Arbeitslose am Ort und auf der Reise 2 857 715 M. für Unterstützungen ausgezahlt; im Jahre 1914 aber erhielten 115 621 arbeitslose Mitglieder insgesamt die Riesensumme von 4 552 226 M.! Es wurde also im vergangenen Jahre trotz des großen Mitgliederrückganges beinahe noch einmal soviel Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt als 1913, und zwar 2 194 511 Mark mehr! — Damit sind aber die Leistungen dieser Verbände noch lange nicht erschöpft, denn fast alle zahlen außer der Arbeitslosenunterstützung auch noch Unterstützung an franke Mitglieder aus, und es dürfte daher außer der obengenannten Riesensumme noch ein sehr großer Teil der ausgezahlten Krankenunterstützungsgelder auf das Konto der Arbeitslosigkeit zu rechnen sein.

Wenn wir die Leistungen und Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände in Betracht ziehen, so ergibt sich folgendes Bild: (Der Ueberblick halber fügen wir die Zahlen vom Jahre 1913 in Klammern bei.) Der Deutsche Buchdrucker-Verband hatte am Ende des Jahres 1914 = 48 000 (69 387) Mitglieder und zahlte während des Jahres 1914 an 62 503 (40 345) Mitglieder 3 349 014 (1 822 533) M. Unterstützung für Arbeitslose am Ort und auf der Reise aus. — Der Buchbinder-Verband mit 24 227 (38 459) Mitgliedern zahlte an 27 073 (11 559) Mitglieder zusammen 564 838 (209 774) M. aus. — Im Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe betrug die Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1914 = 11 958 (18 882) und es wurden im Jahre 1914 an 15 709 (6019) Arbeitslose am Ort und auf der Reise 355 276 (200 185) M. für Unterstützungen ausgezahlt. — Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 6989 (15 997) Mitglieder und zahlte im Jahre 1914 an 6506 (3367) Mitglieder 152 896 (94 048) M. Unterstützung aus. — Der Gutenbergbund mit 2397 (3440) Mitgliedern verausgabte an 2250 (858) Personen 97 915 (20 367) M. — Der Kollkutscher-Verband zahlte am Ende des Jahres 1914 = 326 (423) Mitglieder; es mußten im vergangenen Jahre 242 (113) arbeitslose Mitglieder mit 16 330 (3870) M. unterstützt werden. — Der Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen zahlte an 27 073 (2737) Mitgliedern zusammen 726 (459) Arbeitslose 11 103 (6929) M. aus. — Der Rotensicher-Gehilfenverband mit 338 (441) Mitgliedern hatte im Jahre 1914 nur einen Arbeitslosenzfall, für den 9 M. ausgezahlt wurden; im 1. und 2. Quartal 1914 war kein Mitglied arbeitslos. Durch den Krieg wurden jedoch die meisten Mitglieder arbeitslos oder deren Arbeitszeit wurde bis auf 4 Stunden täglich herabgesetzt. Im 3. und 4. Quartal 1914 mußten 452 Arbeitslose mit 5499 M. unterstützt werden.

Aus diesen Feststellungen ist zu ersehen, daß der Krieg die Gewerkschaften auf eine harte Probe gestellt hat; sind doch deren

Statuten nur für Friedenszeiten geschaffen. Bei Ausbruch des Krieges wurden daher infolge der hereinbrechenden großen Arbeitslosigkeit von vielen Gewerkschaften besondere Beschlüsse über die auszuübenden Unterstützungen während der Kriegszeit gefaßt. Als Hauptaufgabe wurde hierbei allgemein betrachtet, die Not der durch den Krieg arbeitslos Gewordenen zu lindern. Dies ist denn auch den deutschen graphischen Gewerkschaften in weitestem Maße gelungen, wie die Riesensummen zeigen, die von den einzelnen Verbänden für die vielen arbeitslosen Mitglieder ausgezahlt wurden.

Die Stuttgarter Gärtnergehilfen wandten sich durch ihre Ortsverwaltung an die sogenannten Friedhofsgärtner eien um eine Teuerungszulage. In sechs Betrieben wurde für 30 Personen eine Lohnerhöhung gewährt, den Gehältern 1—2 M. die Woche, den Mädchen und Frauen auf den Tag 20 bis 50 Pf. Zu beachten ist hierbei, daß schon vorher Lohnzulagen erfolgt waren und diese nun als weitere Erhöhungen zu werten sind.

Ausland.

Die Lage der Antwerpener Diamantindustrie.

Ein Mitarbeiter der „Nlaamschen Stem“ berichtet, daß er am 16. Mai Gelegenheit gehabt habe, mit einigen Vorstandsmitgliedern des Antwerpener Diamantarbeiter-Bundes über den Stand dieser Industrie zu sprechen. Aus dem, was der Korrespondent berichtet, sei das Wesentlichste wiedergegeben:

Zunächst habe man sehr eine Abwanderung der Industrie, sei es nach der Provinz, sei es nach Holland, gefürchtet. Besonders, weil die Antwerpener Diamantindustrie größtenteils in Händen von Ausländern sich befand, die infolge des Krieges durch Mobilisation oder Verdrängen aus dem Lande ihren Platz verlassen mußten. Die Polen und Oesterreicher unter ihnen hätten denn auch dem Ausbruch des Krieges mit bebendem Herzen entgegen gesehen.

Ein großes Hindernis sei das Schließen der Grenzen gewesen. Nachdem es aber den Unternehmern im benachbarten Turnhout gelungen war, von der deutschen Behörde Bässe zu bekommen, so daß dort alsbald 300 Mühlen in Gang gebracht waren, habe die Behörde in Antwerpen auf Ersuchen der dortigen Unternehmer ein gleiches Ausnahme-Recht für sie beim deutschen General-Gouverneur bewirkt. Der Erfolg des zustimmenden Bescheides sei der gewesen, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 5 bis 600 auf 5000 emporschnellte. Wieviel von den 16 000 Diamantarbeitern noch arbeitslos sind, ist nicht zu ermitteln, da viele von den Geflüchteten nicht wieder zurückgekehrt sind.

Die Löhne werden als stark herabgesetzt bezeichnet. Die Organisation trage jedoch Bedenken einzugreifen. Da sie in ihrem Versammlungsrecht behindert, auch nicht über entsprechende Mittel verfüge, könnte die Wirkung leicht eine entgegengesetzte sein.

Die Aussichten über die fernere Zukunft des Gewerbes gehen auseinander. Man hält es aber für ein gutes Zeichen, daß die Industrie sich immerhin unter dem Kriegszustande in einem Maße behaupten konnte, wie es keiner für möglich gehalten hätte.

Aus der Partei.

Ein proletarischer Staatsmann.

Neben dem einjüngigen Giesher Henderson ist bekanntlich ein ehemaliger Bergarbeiter, William Grace, als Unterstaatssekretär des Innern, Mitglied des Ministeriums. Seine Laufbahn ist bezeichnend für die Tüchtigkeit der Persönlichkeit wie die der Klasse, aus deren Mitte sie hervorgegangen ist. Grace wurde vor einem halben Jahrhundert in einem Dorfe in Monmouthshire in Wales geboren. Der Lebensweg schien diesem Arbeiterkind in diesem Bezirk nach der Wiege anporgezeichnet. In der Tat trat Grace am Tag nach seinem zwölften Geburtstag in ein Kohlenwerk ein. Zwölf Jahre lang arbeitete er in verschiedenen Gruben. Einmal erkrankte er durch einen Glücksfall einer juchzenden Explosion. Später hat er in der Prince of Wales-Grube in Aberlorn gearbeitet, die durch ein Unglück, das 250 Arbeiter für immer unter der Erde begrub, eine traurige Bekanntheit erlangt hat. Dann wurde er „Agent“ der Gewerkschaft. 1889 wirkte er bei der Gründung des Verbandes von Süd-Wales und später bei deren Angliederung an den britischen Bergarbeiterverband mit. Er wurde Vizepräsident der Sektion Süd-Wales, unter dem Vorst. von William Abraham. 1906 wurde er vom Bezirk Süd-Glamorgan ins Unterhaus gewählt, wo er sich durch seine Sachkenntnis in bergmännischen Angelegenheiten und durch seine einfache starke Beredsamkeit rasch Gehör und Ansehen erwarb. Wie bei so manchen englischen Arbeiterführern geht auch bei Grace die Tätigkeit für die Arbeiterbewegung mit einer religiösen Wirksamkeit Hand in Hand. Er ist Baptist und als solcher ein im ganzen Land gern gehörter Kanzelredner.

Die Mauer der Föderierten im Kriegsjahr.

Mit Rücksicht auf die Abwesenheit der im Feld stehenden ungezählten Freunde Pariser Arbeiter hat die Verwaltungskommission der geeinigten sozialistischen Partei und der Vorstand der Seine-Föderation diesmal von dem üblichen Zug zur Mauer der Föderierten abgesehen. Die Kundgebung, die am 23. Mai stattfand, beschränkte sich auf das Niederlegen von Kränzen durch die Delegierten verschiedener Organisationen. Neben wurden nicht gehalten.

Fortschritte der Genfer Arbeiterbewegung.

„Der Volk“ gibt auf Grund von Mitteilungen „aus der allerbesten Quelle“ einen Bericht über die Arbeiterbewegung in Genf, der die unverwundliche Kraft des blamischen Proletariats bezeugt. Der Krieg hat trotz der Massen, die er in die Arme zog oder ins Exil jagte, der Genfer Organisation keinen Abbruch getan. Die Gewerkschaften haben sogar 700 Mitglieder gewonnen, die Gewerkschaft „Vooruit“ 1350 und die Stadttafel des Tagblatts „Vooruit“ ist von knapp 9000 auf 18 000 gestiegen, so daß sich das Blatt jetzt sogar eine literarische Wochenbeilage leisten kann. Allerdings kommt dem „Vooruit“ das Eingehen einer Anzahl untergeordneter Blätter zustatten. Das Blatt ist einer strengen Zensur unterworfen, die sich indes nur auf die Kriegsnachrichten, nicht auf den politischen Inhalt erstreckt. — Die Arbeiter hat auch diesmal die Arbeiterbewegung zu einer gewaltigen Kundgebung ihrer Ideen vereinigt. Ansele hielt eine scharfe sozialistische Rede, die auch im „Vooruit“ ohne Hindernis abgedruckt wurde. Auf dem Freitagsmarkt gab es Musik. Die Schulen und Gemeindebüros waren geschlossen.

Aus den Organisationen.

Bericht der Landesorganisation Hamburg.

Das Sekretariat der Parteioorganisation für die drei Hamburger Wahlkreise veröffentlicht im „Hamburger Echo“ eine Statistik über die Mitgliederbewegung, der wie das Nachstehende entnehmen. Nach der letzten am 31. Dezember 1914 aufgenommenen Statistik zählten die drei Kreise 57 982 Mitglieder, davon 47 738 männliche und 10 194 weibliche. Diese Zahl ist bis zum 31. März 1915 auf 54 982 Mitglieder, davon 45 184 männliche und 9748 weibliche zurückgegangen. Die Abnahme in diesem Vierteljahr beträgt somit 2554 männliche und 446 weibliche, zusammen 3000 Mitglieder. Von den noch vorhandenen Mitgliedern zählt der I. Kreis 5907 männliche, 1084 weibliche, zusammen 6941 Mitglieder, der II. Kreis 6074 männliche, 1017 weibliche, zusammen 7091 Mitglieder, der III. Kreis (Vororte) 33 503 männliche, 7607 weibliche, insgesamt 41 500 Mitglieder. An dem Rückgang sind beteiligt: Der I. Wahlkreis mit 634 männlichen und 57 weiblichen, zusammen 691 Mitgliedern, der 2. Wahlkreis mit 727 männlichen und 117 weiblichen, zusammen 844 Mitgliedern und der 3. Wahl-

Preis mit 1193 männlichen und 272 weiblichen, zusammen 1465 Mitgliedern.

Zum Militärdienst sind bis zum 31. März von den 45184 männlichen Mitgliedern in den drei Wahlkreisen 18354 = 40,6 Prozent eingezogen. Die Zahl der zum Militärdienst einberufenen Genossen hat sich im vierten Quartal um 3873 erhöht. Von den 18354 eingezogenen Genossen sind 11847 = 64,5 Proz. verheiratet mit 19545 Kindern.

Von den einberufenen Genossen sind seit Beginn des Krieges bis zum 31. März gefallen: im 1. Wahlkreis 70 Genossen, im 2. Wahlkreis 54 Genossen und im 3. Wahlkreis 398 Genossen. Zusammen in allen drei Wahlkreisen 522 Genossen, davon 291 verheiratet und 231 ledig.

Der Beitragsverlust betrug bei den zum Militärdienst eingezogenen Genossen seit Ausbruch des Krieges im 1. Wahlkreis 10 046, im 2. Wahlkreis 10 106 und im 3. Wahlkreis 70 224, zusammen 90 376, und bei den Arbeitslosen in derselben Zeit im 1. Wahlkreis 3010, im 2. Wahlkreis 4242 und im 3. Wahlkreis 22 560, zusammen 29 812 Monatsbeiträge. Es sind während des Krieges an Militärpflichtige und Arbeitslose 120 188 Monatsbeiträge erlassen.

Die Münchener Parteioorganisation während des Krieges.

Aus dem Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins für die Reichstagswahlkreise München I und II ist zu entnehmen, daß bis 1. April 1915 5167 Genossen, ein volles Drittel der männlichen Mitglieder, im Felde standen. Davon sind bis dahin 173 auf dem Schlachtfelde als Opfer des Weltkrieges gefallen. Obwohl die Verheerung für den Verein durch den Krieg stark veräusert wurde (1114 Aufnahmen gegen 3715 im Vorjahre), gelang es dem entschlossenen Zusammenwirken der Genossen und Genossinnen, den Bestand der in der Heimat zurückgebliebenen Genossen ziemlich zusammenzuhalten. Im ersten Quartal (April—Juni 1914) gingen an Beiträgen der männlichen Mitglieder 38 893, an weiblichen 6344, zusammen 45 237 ein. Im 4. Quartal, Januar—März 1915, 22 883 männliche, 5370 weibliche, zusammen 28 253 Beiträge ein. Das sind gegenüber dem 1. Quartal ein Weniger von 16 010 männlichen und 974 weiblichen Beiträgen. Nun stehen aber, wie oben erwähnt, 5167 Mitglieder im Felde, die von den Beiträgen befreit sind. Zählt man die Beiträge dieser Genossen (15 501 im Vierteljahr) hinzu, so ergibt sich, daß nur 509 Beiträge weniger von den zurückgebliebenen männlichen Mitgliedern im 4. Quartal bezahlt wurden. Die weiblichen Mitglieder haben sich ebenso tapfer gehalten. Die Agitations- und Verwaltungsarbeiten wurden betätigt in 18 öffentlichen, 284 Sektions-, 49 Frauenversammlungen, 3 Generalversammlungen, 4 Wahlkreis-Konferenzen, 1 Konferenz mit den Ortsvereinen, 9 Sitzungen des engeren und 17 Sitzungen des Gesamtschusses und 248 Sektionsbesprechungen. In Flugschriften wurden 7 in 496 000 Exemplaren, an Broschüren 5 in einer Auflage von 30 228 Stück verbreitet. Die Gemeindefestlichkeiten endeten trotz der schwierigsten Verhältnisse mit einem glänzenden Siege für die Sozialdemokratie. Sie erhielt acht neue Mandate und wurde mit 22 Sitzen die stärkste Fraktion im Gemeindefestkollegium. Das weitere Resultat dieses Wahlausfalles war die Wahl von 4 Magistratsräten und 41 Armenpflegschaftsräten. Der derzeitige Mitgliederstand (ohne die Kriegsteilnehmer 5167) beträgt 10 728. Die Gesamteinnahmen betragen einschließlich eines Kassenbestandes im Vorjahre von 14 889,42 M. 84 597,23 M. Die Gesamtausgabe 69 852,41 M. An Mitgliederbeiträgen wurden 48 534,20 M. vereinnahmt. Die Sektionen hatten eine Eigeneinnahme von 25 889,22 M., der Ausgaben von 21 406,50 Mark gegenübersehen. Den Kriegerfrauen wurde eine Weihnachtsgewinnunterstützung von 11 673,30 M. gewährt.

Der Vermögensbestand des sozialdemokratischen Vereins in Bremen hat sich trotz der Kriegslage gegenüber dem Vorjahre um 4245,07 M. vermehrt. Das ist nur dadurch erreicht worden, daß die Ausgaben für Agitation ganz erheblich eingeschränkt wurden; denn der Bestand der Parteiliste hat sich gegenüber dem Vorjahre um 4431,22 M. verringert. Die Beiträge (saum die Hälfte der früheren) weisen eine bedeutende Mindereinnahme auf. Auch die sonstigen Einnahmen floßen viel spärlicher als früher. Die Einnahmen betragen 1913/14: 93 812,81 M., die Ausgaben: 81 663,26 M.; Einnahmen 1914/15: 65 491 M., Ausgaben: 57 772,26 M. Im letzten Jahre wurden ausgegeben für mündliche Agitation 2623,68 M., für schriftliche Agitation 14 068,58 M. Der Kriegszustand hat die Reihen der Mitglieder naturgemäß stark gelichtet; darüber soll erst nach dem Kriege berichtet werden. In diesem Jahre verteilte der Vorstand an die Mitglieder nur einen einfachen Kassenbericht.

Aus der Frauenbewegung.

Sozialdemokratie und Lebensmittelpreise.

Im Reichstage wurde am verfloffenen Sonnabend ein für die ganze nicht mit Glücksgütern gesegnete Bevölkerung eminent wichtiges Kapitel behandelt: die Frage der Lebensmittelpreiserhöhung. Die Preise fast sämtlicher im gewöhnlichen Haushalt bisher ge-

bräuchlichen, ja der Mehrzahl der unentbehrlichsten Lebensmittel haben schon seit längerer Zeit eine derartige Höhe erreicht, daß man sich immer wieder fragen muß: wie ist es nur möglich, daß eine Arbeiterfrau mit ihrem spärlichen Einkommen auch nur das Nötigste zum Gelingen, geschweige denn zu einer ausreichend kräftigen Ernährung auf den Tisch bringen kann. Von einem auskömmlichen täglichen Fleischgenuß kann da schon seit längerem unmöglich die Rede mehr sein. Ersatzmittel aber, wie Milch, Eier, Butter, Schmalz usw. stehen alle auch derartig hoch im Preise, daß auf diese kräftigeren Lebensmittel auch unmöglich in ausreichender Weise zurückgegriffen werden kann. Unsere Partei im Reichstage hat es da als ihre Pflicht erachtet, von dieser öffentlichen Stätte aus einmal mit aller Deutlichkeit vor der Öffentlichkeit zu zeigen, daß dieser schwer lösende Nebelstand bei der Mehrzahl der in Betracht kommenden Produkte in keiner Weise in einem tatsächlich vorhandenen größeren Mangel an Nahrungsmitteln begründet liegt, sondern in der ganz unzulänglichen staatlichen und behördlichen Organisation der Lebensmittelversorgung.

Unser Abgeordneter, Genosse Wurm, führte aus, wie der Reichstag am 4. August dem Bundesrat vollkommen Miatorische Vollmachten gegeben hat, die vorhandenen Lebensmittelvorräte festzustellen, zu beschlagnahmen, Höchstpreise dafür aufzurichten und die Vorräte in planmäßiger Weise an die Konsumenten gelangen zu lassen. Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben bereits am 30. August und dann noch zu wiederholten Malen bis ins einzelne gehende Vorschläge dem Bundesrat unterbreitet. Andere Körperschaften haben in derselben Richtung auf die Regierungen eingewirkt. Aber alles, was von ihnen getan worden ist, litt an dem Mangel, daß es teils nicht weit genug ging, teils ging es viel zu langsam, teils wurde es zu spät vorgenommen. In der Kartoffelfrage werden die Landwirte und Händler in der Auffassung bekräftigt, daß die anfänglich festgesetzten Höchstpreise auf die Dauer noch weiter in die Höhe gehen würden. Sie haben die Kartoffeln festgehalten und schließlich auch höhere Höchstpreise erzielt. Aber auch damit noch nicht genug, haben sie schließlich durch direkte Liebesgaben erst angezogen werden müssen, die Kartoffeln überhaupt in den Verkauf zu bringen. Alles die Folgen davon, daß der Bundesrat sich unter Begründungen, die wir nicht als stichhaltig anerkennen können, zur Beschlagnahme der Kartoffeln nicht entschließen konnte.

Beim Getreide hat der Bundesrat seine Anordnungen erst so spät getroffen, als durch die Spekulationen von Produzenten, Rülern und Zwischenhändlern die Getreide- und Mehlpreise auf eine bisher nie gekannte Höhe hinaufgetrieben waren. Dann erst wurden gemäß diesen künstlich herbeigeführten Spekulationspreisen auch die gesetzlichen Höchstpreise aufgerichtet. Kein Wunder, daß jetzt die Großmühlen 12 bis 18 Proz. Dividende ausgeben können.

Nur zu häufig trat das Spekulationswesen in Erscheinung. So konnte es kommen, daß laut den amtlichen Preisberichten des königlich preussischen Landesamtes zu Berlin die häufigsten Kleinhandelspreise in 50 der größeren preussischen Städte im Monat April betragen für Kocherbsen pro Kilo 12,8 Pf. (gegen 30,8 Pf. im April v. J.), Speisebohnen 123,8 Pf. (44,7 Pf. im vorigen Jahre), Linsen 146,4 Pf. (53,9 Pf.), Buchweizenmehl 128,8 Pf. (50,3 Pf.), Hafermehl 113,1 Pf. (50,7 Pf.), Gerstengröße 107,2 Pf. (40,3 Pf.), Hartweizenmehl 15,2 Pf. (7,2 Pf.), Gchutter 340,2 Pf. (272,9 Pf.), Weizenmehl 53,3 Pf. (37,9 Pf.), Roggenmehl 48,8 Pf. (31,5 Pf.), Weizenbrot 72,6 Pf. (52,4 Pf.), Roggenbrot 43,7 Pf. (28,1 Pf.), Reis 117,3 Pf. (48,6 Pf.), Vollmilch 23,9 Pf. (20,9 Pf.) das Liter, ein Ei 11,7 Pf. (7,3 Pf.). Und so fort für fast alle anderen wichtigen Lebensmittel und Hausbedarfsartikel.

Ist es da ein Wunder, wenn wir unser Erstaunen ausdrücken, wie ungeachtet Arbeiterfrauen es da überhaupt fertigbringen sollen, ihre Familien noch sattzumachen? Und solche Preise haben sich durchsetzen können, obwohl, wie Genosse Wurm betonte, unsere Vertreter in der Budgetkommission die bestimmte Ueberzeugung gewonnen, daß die vorhandenen Nahrungsmittel bisher vollkommen ausgereicht haben und bei richtiger Anordnung auch weiterhin ausreichen werden.

Um da für die Zukunft wenigstens die Dinge auf das gerechte Maß zurückzuführen, hatte unsere Partei beantragt, der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln wesentlich herabzusetzen und für Hülsenfrüchte, Vieh, Fleisch und Schmalz sofort niedrige Höchstpreise festzusetzen, zu verbieten die Verwendung von Brotgetreide zur Viehfütterung und die Herstellung von Branntwein aus jeglichem Getreide oder aus Kartoffeln, Obst oder Beeren, die zur menschlichen Nahrung dienen können; ferner eine unabhängige, aus Vertretern des Volkes gebildete Reichsbehörde einzusetzen, die das Recht, Getreide, Kartoffeln, Zucker, Hülsenfrüchte und Vieh, sowie deren Erzeugnisse im Interesse der Allgemeinheit zu beschlagnahmen, erhalten soll.

Mit diesen Anträgen ist unsere Fraktion im Sinne der kürzlich von unserer Genossin Fiech im Namen der sozialdemokratischen Frauen an die Regierung eingereichten Petition um schärfere Bekämpfung der Lebensmittelpreiserhöhung vorgegangen; sie hat damit vollständig im Interesse der übergroßen Mehrheit des ganzen Volkes gehandelt.

Die Mehrheit des Reichstages aber dachte anders darüber: sie hat alle unsere Anträge abgelehnt!

Soziales.

Verpflichtete Gehobförde.

Mit einem Versuch, das Risiko von der Firma auf den Sohn des Arbeiters zu übertragen, beschäftigte sich gestern das Gewerbegericht.

Ein gelernter Korbmacher trat gleichzeitig mit seinem Vater, der von Beruf Maurer ist, bei der Firma Max Krause u. Co. auf Gehobförde in Arbeit. Bei der Einstellung sagte der Korbmacher zu Herrn Krause, er werde seinen Vater anlernen und darauf sehen, daß dieser die Arbeit ordnungsgemäß ausführe. Die Körbe, welche der Vater in der ersten Woche anfertigte, waren unzureichend derart verfertigt, daß die Firma sie nicht abliefern konnte. Der Vater erhielt zwar den Lohn für seine Arbeit, aber von dem Lohn, den der Sohn für seine einwandfreie Arbeit verdient hatte, behielt die Firma einen Teil zurück, um sich daran für die unbrauchbare Arbeit des Vaters schadlos zu halten. Die Firma behauptet, der Sohn habe sich ihr gegenüber verpflichtet, dafür aufzukommen, daß sein Vater brauchbare Arbeit leiste. Der Beweis, daß der Sohn eine verbindende Verpflichtung dieser Art eingegangen sei, gelang dem Gewerbegericht nicht. Die Firma wurde zur Zahlung des einbehaltenen Lohnes verurteilt mit der Begründung, der Kläger (der Sohn) habe sich nur verpflichtet, auf die Arbeit des Vaters zu sehen, er habe aber keine Garantie für dessen Arbeit übernommen.

Kein Gewerbebetrieb.

Gegen die Besitzer des Fabrikgrundstückes „Erdmannshof“ am Kottbusser Ufer klagte bei der Kammer I des Gewerbegerichts ein Maschinist auf Entschädigung, weil er zur Arbeit angenommen, aber nicht eingestellt worden ist. Das Grundstück „Erdmannshof“ enthält Fabrikräume, die an verschiedene Unternehmer vermietet sind. Die Besitzer der Grundstücke erzeugen durch eigene maschinelle Anlagen elektrischen Strom, der für Beleuchtung und Maschinenantrieb an die Mieter des Grundstückes abgegeben wird. Zur Bedienung der Maschine der Hausbesitzer war der Kläger angenommen. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen. Das Gewerbegericht erklärte sich für unzuständig, weil der Betrieb eines Hauses, auch wenn er mit dem Betrieb von Maschinen in Verbindung stehe, kein gewerblicher sei.

Lohnabzug zu Anfang des Krieges.

Ein Drechsler, der in der Knochfabrik von Abramowski beschäftigt war, dessen Arbeitsverhältnis durch seine Einberufung zum Landsturm gelöst wurde, klagte beim Gewerbegericht auf Nachzahlung des Betrages, um den sein Lohn nach Ausbruch des Krieges gekürzt worden war. Der Kläger begründete seinen Anspruch so: Er habe seit 1912 einen Kontrakt mit der Firma, wonach ihm auch bei schlechtem Geschäftsgang immer der volle Lohn gezahlt werden müsse. Als der Krieg ausgebrochen war, sei ihm der Wochenlohn von 45 M. auf 25 M. gekürzt worden und später, als das Geschäft wieder besser ging, nach und nach auf 36 M. heraufgesetzt worden. Er habe sich mit der Lohnkürzung nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß das Arbeitsverhältnis während des Krieges nicht gelöst werde und er für den Fall seiner Einberufung eine Unterstützung von der Firma bekomme. Die Firma wolle erst nach Beendigung des Krieges 100 M. an ihn zahlen, er beantrage die sofortige Zahlung von 400 M.

Das Gericht riet dem Kläger zum Vergleich, weil sein Anspruch zweifelhaft sei, denn das Arbeitsverhältnis sei ja nicht durch die Schuld des Beklagten, sondern durch des Klägers Einberufung zum Heere gelöst worden. — Die Parteien verglichen sich dahin, daß der Beklagte 150 M. an die Frau des Klägers zahlt.

Soldatenpensionen in Australien.

„Scotsman“ vom 26. Mai berichtet: Die australische Regierung hat die Pensionen für Soldaten des australischen Expeditionsheeres und deren Witwen wie folgt festgesetzt:

Täglicher Sold	Jahrespension bei vollständiger Dienstfähigkeit
Schilling	Pfund Sterl.
6	52
7	56
9	64
10	68
10,6	70
11,6	78
12	74 1/2
13	77 1/2
17,8	91
22,6	101
30	116
32,6	131
45	146
50	156

Die Witwen erhalten Wittengelder von gleich hohem Betrage.

Ein Schilling entspricht in deutscher Währung einer Mark, ein Pfund Sterling zwanzig Mark.

STILLER

Sandalen

Leinen

Schuhe

Sport-Schuhe



Stiller

Literarische Rundschau.

Max Adler, Prinzip oder Romantik, Sozialistische Betrachtungen zum Weltkrieg, Nürnberg, Frankische Verlagsanstalt, Preis 50 Pf.

Der Name des österreichischen Genossen Max Adler hat in der deutschen Parteiliteratur einen guten Klang. Wir kennen ihn als den Verfasser einer Reihe guter philosophischer Schriften und Abhandlungen, die in verschiedenen deutschen Parteiverlogen und wissenschaftlichen Parteizeitschriften erschienen sind und sich mit den Problemen des marxistischen Denkens beschäftigen.

Gegenüber der landläufigen Anschauung, es gehe jetzt, wo die Kanonen dröhnen, nicht an, über Prinzipien zu reden und theoretische Unterstellungen anzustellen, meint Adler: „Auf die Betonung unserer prinzipiellen theoretischen Standpunkte, wie ihn der Marxismus... gefunden hat, gerade dann verzichten, wenn die stürmisch bewegte Oberfläche dieses Geschehens schwerer als sonst auf den Grund sehen läßt, heißt auf das verzichten, was allein Eigenart und Stärke des modernen Sozialismus ausmacht: auf Verhängung der Zeit über sich selbst.“

In seinem Aufsatz „Zur Ideologie des Weltkrieges“ (die Schrift enthält außer diesem noch die Aufsätze „Das Prinzip des Sozialismus“ und „Internationalismus und notwendige Entwicklung“) wagt Adler die Frage auf, wie die geistige Kriegshierarchie der Völker möglich gewesen ist, die diesen furchtbaren Krieg aller Zeiten, trotz der vielgerühmten Kultur des 20. Jahrhunderts, auszeichnet.

Den Hauptgrund für diese Erscheinung sieht Adler in der gewaltigen Ideologie der Nation, und zwar nicht in jener Ideologie, die in der verkümmerten Geschichtsbildung auf die Schaffung geschlossener Nationalitäten hingewirkt, sondern in der „Nationalidee“ der modernen kapitalistischen Staaten, die aus der Enge des „Nationalstaates“ hinausdrängen in den Weltmarkt, in die Weltpolitik.

Der Nationalismus wird zum Imperialismus, er strebt nach Weltmacht und Vorherrschaft. „Wer soll Herr der Erde sein, wenn nicht unser Volk?“ — Das ist der Sinn des neuen Nationalismus, direkt ausgesprochen, wo er sich bereits auf eine entwickelte Weltmacht stützen kann, wie bei den Engländern, als scheinbar bescheidene Forderung bloß nach dem Lebensraum, nach dem Platz an der Sonne, wo diese Weltmacht noch fehlt, — und dieser Gedanke von dem Lebensraum, von dem gleichen Recht an der Welt, von dem Drang nach Selbstbehauptung und Geltung, er schließt mit seiner an so viele primitiven Instinkte im Menschen rührenden Gewalt das ganze Volk unmittelbar in eine fast animalische Gemeinamkeit des Fühlens und Denkens ein.

Es bedeutet schon einen Triumph der materialistischen Geschichtsauffassung, wenn der Krieg jetzt auch von bürgerlicher Seite unter Hintanhaltung aller ideologischen Floskeln und Verschönerungen als „Weltwirtschaftskrieg“ bezeichnet wird.

Die Zukunft des Ostens und der Sozialismus.

Im Amsterdamer „Telegraaf“ veröffentlicht ein Kenner Ostasiens, Henri Dorel, eine Artikelserie über den Zustand Chinas. Sein letzter Artikel behandelt das jüngste Abkommen mit Japan, das diesen Staat tatsächlich zum Vogt über China macht.

geführt auch in der Zeit der Waffenruhe, sie nehmen nur verschärfte Formen an, wenn die Waffen zu sprechen beginnen.“ Dieses Geständnis bestätigt die sozialistische Auffassung von dem inneren Wesen des bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters. Das Kapital ist friedlich, freihändlerisch, kosmopolitisch, solange die fremden Länder genügend Absatzmärkte bieten.

Die kommt es, daß die imperialistische Staatsidee Eingang findet in die Reihen der sozialistischen Arbeiter und sie dem „Weltmachtwort“ eines kleinen Häufleins von Interessenten untertan macht? Von der Verantwortung dieser Fragen, die als die eigentlichen Schicksalsfragen des modernen Proletariats bezeichnet werden können, hängt die Zukunft der sozialistischen Bewegung ab.

Gewiß ist auch die Arbeiterklasse an der weltpolitischen Stellung ihres Landes interessiert. Jede Einengung der nationalen Wirtschaft wirkt auch auf die Daseinsmöglichkeit der Arbeiter zurück, wie der Aufschwung der nationalen Wirtschaft nach außen hin in erhöhter Arbeitslosigkeit und — unter Umständen — in höheren Löhnen, die freilich nur einen Bruchteil der erhöhten Kapitalprofite bilden, zum Ausdruck kommt.

Gewisse Adler wendet sich mit scharfen Worten gegen dieses Eindringen imperialistischer Gedankengänge in die Reihen der organisierten Arbeiter. „Zumindest müßte uns erst bewiesen werden, daß die Wege der kapitalistischen Expansion auch zugleich diejenigen der proletarischen Emanzipation sind.“

Ja aber, wird gegen jede Kritik dieser Anschauungen eingewendet, hier handle es sich um eine große geschichtliche Tatsache, an der nicht zu mädeln und zu rütteln sei. Der Imperialismus sei die höchste und letzte Form des Kapitalismus, die es eben durchzumachen gelte, da nach der Lehre von Marx der Sozialismus ja nur aus der vollen Entwicklung des Kapitalismus hervorgehen könne.

In dieser Argumentation kommt aber noch ein Denkfehler zum Ausdruck, den Adler treffend aufweist: „Die soziale Entwicklung ist nicht ein Fatum für die Menschen, sondern ihr Werk...“

amerikanische Presse klagt, sondern um die Ausdehnung des politischen Einflusses Japans über den ganzen Osten, mit dem Ziel, diesen der Verringerung durch die europäische „Hochkultur“ zu entreißen.

Dorel beruft sich bei seinen Voraussagen auf das Zeugnis des belgischer Professors L. L. Li, den Sohn eines ehemaligen Pariser

widlung werden, wenn die andere historische Kategorie des zielbewußten proletarischen... Bewußtseins sich in einer Art fetischistischer Verehrung der „Entwicklungsnotwendigkeit“ als einen Faktor ebenderselben Entwicklung vergehe und zunichte mache.“

Man wendet gegenüber dieser Kritik oft ein, man dürfe sich einer „notwendigen Entwicklung“ nicht entgegenstellen, man müsse einmal „durch den Dreck hindurch“, und so bleibe denn nichts anderes übrig, als sich der jeweiligen Situation im Interesse der Arbeiterklasse „anzupassen“, zumal die hierbei erzielten politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften selbst schon „ein Stück Sozialismus“ seien.

Und es ist noch die Frage, ob nicht gerade dieser Weltkrieg... nicht noch zum Lehrer dieser Eingigkeit der kapitalistischen Welt werden wird. Wie immer dies nun sein wird, so viel ist klar, daß die proletarische, nationalsozialistische Form des Imperialismus, die für so viele Sozialisten heute die Entwicklungsform der sozialen Entwicklung überhaupt bedeutet, nicht einmal vom kapitalistischen Standpunkt als solche bezeichnet werden kann.

Das Resultat seiner kurz skizzierten Erörterungen faßt Adler dahin zusammen: „Die imperialistische Phase des Kapitalismus ist allerdings eine unter den gegebenen Verhältnissen notwendige Stufe der sozialen Entwicklung überhaupt, durch welche auch alle Entwicklung zum Sozialismus hindurch muß.“

Gesandten und dessen französischer Frau, der 1910 in dem in

Liensin erscheinenden „Courier de Tientsin“ eine Artikelreihe über die „Gelbe Gefahr“ veröffentlicht hat. Li schildert die japanische Durchdringungspolitik im ganzen Osten, kritisch-Indien wie Niederländisch-Indien inbegriffen als eine „erschlagene Durchdringung, die mit ebensoviel Sorgfalt berechnet als verborgen gehalten ist“.

Sollen die Orientalen die Begriffe: Recht, Unabhängigkeit und Freiheit erlernen, und bis in die einfachsten Gehirne der orientalischen Bauern soll die Idee dringen: Nicht die Europäer, sondern Recht, Freiheit und Unabhängigkeit sind unsere einzigen Herren! Geduldig und langsam — und der Orientale allein weiß, was das bedeutet — soll der kleine japanische Bogt die unzählbaren Pfahlanzen der Asiaten organisieren. Und wenn einmal die Zeit reif ist, wird für Europa der wilde Einbruch der Ströme des Jorues kommen, um die Jahre der Bitterkeit in Blut wegzuwaschen.

Aber das erweckte Asien wird keine Freiheit auch gegen Japan erobert. Eine neue Koalition aller orientalischen Völker wird Japans Oberherrschaft abschütteln. Was wird nun in den neugebildeten asiatischen Reichen geschehen? Durch die errungenen Siege übermütig geworden, wird dort die militärische Oligarchie herrschen und brutale Habgier um sich greifen. Aber aus dem Elend wird der Sozialismus geboren werden und die Militärherrschaft vernichten. Und nach dem Siege des Sozialismus wird China die in seinem Boden ruhenden unermeßlichen Schätze nutzbar machen. China wird der große Spender von Lebens- und Genußmitteln werden, ohne den die alte Welt nicht mehr leben kann. In die Zukunft dagegen, meint Li, wird allmählich wieder in die feinen Bewohnern eigene philosophierende Beschaulichkeit und in dies weltabgewandte Traumbesein, das zwischen Passivität und Ertasie schwankt, zurückfallen. Es wird aber im reichen China einen milderen, weniger habgierigen Bogt finden, als es Japan war.

Es ist selbstverständlich, daß das Zukunftsbild des chinesischen Professore so wenig wie andere Zukunftsbilder von der Geschichte des Asien wirkenden Kräfte richtig beurteilt hat, zeigt die jetzige Politik Japans und manche Regungen in den indischen Gebieten, die auf stärkere, aus größeren Tiefen kommende Antriebe weisen, als auf das von manchen Leuten so überschätzte religiös-politische Wort vom „heiligen Krieg“. Der Prozeß bis zum Sieg des Sozialismus in China mag freilich noch lange genug dauern. Aber gegenüber der sich vorbereitenden sozialistischen Massenorganisation Ostasiens erscheinen alle privatkapitalistischen Eroberungspläne und die nationalistischen Weltbeherrschungsideologien, die sie verkörpern, als die weltfremdesten aller — sozialen Utopien.

Friedensfaktoren in den Vereinigten Staaten.

New York, 14. Mai. (Fig. Ber.)

Die Art, wie gewisse Blätter New Yorks Kriegsstimmung zu machen versuchen, läßt an Gewissenlosigkeit nichts vermissen. Aber die Wildheit selbst, mit der die Blätter um sich hauen, beweist, daß man sich seiner Sache nicht sicher ist. Bei allen Drohungen kann man doch nicht die Tatsache aus dem Bewußtsein verbannen, daß man eine millionenföhrige Bevölkerung deutscher Abstammung im Lande hat. Die Probleme, die im Kriegsfall aus der herrschenden Rassenmischung entstehen könnten, sind in ihrer Tragweite ganz unüberschaubar.

Die Sozialistische Partei Amerikas hat zu der Kriegsfrage prompt Stellung genommen. Zurzeit tagt in Chicago das Nationalkomitee der Partei, dessen Sitzungen etwa einem engeren Parteitag gleichkommen. Das Komitee hat ein Friedensprogramm entworfen, in dem es heißt:

Die erste Pflicht dieser Stunde ist für uns, die Sozialisten der ganzen Welt, alle Gruppen der Arbeiterbewegung der Welt zu sammeln in aggressiver und unerschöpflich Opposition gegen das ganze kapitalistische System und gegen jede Form seiner tödlichsten Früchte... zur Stärkung der Bande der Solidarität der Arbeiterklasse. Vertiefung des Strebens nach dem höchsten Internationalismus und vor der Welt ein konstruktives Programm zu proklamieren, das zum dauernden Frieden führt.

Weiter heißt es: „Vor uns liegt eine neue Seite der menschlichen Geschichte aufgeschlagen. Auf ihr muß die ganze Welt des Sozialismus und der Demokratie, des Internationalismus und des Friedens in voller Bedeutung niedergeschrieben werden. Nie ist eine größere, eine edlere Aufgabe an die Menschlichkeit gestellt worden.“ Dann appellieren die amerikanischen Sozialisten an das amerikanische Volk und an die amerikanische Arbeiterschaft insbesondere, dem Kriege und jeder Agitation für den Krieg zu opponieren durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel; denn es ist ihre Klasse, die die schrecklichen Kosten des Krieges zu tragen hat, ohne irgendwelchen Nutzen daraus zu ziehen. Es sind in erster Linie und hauptsächlich die Arbeiter, die die Soldaten auf dem Schlachtfeld stellen und ihr Leben und ihre Gesundheit opfern in dem sinnlosen Streit ihrer Beherrscher.“

Unter den Widerständen, die sich der militärischen und kriegerischen Tendenz entgegenstemmen, darf auch die eifrige Propaganda der Universitätsstudenten nicht vergessen werden. Durch die geräuschvolle Arbeit der Rüstungsreue und Säbeltrasser auf den Plan gerufen, schlossen sich die Studenten der Universität Columbia vor einigen Monaten zu einer antimilitaristischen Liga zusammen. Den unmittelbaren Anlaß dazu gab die öffentlich erhobene Forderung, daß die Studenten der Universitäten militärische Übungen machen sollten, wie dies schon an einigen Hochschulen üblich ist. Ein junger Student, namens John D. Cover, von der New Yorker Universität Columbia leitete die Protestbewegung ein. Ihm und seinen Gefinnungsgenossen gelang es, zu Anfang Dezember des letzten Jahres eine Massensammlung der Studenten einzuberufen, die einstimmig folgende Resolution faßte:

„Wir, die Studenten der Universität Columbia erklären hiermit in dieser Massensammlung vor dem Kongreß und dem Volke der Vereinigten Staaten, daß wir gegen den Militarismus im allgemeinen und gegen eine Vergrößerung unserer Heeres und unserer Flotte im besonderen sind.“ Die Bewegung sprang bald auf andere Universitäten über. Die letzte Tätigkeit der Antimilitaristischen Studentenliga (Collegiate Anti-Militarism League) war die, eine Umfrage in allen Universitäten zu veranstalten über die Frage der militärischen Übungen. Diese Umfrage hat ergeben, daß 63 000 Studenten in 37 Kollegien gegen den militärischen Drill in den Sommerkolonien der Studenten sind, während sich 17 000 dafür ausgesprochen haben. Das beweist zur Genüge, daß die große Mehrheit der amerikanischen Universitätsstudenten Herz und Kopf auf dem rechten Fleck haben.

Allerdings sehen diesen und ähnlichen Friedensfaktoren mächtige Kriegsfaktoren gegenüber. Man wird sich nicht täuschen, wenn man annimmt, daß vielen Farmerhöfen ein Krieg gar nicht unangenehm sein wird. Sie werden allerdings mehr von einem Spaziergang nach Kuba träumen als von einem mörderischen Ningen mit einer großen Militärmacht. Sie werden aber auch an die fetten Pensionen denken, die die Vereinigten Staaten ihren Kriegsteilnehmern zahlen, und an die öffentlichen Ämter, die der Sitte gemäß diesen Personen in den Schoß fallen. Ferner darf man nach den Ereignissen, die sich im letzten Jahre in Europa abspielten, die Macht der Kriegspresse nicht unterschätzen. Aber es ist doch angebracht, bei der Abschätzung der sich einander gegenüberstehenden Kräfte das Dramatisieren dieser Presse nicht zu überschätzen. Bei einer einigermaßen vernünftigen und fried-

fertigen Politik wird der Präsident Wilson sich immerhin auf starke Volkshäupter stützen können.

Aus Industrie und Handel.

Das internationale Rüstungskapital.

Im „Labour Leader“ vom 13. Mai macht J. L. Dalton Newbold auf den engen Zusammenhang der englischen Berichten mit den italienischen aufmerksam. Im Jahre 1910 beschloß Italien mit einem Aufwand von 2 000 000 Pfd. Sterl. seine Artillerie mit Geschützen des Schneider-Deport-Systems neu zu organisieren. Das Material wurde bei Viders-Terni hergestellt, die damals bereits von Viders technische und finanzielle Hilfe hatten. Die großen dreifachen Geschützunterbauten für mindestens vier Schlachtschiffe sind ganz in britischen Werkstätten gebaut. Irgendwelche Geheimnisse in der Artillerie konnte es daher zwischen französischen, englischen und italienischen Berichten kaum geben. Wenn Italien also tatsächlich jemals beabsichtigt hätte, aus irgendeinem Grunde zusammen mit seinen Verbündeten Krieg zu führen, glaubt dann wirklich jemand, es hätte sich dann alle seine neueste Artillerie für Armee und Flotte von seinen Feinden verschafft und sich so ganz in deren Hände gegeben? Ganz besonders interessant sind die Beziehungen zwischen britischen Waffenfabriken und der italienischen Admiralität nach einer Beschreibung, wie seit 1878 britische Firmen mehr und mehr Einfluß auf italienische Rüstungen hatten.

Der Artikel schließt mit den Worten: Was kann man von diesem 30-jährigen Rekord an Doppeltätigkeit anders denken, als daß Schneider und Chatillon-Commentry sowie Armstrong-Whitworth und Vickers mit der französischen und britischen Regierung zusammen gearbeitet haben, um die Italiener in dem Kreise der Tripelenteente zu halten und sie zu rüsten für den Kampf gegen ihre sogenannten Verbündeten.

Wirtschaftliche Kriegsbeute.

Ueber die möglichen Absichten des Vorstoßes nach Kurland druckt die „Deutsche Tageszeitung“ aus der „Volkswirtschaftl. Korrespondenz“ folgende Deutung ab:

Wir wissen nicht, ob sich unsere Oberste Heeresleitung dazu entschließen wird, eine Zusammenstellung der in Kurland erbeuteten Gegenstände zu veröffentlichen. Aber soviel wissen wir, daß die Eroberung der Hafenstadt Libau mit Umgebung namentlich unserer wirtschaftlichen Kriegsführung außerordentlich zuzustatten gekommen ist. Die Getreide-, Leder-, Zinn- und Munitionsvorräte aller Art überstiegen alle Erwartungen. Einem löblichen Brauch zufolge hat die Stadt Libau auch eine erhebliche Kontribution in schönen großen Rubelstücken bereits aufgebracht. Feldmarschall Hindenburg hat sich unzweifelhaft als großer praktischer Volkswirt gezeigt. Er ist reif für den Ehrendoktor der Staatswissenschaften.“

Frankreichs Finanzlage.

Wie Edgard Milhaud in der „Lumonié“ darlegt, steht die Zukunft Frankreichs auf dem Spiel. In seiner Rede am 14. Mai erklärte Ribot, „eine der größten Schwierigkeiten ist die Bezahlung unserer umfangreichen Anleihen im Ausland. Ein Teil unserer Industrie liegt still, gewisse Rohmaterialien, besonders Kohle, fehlen, und wir sind durch die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung, des Handels und der Industrie auf den Import angewiesen. Bis zum Februar war der Wechselkurs für uns günstig, aber das Gleichgewicht ist jetzt durch das Mißverhältnis gestört, das zwischen dem Rückgang des Exports und dem Steigen des Imports besteht.“

Durch das Abkommen mit England wurde die Bezahlung in Amerika erleichtert, aber nur für dieses Land und nur für den Staat. Man muß aber auch die Zahlungen von Industrie und Handel und alle Zahlungen an andere Staaten in Betracht ziehen. Es werden dadurch erhebliche Anforderungen an die Goldreserve der Bank von Frankreich und an das umlaufende Gold gestellt.

Jetzt, wo ein erheblicher Teil unseres Goldes systematisch aus dem Lande gezogen wird, tritt das Problem der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Lande mit unerwarteter Schärfe und äußerster Dringlichkeit auf. Was der Schweiz möglich gewesen ist, muß bei uns auch gehen. Die Vorbedingung ist eine Regelung der Kreditverhältnisse und eine Verwendung der Arbeitslosen in Berufen, in denen es an Arbeitern mangelt. Auch die Stellenvermittlung versagt völlig. Im Januar gab es bei uns im Metallgewerbe 15 Proz. Arbeitslose, in Deutschland nur 3,3 Proz. Den von der Kammer für ihre Organisation bestimmten Kredit von 500 000 Fr. hat die Finanzkommission abgelehnt und damit Frankreichs Zukunft gefährdet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag. Sehr warm. Im Westen vielfach heiter. Im Osten anfangs meist bewölkt, später neue Aufhellung und etwas Abkühlung. Schwache Gewitter.

Ein Schatz in jeder Küche ist das JLSE Brikell

Ich suche Beteiligung mit Kapital bei einer Dreherei, auch Vergrößerung. Adolf Markwald, Berlin-Schöneberg, Salzburger Str. 7.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10023, 3578. Bureau: Kungestraße 30

Montag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, Andreas-Festfale, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung der Kistenmacher.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verschiedenes.

Bezirk Oberschöneweide.

Dienstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Warneke, Wilhelmshofstraße 18.

Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Verhandlungsgegenstände. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

MÖBEL auf Teilzahlung erhält man in grosser Auswahl und unter günstigsten Zahlungsbedingungen bei KREDIT-FEDER

Permanente Ausstellung ca. 1000 Exempl. von 100000

Zentrale Brunnenstrasse 1, Eing. Wolgardenweg 26
Norden: Frankfurter Allee 350
Filiale Süden: Kottbusser Damm 103
Filiale Westen: Charlottenburg, Scharrnstrasse 5, Ecke Wilmsstr. 8.

Stählog 101, franko. Egr.-A.: Gardinenhaus, Berlin.
Gardinen.
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Berlin C, Wallstr. 13 (Spindlerhof).

Persil reinigt und desinfiziert **Krankenwäsche**

Henkel's Bleich-Soda.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung.
Sprechstund. 12 1/2 - 2 1/2 u. 6 1/2 - 8 1/2

Geldnot!
ist ein Uebel. Sie sparen viel, wenn Sie zurückgekehrte Kuzüge, Hüter, Paletots u. zurückgebliebene Waggarderobe, ebenso reelle, moderne fertige Garderobe für alle Figuren passend hier direkt vom Schneidermeister zu teilweise herabgesetzten Preisen kaufen. Der weiteste Weg lohnt.

A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31 u. Invalidenstr. 113.

J. Baer
Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Paletots, Elegante Anzüge in jeder Preislage. Gr. Stofflager z. elog. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.



Nächste Abfahrten
 von **Amsterdam nach Süd-Amerika**
 (La Coruna, Vigo, Lissabon, Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo u. Buenos Aires)
Schnelldampfer: Tubantia, 9. Juni
 und weiter alle 14 Tage.
 Frachtdampfer-Expeditionen nach Bedarf.
 Auskunft durch den:
KÖNIGLICHEN HOLLÄNDISCHEN LLOYD, AMSTERDAM
 oder in
Berlin: Passage-Agentur D. A. Vonk, 70 Unt. d. Lind., NW7
 Telegramm-Adresse: Realloyd Telefon: Zentrum 11881

Allen Freunden und Bekannten die freundliche Nachricht, daß der Gefreite

Hermann Lichtenberg,
 Reinickendorfer Weg, nicht gefallen ist, sondern sich gesund und wohl in russischer Gefangenschaft befindet. Nachricht von ihm ist eingetroffen. 1581

Frau Alwine Lichtenberg.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Salinger, Schmidstr. 18.
 Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Dr. C. Marks,
 Berlin-Schöneberg,
 Gustav-Müllerstr. 48,
 Ecke Kolonnenstraße.

Orts-Krankenkasse

der

Klempner

zu Berlin.

Bekanntmachung.

Auf Antrag des Vorstandes und Genehmigung des Verwaltungsamtes der Stadt Berlin tritt der § 16 Abs. II der Satzung, rückwirkend vom 1. Mai d. J. ab, wieder in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 1915.

Der Vorstand.

H. A. Josef Hartmann,
 Vorsitzender. 268/9

Orts-Krankenkasse

der

Schlosser

und verwandten Gewerbe

zu Berlin.

Bekanntmachung.

Auf der Ausschüttung am 26. April dieses Jahres wurde beschlossen, den Mitgliedern unter vorläufiger Zurückbehaltung des erhöhten Beitrages wieder die allen satzungsgemäßen Leistungen (Krankengeld nach für die Sonn- und Feiertage, Taschengeld, Angehörigen-Sterbegeld usw.) zu gewähren.

Dieser Beschluß ist vom Verwaltungsamt der Stadt Berlin genehmigt und tritt vom 4. Juni d. J. in Kraft.

Der Vorstand.

H. Polzin, G. Müller,
 Vorsitzender. Schriftführer.

Smith Premier

Schreibmaschinen

Früher Mod. 4, 5, 6, 9, vollkommen renoviert, früher bis Mk. 500.—

jetzt billiger,

in allen Preislagen

von Mk. 125.— an.

Garantieschein mit Faktura.

Verlangen Sie schriftl. Offerte unter Angabe, welcher Preis angelegt werden soll.

Smith Premier

Schreibmasch.-Gesellsch.

Berlin W, Friedrichstr. 62.

Ziehung schon

8., 9., 10., 11. u. 12. Juni

Coburger

Geld-

Lotterie

17553 Geldgewinne mit Mark

360 000

100 000

50 000

Lose 3 M. (50 Pf. extra)

H. C. Kröger

BERLIN W8, Friedrichstr. 193a

Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Nur Totalvermöchte ihre unerträglichen Schmerzen zu lindern.

Frau Rektor B. in Berlin schreibt: „Seit Jahren schon leide ich an Gicht. Das Leiden trat in diesem Winter so heftig auf, daß ich wochenlang das Zimmer nicht verlassen konnte. Kein Medikament war imstande, mich von den heftig bohrenden Schmerzen zu befreien, nur Total schlug gleich wunderbar an. Nicht nur die bohrenden Schmerzen sind verschwunden, sondern auch die Beweglichkeit der Glieder hat schon Fortschritte gemacht. Alles in allem: Total ist ein vorzügliches Mittel.“ Ähnlich berichten viele andere, welche Total bei jeder Art von rheumatischen und Nervenschmerzen gebrauchten. Es gibt nichts Besseres. Alle Apotheken führen Total-Tabletten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. Berl. Reichstagswahlkreis Petersburger Viertel. Box. 354/58.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Fabrikant

Otto Richter
 Frankfurter Allee 35
 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37/38 statt.

Stralauer Viertel. Bezirk 209.

Den Mitgliedern fern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser

Wilfried Tygor
 Stralauer Str. 2a
 gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 2. Juni verstarb unser Parteigenosse

Richard Amft
 Fontanestr. 23 (22. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, den 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Am 30. Mai verstarb unser Parteigenosse, der Stuckateur

Hans Deutsch.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung fand am Donnerstag, den 3. Juni, statt.

Der Vorstand.

Fern von seinen Lieben, starb am 9. Mai den Geliebten fürs Vaterland mein innigstgeliebter, unvergesslicher Mann, unser treuherziger Vater, Sohn und Bruder, der Gefreite

Albert Wegener

Rel.-Inf.-Regim. 201, 6 Komp. im blühenden Lebensalter von 43 Jahren.

Dies zeigen im tiefsten Schmerz an
 Frau Dina Wegener u. Kinder,
 August Wegener als Vater,
 August Wegener als Bruder,
 Hanna Wegener als Schwester.

Wenn Liebe könnte Wunder tun und Tränen Tote wecken, so würde Dich, Du gutes Herz nicht fremde Erde bedecken. Nun ruhe sanft im Heldengrab, befreit von allen Schmerzen, die Liebe die Dich hier umgab, lebt fort in unserm Herzen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Max Peine
 am 3. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pöhlcherberger Gemeindefriedhofes in Marzahn aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
 114/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Am 3. Juni verstarb unser Kollege, Krankenfassenangestellter

Max Peine
 (Christenallee Reutkölln).

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Marzahn (Wiegeler Bahn) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 46/7 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.

Am Donnerstag, den 3. Juni, starb nach langem Leiden der Angestellte unserer Kasse

Max Peine.

Nur 1 1/2 Jahre in unserer Verwaltung tätig, hat er sich trotzdem in dieser kurzen Zeit durch regen Fleiß und gewissenhaftes Arbeiten unser Vertrauen erworben.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten. 208/10

Der Kassenvorstand.
 R. Heinrich, 2. Vorsitzender.

Am 3. Juni verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege

Max Peine.

Der Verstorbene war während seiner nur kurzen Tätigkeit ein eifriger Mitarbeiter und guter Kollege. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden. 718

Die Kollegen der Allg. Ortskrankenkasse Neukölln.

Am 25. Mai starb durch Kopfschlag den Geliebten fürs Vaterland unser lieber Kollege

Heinrich Bleck.

Sein anhänglicher und ehrlicher Charakter wird uns stets veranlassen, ihm ein dauerndes Andenken zu bewahren. 18406

Die Maschinendruckerei „Woche“ und „Tag“.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Freitag, den 4. Juni, nach langem, schmerzlichen Leben meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Agnes Jaffke
 im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Um stilles Beileid bitte

Im Namen der Hinterbliebenen:

Otto Jaffke, Richterberg,
 Blumenthalstr. 18.

Ort und Zeit der Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 1488

Verband der Sattler und Portefeulleur.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Leo Pinkus
 bei den Kämpfen gefallen ist.

Am Freitagabend zu Köln verstarb der Kollege

Albert Scheffler.

Ehre ihrem Andenken!
 157/13 Die Ortsverwaltung.

Den Geliebten fürs Vaterland starb am 29. Mai 1915 im Stellungskampf mein innigstgeliebter, herzenguter Mann, Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegerohn, der Unteroffizier und Ritter des Eisernen Kreuzes

Fritz Klinkmüller

Landw.-Inf.-Reg. 47, 12. Komp. im blühenden Alter von 34 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Anna Klinkmüller
 geb. Dietrich.

Die der Friede,
 Uns der Schmerz.

Als Opfer des Weltkrieges wurde uns unser langjähriges Mitglied

Erich Rabe
 entziffen.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Ruder-Verein „Collegia“
 Charlottenburg-Lieswerder.

Max Winkler
 (H. Referat-Monier-Romdagnie)

Im Namen der Hinterbliebenen:

Die trauernde Gattin

Ida Winkler geb. Ginnow
 und Töchterchen Trudchen.

Du gingst von uns mit schwerem Herzen

Und hoffst auf ein Wiedersehen; Doch größer sind nun unsere Schmerzen,

Da dieses nicht mehr kann geschehen.

Wir könnten Dich nicht sterben sehen, Und nicht an Deinem Grabe stehen. So ruhe denn in Frieden, Erwig beweint von Deinen Lieben.

Reutkölln, Steinmehstr. 18.

Fern von der Heimat, als Opfer des Weltkrieges, fiel unser lieber Sohn und Bruder

Karl Rucks
 Rel.-Inf.-Reg. 269, 8. Komp. im 21. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrauert an

Hermann Rucks
 zugeht im Lagerst.

Liddy Rucks.
Paul Rucks.

Am 29. Mai fiel in treuer Pflichterfüllung mein über alles geliebter Mann, unser guter Vater und Sohn, der Gefreite

August Ramonat
 im 45. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrauert an

Berta Ramonat
 geb. Mayer.

Paul, Kurt als Edine.
 Stets unversehrt den Deinen.

Allen Freunden und Bekannten die Nachricht, daß unser lieber Sangesbruder, der Garde-Grenadier

Fritz Feist
 am 18. Mai gefallen ist.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Richard Rohmann, Sänger.
 Stimm schlägt der Sänger.
 Soll ich unter fremdem Himmel schlafen in der Weisheit ein, Soll auf meinem Grabe blühen, Uebchen hoch, Bergischschmeien.

In seinem schweren Verufe als Sanitätsfeldwebel fiel im fernem Osten, im 39. Lebensjahre, unser lieber guter Mann, Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Heinze

In freiem Gedenken:

Niederbarnhufen (Uhlendstr. 49), Berlin, Kiel, Fern.

Gedwig Heinze und 3 Kinder.
Waldeck u. Martha Manasse,
 geb. Heinze.

Karl und Lotte Schlichting,
 geb. Heinze.

Albert Heinze (zugeht im Felde) und Frau.
Willy Heinze und Frau.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. Mai unser lieber, braver Kollege, der Dreher

Paul Heinze

Sanitäts-Diener - Feldwebel beim Rel.-Inf.-Reg. Nr. 201.

Sein aufrechter Sinn, sein liebenswürdiges Wesen und sein frischer Humor lassen ihn uns unvergesslich bleiben.

Sein Andenken werden in Ehren halten 18475

Die Kollegen d. M. G.-G.,
 Brunnenstraße,
Widerstandsfabrik
 vbl. Lantz (früher Dillmann).

Den Geliebten fürs Vaterland fanden unsere langjährigen Mitarbeiter

Otto Faust
Martin Wollschläger
Wilhelm Boddensch,
 Wir werden ihr Andenken in Ehren halten: 47/20

Die Inhaber der Firma
Schweitzer & Oppler-Berlin.

Fern von seinem Lieben fiel als Opfer des Weltkrieges bei einem Geleite am 24. Mai unser einziger lieber Sohn und Bruder

Hans Schmidt
 im 21. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrauert an

Ya milie Schmidt, Engländer Stb.
 Am der Friede,
 Uns der Schmerz.
 Ruhe sanft in fremder Erde.

Am 23. Mai starb als Opfer des Krieges mein innigstgeliebter Mann, unser herzenguter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Landsturmmann

Artur Wolff
 im 41. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
Witwe Olga Wolf
 und Kinder.

Ruhe sanft in fremder Erde,
 unsere Liebe bedt Dich zu.

Am 19. Mai fiel auf dem Schlachtfelde mein guter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Grenadier

Richard Kapons
 im 21. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrauert an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Fern von seinem Lieben fiel als Opfer dieses furchtbaren Völkerringens bei einem Sturmangriff am 26. Mai unser lieber guter unversehrtlicher Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nefte

Otto Wacker
 Kriegsfreiwilliger Inf.-Reg. 201, 6. Komp.

im 24. Lebensjahre.

Dies zeigen an in tiefem Schmerz
Familie Adolf Wacker,
 Stephanstr. 66. 598

Männer- u. Frauenchor Neukölln.

Am 13. Mai fiel auf dem Schlachtfelde unser lieber Sangesbruder

Artur Naumann.
 59/5 Der Vorstand.
 Stimm schlägt der Sänger.

Gesangverein „Vorwärts“
 Friedrichsfelde-Karlshorst
 R. d. D. U. S. V. Gau Berlin.

Fern von der Heimat, als Opfer des Krieges, fiel am 16. Mai unser langjähriger treuer Sangesbruder, der Landsturmgefreite

Peter Busch
 im 44. Lebensjahre.

Sein aufrechter Sinn, sein liebenswürdiges Wesen und sein frischer Humor, lassen ihn uns unvergesslich bleiben.

Ferner starb plötzlich im Mai nach 18-jähriger Mitgliedschaft unser treuer Sangesbruder

Emil Schönfelder
 Friedrichsfelde, Balderstraße 22.

Die Beerdigung hat stattgefunden. 56/4

Stimm schlägt der Sänger.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 10. Mai 1915 unser einziger lieber Sohn

Max Hoffmann
 im blühenden Alter von 21 Jahren.

In tiefem Schmerz
 seine trauernden Eltern

August Hoffmann und Frau.
 Bahmestr. 4. 538

Am 16. Mai fiel als Opfer des Weltkrieges mein guter Mann und treuherziger Vater, Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der Geschäftsinhaber

Peter Busch
 Gefreiter im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 47 im Alter von 44 Jahren.

Seiner Pflicht getreu bis in den Tod! 779

Berta Busch geb. Engler
 nebst Kindern.

Nachruf.

Am 16. Mai 1915 fiel im Felde einer unserer besten Kollegen, der Schlosser

Hermann Kriesel.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!

Die Kollegen der Firma
Scherbel,
 598 Weihensee, Ledderstr. 42.

Fern von der Heimat, als Opfer des Weltkrieges, fiel in der Nacht vom 17.-18. Mai auf Vorposten durch Kopfschlag mein innigst geliebter Mann und Vater, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehrmann

Wilhelm Püngel
 Referat-Inf.-Reg. 224, 2. Komp. im Alter von 43 Jahren.

Dies zeigt im tiefsten Schmerz an

Frau Marie Püngel,
 nebst Tochter, Stolpischestr. 19.

Ruhe sanft, Du gutes Herz,
 Du hast den Frieden, wir den Schmerz. 238

Am 1. Juni verstarb im Feldlagerst unser lieber Freund

Richard Schulz.

In der Blüte seiner Jugend rief ihn das Schicksal aus unserem Kreise. Treu und gut, sicher ihm ein blühendes Wesen ein festes Gedenken, . . . Du schaffst nicht wieder! Ruhe sanft!

Die Sängerschaft
 im Ruderverein Vorwärts.

Fern von seinem Lieben starb am 19. Mai



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Auf dem Schlachtfelde fiel am 23. Mai unser Mitglied, der
Bühnenmann

Georg Düvel.

204/6 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 1. Berl. Reichstagswahlkr.

Am 26. Oktober fiel auf dem Schlachtfelde, der Genosse

Robert Schlennstedt

Ehrlauer Straße 10. Bezirk 25.

Feiner starb am 2. März infolge seiner Verwundung im Lazarett
zu München der Genosse

Gustav Künzelmann

Bezirk 130a.

205/7 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkr.

Am 21. Mai fiel der Buchdrucker

Bruno Uhlemann

Weidenweg 45. Bezirk 346 L.

Am 16. Mai fiel der Bergolder

Gustav Krause

Ränigberger Straße 12. Bezirk 815.

Am 29. Mai fiel der Gastwirt

August Ramonat

Friedenstr. 52. Bezirk 278.

212/15 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Im Felde fiel unser braver Genosse, der Buchdrucker

Paul Diepold

Meyerbeerstraße 6. Abteilung II.

222/9 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 11. Mai fiel bei einem Sturmangriff der Buchdrucker

Karl Trapp

Stendaler Straße 23. 15. Abteilung, Bezirk 734.

Am 27. März fiel in einem Gefecht der Bauer

Karl Gründel

Bärker Straße 15. 2. Abteilung, Bezirk 514.

Am 17. Mai fiel auf Vorpösten durch Kopfschuß der Zimmerer

Wilhelm Püngel

Stolpische Straße 19. 6. Abteilung, Bezirk 569.

Am 9. April fiel bei einem Angriff der Stukkateur

Max Hoffmann

Stromstr. 30. 15. Abteilung, Bezirk 719.

225/14 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 16. Mai fiel im Felde der Brauereiarbeiter

Robert Beiser

Rainger Straße 15/15. — 23. Bezirk.

Am 10. Mai fiel im Felde der Tischler

Otto Fiedler

Grätzl. 34. — 7. Bezirk.

Am 23. Mai fiel im Felde der Bierfahrer

Fritz Klinkmüller

Reißestr. 6. — 22. Bezirk.

Am 26. Mai fiel im Felde unser Jahlablenleiter, der Arbeiter:

Max Resch

Reißestr. 64. — 22. Bezirk.

237/13 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Weltkrieges fielen die Genossen

Ernst Richter

Hindenburgdamm 104

Gustav Mielke

Platzstr. 1.

194/20 Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Lichterfelde.

Bei den Kämpfen am 19. Mai fiel unser Genosse, der Dreher

Wilhelm Zech.

Sozialdemokr. Kreiswahlverein Niederbarnim. Bez. Pankow. Gruppe 5.

Am 23. Mai fiel unser Genosse

Karl Liepe

Lichtenberg, Herzbergstr. 149.

13/2 Soziald. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Lichtenberg, Gruppe 93.

Am 21. Mai fiel unser Reditor, der Eisendreher

Paul Heinze.

Sozialdem. Kreiswahlverein Niederbarnim, Bez. Niederschönhausen.

Am 16. Mai fiel unser Genosse, der Schlosser

Peter Busch

Ede Pentig- und Krausestraße.

243/17 Sozialdemokr. Wahlverein Kreis Niederbarnim, Bezirk Karlshorst.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem
Schlachtfelde gefallen sind:

Max Schulz, Englische Gaswerke.

Karl Schulz, Lichtenberg.

Ernst Götsch, Gasanstalt Gitschinerstr.

Hans Lindenberg, 17. Revier-Inspr.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

34/8 Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Auf dem Schlachtfelde im Westen fiel unser lieber Freund
und treuer Kamerad

Paul Diepold.

Seinem Vorbilde zu folgen, soll unser eifrigstes Be-
streben sein. 282/5

Die Arbeiterjugend Berlin Süden.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Es starben folgende Mitglieder im Felde:

Johann Cziechy, Widler

geb. 7. 4. 1882 in Stettin

Georg Spiller, Graveur

geb. 17. 10. 1873 in Berlin

Wilh. Leßmann, Gärtler

geb. 18. 12. 1872 in Langenou

Georg Papendick, Werkzeugmacher

geb. 13. 2. 1890 in Berlin

Artur Wolff, Dreher

geb. 25. 7. 1875 in Kaufha

Max David, Dreher

geb. 18. 1. 1894 in Berlin

Otto Kahle, Kerumacher

geb. 11. 3. 1890 in Großbeeren

Hans Gloé, Elektromonteur

geb. 14. 7. 1890 in Köslund

Artur Leonhardt, Schlosser

geb. 29. 11. 1883 in Schwertin

Max Heinze, Schlosser

geb. 3. 7. 1894 in Rummelsburg

Emil Fiedler, Schlosser

geb. 20. 11. 1877 in Treppel

Rudolf Brodack, Schlosser

geb. 8. 11. 1894 in Berlin

Otto Schulze, Schmied

geb. 17. 4. 1890 in Berlin

Richard Giase, Dreher

geb. 20. 6. 1892 in Eisenpalteret

Ernst Borkenhagen, Masch.-Arb.

geb. 2. 11. 1888 in Hohenpape

Richard Kapons, Metallarbeiter

geb. 15. 1. 1894 in Insterburg

Otto Nietner, Schleifer

geb. 11. 7. 1896 in Berlin

Johannes Schiller, Mechaniker

geb. 22. 6. 1894 in Berlin

Georg Montag, Kerumacher

geb. 22. 9. 1893 in Berlin

Herm. Uckert, Dreher

geb. 2. 5. 1893 in Järstenwalde

Johann Karaschkewitz Klempner

geb. 10. 1. 1875 in Martinsdorf

Max Resch, Metallarbeiter

geb. 6. 11. 1892 in Neukölln

Paul Heinze, Dreher

geb. 23. 3. 1877 in Berlin

Paul Lange, Dreher

geb. 3. 2. 1884 in Gchlsdorf

Wilh. Piepenhagen, Schlosser

geb. 18. 9. 1888 in Stettin

Ehre ihrem Andenken!

114/19 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 5. Juni, verstarb nach schweren
Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater,

der Fabrikant **Otto Richter**

im 63. Lebensjahre. 1842b

Dies zeigen tiefbetrübt mit der Bitte um stillen
Beileid an

Paul Richter und Frau **Emma** geb. **Schabel**,
Richard Stolpe und Frau **Frida** geb. **Richter**,
Eise, Otto, Karl als Enkelkinder.

Die Einäscherung findet am Dienstag, den 8. Juni,
pünktlich 2 Uhr, im städtischen Krematorium in der
Gerichtstraße 37/38 statt.

Kranzspenden höflichst verboten.

Turnverein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Im Kampfe fürs Vaterland schieben folgende Turn-
genossen aus unseren Reihen:

- Fritz Ehrenber**,
- Paul Krasuski**,
- Fritz Reißmann**,
- Hermann Wenzel**,
- Reinhold Kollahn**,
- Fritz Hinrichsen**,
- Franz Bleiweiß**,
- Julius Philipp**,
- Karl Matzdorf**,
- Albert Anders**,
- Otto Hasse**,
- Richard Warminski**,
- Albert Zbrowski**,

- 1. Männerabteilung, am 16. März.
- 2. Männerabteilung, am 16. Mai.
- 5. Männerabteilung, am 9. Mai.
- 7. Männerabteilung, am 4. Februar.
- 10. Männerabteilung, Anfang Februar.
- 12. Männerabteilung, am 3. März.
- 14. Männerabteilung, am 27. Oktober.
- 14. Männerabteilung, am 10. Februar.
- 14. Männerabteilung, am 12. März.
- 14. Männerabteilung, am 27. März.
- 17. Männerabteilung, am 8. Mai.
- 17. Männerabteilung, am 7. Februar.
- 18. Männerabteilung, am 20. März.

Ehre ihrem Andenken!

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Albert Bardeleben**, Lagerarbeiter.
- Alfred Blaschke**, Geschäftsdienner.
- Heinrich Hennig**, Geschäftsdienner.
- Wilhelm Kaeding**, Rollkutscher.
- Walter Kaffanke**, Geschäftsdienner.
- Max Kosmehl**, Radfahrer.
- Theodor Kreer**, Bierfahrer.
- Hugo Nickel**, Kohlenarbeiter.
- Max Peston**, Selterkutscher.
- Fritz Rese**, Geschäftsdienner.
- Hermann Riediger**, Kohlenarbeiter.
- Albin Schönfeld**, Geschäftsdienner.
- Alfred Tietz**, Geschäftsdienner.
- Karl Vandré**, Geschäftsdienner.
- Karl Wolter**, Drochkutschfahrer.
- Wilhelm Zoch**, Geschäftsdienner.

Ehre ihrem Andenken!

64/13 Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde sind folgende Kollegen gefallen:

- Ernst Huckwitz**, Tischler, 25 Jahre alt,
- Franz Jüch**, Tischler, 29 Jahre alt,
- Gustav Krause**, Bergolder, 45 Jahre alt,
- Paul Ledworuski**, Modelltischler, 28 Jahre alt,
- Artur Lehmann**, Bodenleger, 26 Jahre alt,
- Max Lottermoser**, Tischler, 22 Jahre alt,
- Ernst Schulz**, Tischler, 41 Jahre alt,
- Hermann Theurich**, Ristenmacher, 28 Jahre alt,
- Wilhelm Weithaase**, Möbelpolierer, 23 Jahre alt,
- Karl Fricke**, Modelltischler, 20 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

83/20 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.

Filiale Berlin.

Bureau: Reichstr. 28, part. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4787.
Arbeitsnachweis: Gormannstr. 13. Fernspr.: Amt Norden 3791-97.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Karl Müller

(Bezirk Pantow)

am 14. Mai gefallen ist.

Ehre seinem Andenken!

136/7 Die Ortsverwaltung.

13

Mittwoch, den 9. Juni: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 241 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Stab der 23. Landw.-Inf.-Brig.; 3. Garde-Reg. u. F.; Gren.-Regimenter (Garde) Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Jäger, Garde-Res.-Jäger und Garde-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Gren.-hgw. Inf.- bzw. Inf.-Regimenter Nr. 1, 4, 5, 9, 18, 17, 19, 22, 24, 28, 32, 33 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. der 41. Inf.-Div.), 34, 35, 41 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. v. Starnatowski), 43, 48, 49, 54, 55, 56, 57, 61, 62, 65, 69, 72, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 84, 86, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 110, 112, 115, 116, 128, 130, 132, 136, 137, 138, 143 (siehe auch Inf.-Reg. Nr. 136), 145, 147, 149, 151, 154, 157, 158, 160, 165, 168, 169, 173, 174, 175; Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 7, 12, 17, 18, 19, 23, 24, 27, 30, 35, 46, 55, 57, 61, 72, 76, 81, 82, 91, 109, 110, 118, 130, 204, 210, 217, 231, 233, 235, 240, 251, 265, 268; Erf.-Inf.-Reg. der 41. Inf.-Div. sowie Reg. v. Starnatowski; Inf.-Regimenter Nr. 1 und 4; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 21, 22, 24, 34, 46, 55, 61, 74, 76, 77, 99, 109, 110, 116, 118 und v. Gundlach; Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1; Bes.-Regimenter Nr. 1 und 2 Posen der Bes.-Brig. Nr. 1, Nr. 4 Posen der Bes.-Brig. Nr. 4; Landw.-Inf.-Bat. Altenburg (siehe Landw.-Inf.-Reg. v. Gundlach); 1. Westfälisches Landw.-Inf.-Bat. Breslau; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 1 des 4. Armeekorps; Brig.-Erf.-Bataillone I. Nr. 16, 26, 32, 35, 38, 39, 40, 42, 76, 83; Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 25, 27 und 33 (alle drei siehe Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1) und Nr. 55; Landst.-Inf.-Bataillone Achterleben, IV Darmstadt, III Frankfurt an der Oder, Rastenburg, Saarionis (siehe Erf.-Inf.-Reg. v. Starnatowski); Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone Wühlhauken I. Th. (siehe Landst.-Inf.-Bat. Rastenburg), 1. Saargemünd, 6. des 7. Armeekorps; Jäger-Bat. Nr. 11; Res.-Jäger-Bataillone Nr. 1, 2; 2. Radf.-Komp. Königsberg (Stobbe); Res.-Radf.-Komp. Nr. 30; Festungs-Maschinengew.-Abteilungen Hünningen und A Jstein; Res.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 1; Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 3 v. Rejer.
Reg. der Gardes du Corps; Garde-Mitrailleurs; 1. Garde-Drag.; Garde-Musikanten; 2. Garde-Musikanten; Mitrailleurs Nr. 6; Säwere Res.-Reiter Nr. 3; Dragoner Nr. 4, 14; Husaren Nr. 8, 15; Mänu Nr. 11; Jäger zu Pferde Nr. 1 (siehe Jäger-Abt. beim Landw.-Reg.-Nr. 1 der 3. Landw.-Div.); 11; Landw.-Reg. Nr. 1 der 2. Landw.-Div.; Res.-Abt. Nr. 48.
Feldartillerie: 2. Garde-Reg.; Regimenter Nr. 10, 17, 20, 38, 41, 47, 50, 57, 69; Res.-Regimenter Nr. 44, 48, 51; 2. Landst.-Batt. des 2. Armeekorps.
Kuhpferkavallerie: Regimenter Nr. 9, 11, 14, 18, 20; Res.-Reg. Nr. 8; Landw.-Reg. Nr. 16.
Pioniere: Regimenter Nr. 23, 29; Bataillone II. Nr. 1, I. Nr. 8, I. und II. Nr. 9, I. Nr. 10, II. Nr. 16, I. Nr. 21, III. Nr. 28; Res.-Kompagnien Nr. 49, 83, 84; 2. Landw.-Komp. des 4. und 1. Landst.-Komp. des 14. Armeekorps; Res.-Scheinwerferzug Nr. 42; Rittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 126 (siehe Div.-Brüden-train Nr. 16).
Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 3; Eisenbahn-Regimenter Nr. 2, 3; Eisenbahn-Kaufkomp. Nr. 29; Armee-Telegr.-Abt. der Rhein-Armee; Festungs-Punker-Abt. Brandenburg; Feldposttruppe. Armee-Brüden-Abt. der 6. Armee; Div.-Brüden-train Nr. 16; Leichtes Pionier-Kol. Nr. 5 des 11. Armeekorps; Probiant-Kol. Nr. 1 der 115. Inf.-Div.; Res.-Fuhrpark-Kol. Nr. 37 des 5. Res.-ferdekorps.
Res.-Munitionskol.-Abt. Nr. 45 des 23. Res.-ferdekorps.
San.-Komp. Nr. 2 des 7. und Nr. 3 des 16. Armeekorps; Festungs-San.-Komp. Thorn.
Armierungs-Bataillone.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 154 wird veröffentlicht. Derselbe Inhalt wird gestern bereits mitgeteilt. Die württembergischen Verlustlisten Nr. 108 und 194 melden Verluste des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 123, 124; Inf.-Regimenter Nr. 125, 126, 180; Landst.-Inf.-Bataillone Gorb, Heilbrunn, Biebrach.
1. Ersatzabteilung Feldart.-Reg. Nr. 65; Feldart.-Reg. Nr. 116.
3. Res.-Pionier-Kompagnie.
Inf.-Munitionskolonnen Nr. 3.
Armierungs-Bataillone Nr. 59.
Verluste durch Krankheiten.
Verlustigung früherer Verlustlisten.
Gren.-Reg. Nr. 119; Res.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.- und Res.-Inf.-Reg. Nr. 121; Inf.-Reg. Nr. 122; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125, 126, 180; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 246, 247.
Mänu-Regimenter Nr. 19, 20.
Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 26, 51; Feldart.-Reg. Nr. 65.
Pionier-Komp. Nr. 116.

Aus Groß-Berlin.

Der städtische Kartoffelverkauf.

Der Kleinverkaufspreis für die städtischen Kartoffeln ist vom Magistrat, wie schon berichtet, auf 50 Pf. für 10 Pfund festgesetzt. Der Verkauf zu diesem ermäßigten Preise beginnt in den ersten Tagen der nächsten Woche. Kleinhändler, welche an dem Verkauf der Kartoffeln teilnehmen wollen, haben diese an der ihnen bestimmten Lagerstelle oder an den Bahnhöfen abzunehmen, gegen einen Preis von 4,25 M. pro Zentner. An Privatpersonen, Speiseanstalten, gemeinnützige Vereine usw. werden die Kartoffeln bei Abnahme von mindestens 10 Zentnern ab Lagerstelle zum Preise von 4,50 M. abgegeben. Nachfragen sind an das städtische Bureau für Kartoffelverföhrung, Stralauer Str. 3-6, zu richten.

Die Sorge für die Kriegsbeschädigten.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvereins-Stellvertreters Geh. Justizrat Cassel tagte am Sonnabend im Berliner Rathaus der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die geplante Organisation für eine großzügige Kriegsbeschädigtenfürsorge. Nach längerer Beratung wurde folgender Antrag der Unterkommission einstimmig angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt den Betrag von 100 000 Mark für erstmalige und laufende Ausgaben für die Organisation und den Betrieb der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Stadtverordnetenversammlung gewährt hierbei vom Magistrat eine baldigst einzubringende Vorlage über Einrichtung der Organisation und Erreichung ihrer Zwecke. Sie überreicht sämtliche gestellten Anträge dem Magistrat als Material. Zweck berufsorganisatorischer Zusammenarbeitens ist ein Anschluß an die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Nachbargemeinden Berlins anzustreben.“

Das Plenum der Stadtverordnetenversammlung wird sich in der nächsten Sitzung, Donnerstag, den 17. Juni, mit diesem Antrag beschäftigen. Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am nächsten Donnerstag fällt aus.

Der italienische Krieg und die Berliner Markthallen.

Infolge der Lahmlegung der italienischen Ausfuhr nach Deutschland wird sich bald in den Berliner Markthallen ein Mangel an italienischem Frühgemüse und Südsrüchten, namentlich auch an Zitronen, Feigen, Datteln, Trauben, Oliven, Gurken, Frühlirichen, Frühkartoffeln bemerkbar machen. Auch der in Deutschland so geschätzte Gorgonzola-Käse, der belamlich in großer Menge aus Italien eingeführt wurde, dürfte jetzt mehr als je in „Originalpackung“ aus Fabriken in Berlin N. nachempfunden werden. Schon jetzt macht sich eine starke Zufuhr von Frühgemüsen aus Belgien und Süddeutschland bemerkbar, so daß der Bedarf in diesen Nahrungsmitteln zum großen Teile wird ersetzt werden können.

Ein belangreicher Grundsteuerstreit.

Der Fürst Gebhard Blücher von Wahlstatt in London war vom Berliner Magistrat für das Steuerjahr 1912 wegen seines Palais am Pariser Platz 4 und Königsgräber Str. 140 mit 13 020 M. zur Gemeindegrundsteuer herangezogen worden. Der Magistrat legte der Heranziehung einen gemeinen Wert des Grundstücks von 1 200 000 M. zugrunde.

Der Fürst, beziehungsweise sein Vertreter in Deutschland, verlangte durch Klage, daß die Steuer nur nach einem gemeinen Wert von 3 678 000 M. berechnet werde.

Der Bezirksausschuß Berlin wies, wie im ersten, so auch im zweiten Rechtszuge die Klage ab.

Darauf legte der Fürst Revision ein. Sein Vertreter, Justizrat Görres, machte geltend, daß wegen der Fideikommiss-eigenschaft des Grundstücks nur ein erschwerter Verkauf möglich sein würde, im Verhältnis zu anderen Grundstücken, und daß deshalb der gemeine Wert geringer geschätzt werden müsse, als bei sonst gleichartigen, aber fideikommissfreien Grundstücken.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf diese Auffassung als irrig und wies deshalb die Revision des Klägers als unbegründet ab.

Der älteste Ehrenbürger der Stadt Berlin, Geheimrat Marggraf, ist gestern im Alter von 81 Jahren gestorben.

Marggraf hat in den langen Jahren, in denen er in der städtischen Verwaltung als Magistratsmitglied wirkte, der Stadt in der uneigennützigsten Weise gedient. Auf dem Gebiete der Kanal- und Güterverwaltung hat Marggraf bahnbrechend gewirkt, auch für die städtischen Heimstätten hat der Verstorbene reges Interesse befundet.

Wenn Kinder mit Schußwaffen spielen.

Uns wird berichtet: Freitag vormittag vergnügten sich Kinder damit, indem sie auf einem vor dem Hause Rounhstr. 23 haltenden Hofwallen spielten. Ein kleiner sechsjähriger Junge beteiligte sich gleichfalls am Spiel. Plötzlich zog er einen Revolver aus der Tasche und rief: „Ja schieße!“ Ehe die Spielgefährten sich verließen, entlad sich der Revolver und eine Kugel drang dem Jungen in die Hand. Schwer verletzt brachte man ihn nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus.

Agnes Jaffe, eine den Lichtenberger Genossinnen und Genossen gut bekannte Parteigenossin, ist gestern gestorben.

Genossin Jaffe gehörte zu jenen ruhigen, stillen, eifrigen Genossinnen, die zwar weniger offensichtlich, desto mehr aber im stillen ihrer Parteilichkeit nachkommen. Kaum eine Versammlung veräumte sie trotz ihrer 3 Kinder. Wande Sorge hat sie in den Jahren auf sich genommen, besonders dann harte Arbeit geleistet, wenn ihr Mann, Genosse Jaffe, der langjährige erste Vorsitzende des Lichtenberger Wohlvereins, durch längere Arbeitslosigkeit nicht in der sonst gewohnten Weise allein alles Nötige beschaffen konnte. Frau Jaffe war ihrem Mann eine treue Gefährtin und ermöglichte ihm erst seine umfassende Parteilichkeit. Aber die Proletarierkrankheit zehrte an ihrem Leibe und ihr als Landwehmann im Felde weilender Mann konnte vor einigen Wochen gelegentlich eines Urlaubes von seiner braven Frau nur als einer vom Tode Gezeichneten Abschied nehmen. Nun hat sie ausgetreten. Die Lichtenberger Parteigenossen werden der stillen, unermüdbaren Kämpferin ein treues Andenken bewahren.

Gasvergiftung zweier Frauen.

Durch die Unvorsichtigkeit sind zwei Kriegerfrauen, die aus der Provinz zum Besuch ihrer zum Militär eingezogenen Männer nach Berlin gekommen waren, in Lebensgefahr geraten. Die 32 Jahre alte Frau Meta Winterfeld aus Dambitz (Medlenburg) und die 33 jährige Frau Hulda Edler aus Jigendorf (Medlenburg) waren vorgestern nach der Reichshauptstadt gekommen, um ihre bei hiesigen Regimenter stehenden Ehemänner zu besuchen. Die beiden Frauen, Schwägerinnen, nahmen bei Verwandten in der Landsberger Straße 13 Wohnung. Am heutigen Morgen nahm die Wohnungsinhaberin einen starken Gasgeruch wahr, der aus dem gemeinsamen Schlafzimmer der Besucherinnen kam. Als sie auf ihr Klopfen keine Antwort erhielt, ließ sie die von innen verschlossene Tür öffnen und fand man die beiden Frauen betümmungslos im Bette liegend auf; das Zimmer selbst war über und über mit Gas angefüllt.

Wie sich auf den ersten Blick ergab, waren die Frauen ein Opfer ihrer eigenen Unvorsichtigkeit geworden; sie hatten vergessen, den Hahn der Gaslampe zu schließen oder ihn nachträglich wesentlich halb geöffnet. Erst nach längerem angestrengten Bemühungen der herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr gelang es, die beiden Frauen auf kurze Zeit zum Bewußtsein zu bringen. Der Zustand der Verunglückten verschlimmerte sich aber sehr bald wieder und sie mußten in betümmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Die neue Hundesperre.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: An einem in Berlin frei umherlaufenden Hunde ist Tollwut festgestellt worden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle während der angeordneten Hundesperre eingefangenen Hunde, die den erlassenen Bestimmungen zuwider umherlaufend betroffen

werden, ausnahmslos sofort getötet werden. Die einzelnen polizeilichen Bestimmungen lauten:

§ 1. Im Landespolizeibezirk Berlin (Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Reinickendorf, Berlin-Niederschönhausen und Berlin-Stralau) sowie in den Gemeindebezirken Berlin-Weißensee, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Friedrichsfelde und Berlin-Pankow des Kreises Niederbarnim müssen sämtliche Hunde, auch wenn sie erst nach Anordnung der Sperre in diese Bezirke eingeführt werden, bis zum 27. August d. J. einschließlich festgelegt (angefettet oder eingeperrt) werden. Der Festlegung ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorb versehenen Hunde an der Leine gleich zu achten.

§ 2. Die Ausfuhr von Hunden aus dem Sperrbezirk ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet. Während der Ueberführung und am Bestimmungsorte ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren. Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirk bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirkes mit einem sicheren Maulkorb versehen und an der Leine geführt werden müssen.

§ 3. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen wird unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angehakt und mit einem sicheren Maulkorb versehen sind. Hirtenhunde dürfen zur Begleitung von Herden, Jagdhunde bei der Jagd und Polizeihunde während des Dienstgebrauchs ohne Maulkorb und ohne Leine verwendet werden. Außer der Zeit des Gebrauchs unterliegen diese Hunde jedoch den am Herkunftsort geltenden Vorschriften.

§ 4. Hunde, die diesen Bestimmungen zuwider umherlaufend betroffen werden, werden ausnahmslos getötet.

§ 5. An den Ausgängen der in den vorgenannten Sperrbezirken vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre“ leicht sichtbar anzubringen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Viehwechelpolizeiliche Anordnung, die mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft tritt, unterliegen den Strafverordnungen der §§ 71-77 des Reichsviehwechelpolizeigesetzes vom 26. Juni 1909.

Beim Baden untergegangen ist gestern in der Badeanstalt an der Baisendbrücke ein Mann namens Artur Lewy aus der Bültenweberstraße. Von Badegästen aus dem Wasser gezogen, wurden längere Zeit Wiederbelebungsbemühungen angestellt, die im Krankenhaus fortgesetzt wurden, da Lewy noch schwache Lebenszeichen gab. Ob die Bemühungen von Erfolg geteiert sind, ist nicht bekannt.

Arbeiterbildungsschule. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß der Anruf des Genossen Edward Bernstein nicht am Donnerstag, den 10. Juni, sondern am Freitag, den 11. Juni, fortgesetzt wird.

Der Führer derjenigen Droßkhe, die am Dienstag, den 1. Juni dieses Jahres in den Morgenstunden von einem aus dem Osten eingetroffenen 42 jährigen Zivilarbeiter zur Fahrt vom Schlesischen Bahnhof in Berlin nach der Vergstraße, Ecke Nielsenstraße in Neukölln benutz worden ist, wird aufgefordert, sich unverzüglich bei dem Verkehrs-kommissariat des königl. Polizeipräsidiums in Berlin oder dem nächsten Polizeirevier zu melden. Der betreffende Arbeiter ist an schwarzen Fodern erkrankt und daher die unverzügliche Desinfektion der Droßkhe im öffentlichen Gesundheitsinteresse sowie im Interesse des Droßkheführers selbst erforderlich.

Im Zoologischen Garten und im Aquarium ist wieder einmal billiger Sonntag. Das Eintrittsgeld kostet an diesem ersten Junisonntag während des ganzen Tages für Erwachsene und Kinder nur 25 Pf. die Person und zwar auch für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet ist. Von 4 Uhr nachmittags ab findet im Garten großes Konzert der Zoo-Kapelle statt. Die Sonntagskonzerte beginnen jetzt wieder regelmäßig um 4 Uhr nachmittags und dauern bis 10, bei schönem Wetter auch bis 11 Uhr abends.

Kleine Nachrichten. Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde Freitagabend das 3 Jahre alte Töchterchen Erna des Arbeiters Schulte aus der Postoder Straße 19. Die Kleine wurde vor dem Hause Postoder Straße 36 von einem Geschäftswagen überfahren und auf der Stelle getötet. — Am Westposten erhängt hat sich der 71 Jahre alte Rentenempfänger Ludwig Heinrich aus der Postoderstr. 33. — Auf der Reise vom Tode überrascht wurde der 40 Jahre alte Getreidemaler Heinrich Vihrs aus Bremerhaven. Vihrs kam vorgestern in geschäftlichen Angelegenheiten nach Berlin und nahm in einem Hotel der Friedrichstadt Wohnung. Als er gestern nichts von sich hören ließ, sah man sich nach ihm um und fand ihn tot im Bette liegen. Wahrscheinlich hat ihn ein Herzschlag getroffen.

Aus den Gemeinden.

Volkstüche und Kartoffelverföhrung in Neukölln.

Die Lebensmittelkommission beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit einem Vorschlage, die Preise für die Portionen in der Volkstüche heraufzusetzen. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß seit Anfang Mai in der Volkstüche 42 568 Portionen ausgegeben seien, die im Durchschnitt 27 Pf. kosten. Unsere Vertreter wehrten sich energisch gegen jede Erhöhung, konnten aber diese nicht hindern. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde beschlossen, den Preis für die Portion von 15 auf 25 Pf. heraufzusetzen. — Um eine größere Abgabe der Kartoffeln zu erreichen, wurde der Preis vom Montag, den 7. Juni, ab auf 45 Pf. für 10 Pfund und 4 M. für den Zentner ab Verkaufsstellen herabgesetzt. Der bisher bestehende Beschluß, daß nicht mehr als 10 Pfund abgegeben werden, wurde aufgehoben.

Lebensmittelankauf in Reinickendorf.

Die Abgabe von Kartoffeln erfolgt jetzt an drei Stellen und zwar täglich vormittags von 8 bis 12 Uhr auf dem Grundstück Hauptstraße 44, Montag und Donnerstag nachmittags von 2-5 Uhr in der 4. Gemeindeschule am Hausotterplatz und Dienstag und Freitag nachmittags von 2 bis 5 Uhr in der 2. Ge-

meinde Schule, Auguste-Victoria-Allee 114. Der Preis beträgt 5,25 M. pro Zentner. An Wiederverkäufer erfolgt die Abgabe zum Preise von 5 M. mit der Verpflichtung, die Kartoffeln im Einzelverkauf mit 55 Pf. für 10 Pfund zu verkaufen. Der Verkauf der Fleischwaren erfolgt Montags und Donnerstags von 8-12 und 3-6 Uhr, erstmalig beginnend am Donnerstag, den 10. Juni. Die Verkaufsräume befinden sich in der Provinzstr. 85, Neßingstr. 125 und Schillingstr. 3. Der Verkauf erfolgt ebenso wie bei den Kartoffeln durch die Gemeinde direkt. Die Preise betragen pro Pfund für Speck 1,70 M., für Schmalz 1,45 M. Ferner gelangen zum Verkauf in 1-Pfunddosen: Schweinefleisch zu 1,40 M., Leberwurst 1,10 M., Fleisch(Mot-)wurst 1,00 M. und Sätze 1,20 M.

Die Kinderwagensteuer in Spandau.

Zu der letzten Stadtverordnetenversammlung äußerte sich Stadtd. Ratté über die umlaufenden Gerüchte, wonach in den Kellerräumen des städtischen Schlachthofes die von der Stadt angekauften Dauerwaren verborgen sein sollen. Er stellte fest, daß eine Prüfung an Ort und Stelle die Unwahrheit dieser Behauptungen ergeben habe. In ähnlichem Sinne äußerte sich Bürgermeister Wolf. Trotz dieser Feststellung behauptete Stadtd. Kleinert, daß verborgene Waren im Schlachthof vorhanden seien, deren Verlust allerdings nicht die Stadt Spandau, sondern eine private Einkaufsgenossenschaft zu tragen habe. — Für die Wiederherstellungs- und Neubauarbeiten in der Walderholungsstätte, die in diesem Jahre noch nicht eröffnet worden ist, wurden 1800 M. bewilligt. Genosse Pieper bezeichnete diese Erholungsstätte als ein Unikum, da der Magistrat trotz des Waldrechts der Stadt eine so ungünstige Stelle in der Nähe des Friedhofes ausgewählt habe, daß die Krankenkassen es ablehnten, erholungsbedürftige Mitglieder in die Erholungsstätte zu entsenden. Gewünscht wurde ferner, daß auf dem städtischen Gute Wanddorf Erholungsbedürftige Kinder untergebracht werden sollen.

Der Magistrat unterbreitete dann noch den Stadtverordneten eine Vorlage zur Kenntnisnahme, wonach auch von den Frauen der Kriegsteilnehmer die Gebühr von 1 M. für eine Kinderwagenmarke, die zum Befahren der Bürgersteige berechtigt, erhoben worden sei, trotzdem die Stadtverordneten im Vorjahre die gänzliche Befreiung der Kinderwagensteuer beschloffen hatten. Oberbürgermeister Koehe erklärte, es könnte ja schließlich von der Kriegunterstützungskommission den Kriegerverfahren auf Ersuchen die 1 M. wieder zurückstattet werden. Genosse Biedl betonte, daß seine Fraktion die Kinderwagensteuer schon seit Jahren belästigt habe, da durch diese ungerechte Steuer nur etwa 2000 M. einkämen, die bei dem Millionenstaat Spandau eine Bagatelle seien. Stadtd. Kirch betonte, daß von den Staatsverpflichteten großen Summen für Unterstützung der Spandauer Kriegerverfahren aufgebracht würden und daß die Arbeiter wohl schwerlich damit einverstanden seien, wenn aus dem Ertrage ihrer Sammlungen die Kinderwagensteuer in den Stadtkäsel fließen würde.

Ernährung der Kartoffelpreise.

Charlottenburg. Vom 7. Juni d. J. ab wird der Preis für die durch die städtischen Kartoffelverkaufsstellen in Charlottenburg an das Publikum abzugebenden Speisekartoffeln bis auf weiteres auf fünfzig Pfennig für zehn Pfund ermäßigt.

Spandau. Der städtische Kartoffelverkauf wird von jetzt ab auch nachmittags von 3 bis 6 Uhr in der Stadthauptkasse erfolgen. Die Abgabe von auf Wons gekauften Kartoffeln an der Lagerungsstelle, dem ehemaligen Garnison-Spritzenhause am Kollnerting, ist bis abends 7 Uhr ausgedehnt worden. Es kosten von jetzt ab 10 Pf. Kartoffeln 50 Pf.

Treptow. Die Gemeindeverwaltung hat die Preise für die im Armenhause (Yaubacher Str. 1) zum Verkauf gelangenden Kartoffeln abermäßigt. Diese werden jetzt zum Preise von 5 M. frei Haus für den Zentner und 50 Pf. für 10 Pf. an jedermann, ohne Ausweis, abgegeben.

Tempelhof. Vom Montag, den 7. Juni, ab werden Kartoffeln zu 5 Pf. pro Pfund in Minderquanten von 20 Pfund auf dem Gemeindegelände Dorffstraße 42/43 (Vorratstraße 16) täglich zwischen 9 und 10 Uhr vormittags zum Verkauf gestellt. Von einem Zentner ab wird frei Haus geliefert zum Preise von 5 M. pro Zentner inklusive Anfahrt. Auch Händler können ihren Bedarf an Kartoffeln bei der Gemeinde decken. Sie sind berechtigt, 10 Pfund für 55 Pf. zu verkaufen. In dem Laden Ringbahnstraße 57 erfolgt jeden Mittwoch ein öffentlicher Verkauf von Schweinefleisch. Es wird immer nur ein Pfund abgegeben. Das Pfund kostet 1,30 M. In demselben Laden findet ein öffentlicher Verkauf von Fleischkonerven (Schweinefleisch) statt. Das Pfund kostet 1,20 M.

Gerichtszeitung.

Haftung eines Krankenhauses wegen Ansteckung eines Kranken.

Wenn ein Krankenkassenmitglied auf Veranlassung und für Rechnung der Kasse zur Behandlung in ein Krankenhaus aufgenommen wird, so kann es zweifelhaft sein, ob damit ein Vertragsverhältnis seitens der Krankenanstalt nur mit der Kasse oder auch unmittelbar mit dem erkrankten Kassenmitglied zustande kommt. Diese Frage ist nur für den Fall einer Schädigung des Kranken durch falsche Behandlung oder durch einen sonstigen Umstand von erheblicher Bedeutung. Denn liegt ein Vertragsverhältnis vor, so hat die Krankenanstalt ohne weiteres jede Fahrlässigkeit ihrer Angestellten zu vertreten (§ 278 BGB.), während anderenfalls eine Haftung nur aus unerlaubter Handlung (§§ 823, 831 BGB.) möglich ist, solchenfalls aber die Anstalt sich durch Führung des Entlastungsbeweises, daß sie bei Auswahl und Beaufsichtigung ihrer Angestellten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet habe, von einer Schadenspflicht befreien kann. Im Gegenfalle zu einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Braunschweig hat am 4. Juni das Reichsgericht mit dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Streitfrage dahin entschieden, daß ein Vertragsverhältnis zwischen Krankenhaus und Kassenpatient anzunehmen ist. Dem Streitfall lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Kellner U. war im Jahre 1911 auf Veranlassung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Barmen, deren Mitglied er war, und auf deren Kosten wegen einer Magen- und Darmkrankung im St. Petruskrankenhaus zu Barmen untergebracht worden. Nachdem er schon 22 Wochen im Krankenhaus war, wurde in dasselbe Zimmer am 13. Oktober 1911 ein Knabe E. gelegt, der an Scharlach erkrankt gewesen war und wegen einer als Folgeerscheinung aufgetretenen Mittelohrentzündung operativ behandelt werden sollte. Vier Tage später ist auch U. infolge Ansteckung durch den Knaben an Scharlach erkrankt. In der Folge zeigte sich bei U. eine chronische rheumatische Erkrankung und eine Herzaffektion, was U. auf die Scharlachansteckung zurückführt. Er will dadurch zum großen Teil erwerbsunfähig geworden sein und erhob deshalb gegen die St. Antonius Pfarrgemeinde zu Barmen als Eigentümerin des Petruskrankenhauses eine Klage auf Schadenersatz. Er führt die Klage auf Vertrag und macht geltend, daß eine Fahrlässigkeit der Krankenhausangestellten darin liege, daß der scharlachkranken Knabe in dem Zimmer des Klägers untergebracht worden sei. Die Beklagte bestreitet ein Vertragsverhältnis zu dem Kläger und meint, sie stehe nur zu der Kasse in Vertragsbeziehungen.

Das Landgericht überließ wies aus diesem Grunde die Klage ab. Im Gegenfalle hierzu hat das Oberlandesgericht Düsseldorf die Beklagte zum Ersatz allen Schadens verurteilt. Es bejaht ein

Vertragsverhältnis zwischen der Beklagten und dem Kläger und führt in seinen Entscheidungsgründen aus, daß der entgegengetretenen Meinung des Oberlandesgerichts Braunschweig nicht zugutommen sei. Der Wille der Kasse beim Abschluß des allgemeinen Aufnahmevertrags mit der Beklagten müsse dahin gegangen sein, ihren Versicherten alle die Rechtsansprüche zuzuwenden, welche sie haben würden, wenn sie selbst unmittelbar den Vertrag mit dem Krankenhaus abschließen, und welche die Kasse nicht geltend machen kann, weil sie nicht geschädigt ist. Es sei nicht abzusehen, warum ein Kranker, der Mitglied einer Kasse ist, schlechter stellen solle als ein Kranker, der direkt einen Vertrag mit dem Krankenhaus abschließt. Diese Ungleichheit lasse sich weder aus dem Gesetz noch aus den Umständen des vorliegenden Falles rechtfertigen. Vielmehr sei anzunehmen, daß die Kasse für die gezahlten Beiträge ihren Mitgliedern möglichst umfangreiche Leistungen gewähren und ihnen namentlich solche Ansprüche nicht entziehen wolle, die die Kasse selbst gar nicht geltend machen kann. Die Versicherten sollten durch den Vertragsabschluss seitens der Kasse unmittelbar selbst vertragliche Ansprüche gegen das Krankenhaus haben. Eine hiervon abweichende Bestimmung sei im Statut der Ortskrankenkasse Barmen nicht enthalten. Die Beklagte sei hiernach dem Kläger für den Schaden vertraglich haftbar. Eine Fahrlässigkeit der Angestellten der Beklagten liege vor. Die Schwester E. habe gewünscht, daß der Knabe E. an Scharlach erkrankt war, und daß auch noch Ansteckungsgefahr bestand. Unter diesen Umständen sei es ein Verschulden, wenn der Knabe E. in dasselbe Zimmer gelegt wurde, in dem sich noch andere nicht scharlachkranken Personen befanden.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil jetzt bestätigt und die von der Beklagten eingelegte Revision zurückgewiesen. (Aktenzeichen: III. 581/14.)

Ein Schreden für Zimmervermieterinnen.

Ein Kongreß Berliner Zimmervermieterinnen tagte gestern auf dem Korridor des Moabiter Kriminalgerichts vor dem Sitzungszimmer der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Es handelte sich um die Zeuginnen, sämtlich Zimmervermieterinnen, in einer Strafsache gegen den Schriftsetzer Walter Bartling, der sich, wie mehrere Stadtbriefe beweisen, der besonderen Aufmerksamkeit verschiedener Gerichtsbehörden im Reiche erfreut.

Vor einiger Zeit tauchte B., nachdem er in Hannover eine Reihe von Straftaten verübt hatte, in Berlin auf und wurde hier bald der Schrecken der Zimmervermieterinnen. Er gab sich bald als Schriftsetzer, bald als Monteur aus, einigen Frauen erzählte er auch, er wolle sich als Kriegsfreiwilliger stellen. Gemeinhlich war er schon am nächsten Tage wieder verschwunden unter Mitnahme der geringen Wertgegenstände der meist in bedrängten Verhältnissen lebenden Frauen. Zur Anklage standen 22 derartige Diebstähle. Der Staatsanwalt beantragte gegen den mehrfach wegen gleicher Diebstähle vorbestraften Angeklagten 4 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Gefängnis.

Aus dem Kriegsgericht der Kommandantur Breslau.

Die russischen Kriegsgefangenen Ignato Sachartschenko und Michael Vichorabow vom 5. Bataillon des Lagers in Neufahrweg waren der unerlaubten Entfernung angeklagt. Sie gaben durch ihren Dolmetscher, Professor Dr. Abicht, an, von ihren eigenen Landsleuten sehr schlecht behandelt und geschlagen worden zu sein, daß sie Blut spuckten, ferner haben sie andere Gefangene bei den preussischen Vorgesetzten schlecht gemacht. Da sie auch gehört, daß die russischen Soldaten, die sich im Feldzug von Deutschen haben festnehmen lassen, nach Auslieferung bei Friedensschluß in Rußland erschossen würden, hätten sich beide aus Angst am 18. April bei Dunkelheit unter Mitnahme von Lebensmitteln aus dem Lager entfernt, indem sie die dichten Stachelbüchsen auseinander bögen und durchkrochen. Vier Tage wanderten sie nach Osten, sie wollten in Deutschland bleiben und sich Arbeit suchen, da sie, der einfachen, daß sie nicht fortkommen, wollen sie sich als Russen am 28. April gemeldet haben und wurden festgenommen. Der Vertreter der Anklage, Militärhilfsrichter Dr. Hesse, beantragte gegen jeden sechs Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte aber die Kräfte zu je neun Monaten Gefängnis. Der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Sonntag, verurteilte: Es soll den russischen Gefangenen durch dieses Exempel vor Augen geführt werden, daß sie bei Entfliehen aus einem Gefangenenlager in Deutschland die Aussicht haben, durch Verhüllung der Strafe wegen unerlaubter Entfernung womöglich noch länger als Strafgefangene in Deutschland zu verbleiben, als vielleicht der Krieg noch dauert.

Aus aller Welt.

Verkaufte Lebensmittel.

Der Krieg kam ins Land, die Grenzen wurden durch den Feind gesperrt, Futtermittel wurden knapp und das Fleisch wurde infolge der Abschächtung des Viehes teuer. Eht mehr Gemüse! erschlachte es ringsumher, denn an Gemüse sollte kein Mangel sein. Doch die Erfahrung lehrte, daß auch der Genuß von Gemüse in den Geldbeutel tiefere Löcher als sonst riß. Die Lebensmittelwucherer sahen die Zeit gekommen, wo sie ihr Schäschen ins Trockene bringen konnten. Einen traffen Fall dieses schändlichen Treibens weiß die „Dresdener Volkszeitung“ aus Chemnitz mitzuteilen. Dort hat ein Grünkrautgroßhändler große Mengen Weichkraut, Rotkraut, Möhren und Kohlräben in seinen Kellern verrotten lassen. In vielen Kuchern wurden die verfaulenen Feldfrüchte abgefahren! Da wurden erst die Waren zurückgehalten, um die Preise auf eine unerschwingliche Höhe zu bringen, als aber die Nachfrage nachließ, setzte man die Preise nicht herab, sondern ließ die zur Ernährung des Volkes notwendigen Lebensmittel einfach verkaufen!

Fischsterben infolge Wasserverunreinigung.

Im Jherflus, der nach einem großen Regen durch Nordböhmen in die Elbe mündet, war letzthin ein großes Fischsterben zu beobachten. Alle Sorten und Größen von Fischen, von den winzigsten Weißfischen bis zu den schönsten Forellen trieben tot oder betäubt auf dem Fluß und natürlich wurden sie in Massen von den Anwohnern „requisitiert“. Und die Ursache? Aus einer Fabrik war verheerend Chlor in den Fluß geleitet worden und hatte die Fische zum Sterben gebracht. Durch diese großfahrlässige Unvorsichtigkeit ist natürlich der Fischreichtum der Jher schwer beeinträchtigt worden. Leben wir jetzt zu äppig, als daß auf diese Weise noch wertvolle menschliche Nahrungsmittel vernichtet werden?

Ein altes Kloster niedergebrannt.

Das im Jahre 1191 errichtete Zisterzienserinnen-Kloster Mariehausen bei Aulhausen am Nordabhang des Riederwaldes, eines der ältesten Gebäude des Rheingaus, ein Denkmal aus der Frühzeit rheinischer Klöster, ist in der vorletzten Nacht durch Schadenfeuer zerstört worden. Die Wohngebäude sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Auch die im Jahre 1219 neuerrichtete Kapelle, die einen eigenen Baustil der Zisterzienser aufwies, ist ein Raub der Flammen geworden. Das Kloster wurde jetzt als Rettungsanstalt verwaelter Kinder benutzt. Das Feuer ist allem Anschein nach durch einen Kamminbrand entstanden und griff so schnell um sich, daß Kinder und Tschirer nur das nackte Leben retten konnten. Die Vörscharbeiten wurden durch Wassermangel sehr erschwert.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am Mittwoch nachmittags beim Bau einer Infanterielaserte in Löhen. Eine aus Beton hergestellte Treppe stürzte zusammen und verletzte fünf in der Nähe stehende Arbeiter schwer. Zwei der Verunglückten sind ihren Verletzungen bereits erlegen. Zur Aufklärung der Schuldfrage ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Selbstmord eines Nahrungsmittelfälschers. Aus Furcht vor Strafe beging der Badermeister Schwenk in Gerdelengeesverwaltung Brot zu liefern hatte, vermischte den Brotteig mit Holzsgemehl. Dies war entdeckt und ihm die Lieferung entzogen worden. Die Stodung des Betriebes und die Erwartung einer Anklage haben den Mann nun zum Selbstmord getrieben.

Parteiveranstaltungen.

5. Kreis. (1. Abteilung.) Der Jahlabend findet für alle Bezirke bis auf weiteres gemeinschaftlich in den „Unions-Festhällen“, Greifswalder Straße 222, statt. Anfang 8 1/2 Uhr.

Reinickendorf-Bezirk. Der Jahlabend für die Bezirke 1-6 findet im Lokal von Kleemann, Birkenstr. 55, für die Bezirke 7-11 im Lokal von Küning, Schilling-, Ede-Scharnweberstraße, statt.

Vorligwalde-Bezirk. Der Jahlabend für Vorligwalde, Bittkestraße und Charlottenburger Straße findet bei Wilhelm Schulze, Schubarstr. 39, der Jahlabend für Bittkenau bei Witwe Wittchow statt.

Niederichshausen-Nordend. Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Reith, Plantenburger Str. 4; Gemeinamer Jahlabend. 1. Bericht aus der Lebensmittelkommission. 2. Vereinsangelegenheiten.

Rosowes. Mittwoch, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Deutschen Festhällen“ (Hermann Wolfgramm), Wilhelmstr. 41-43, Eingang Friedrichstraße, die Veranstaltung des Wahlvereins statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Wolfenbühler einen Vortrag halten wird über: „Die Festsetzung der Höchstpreise für Lebensmittel“. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Frauenveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der Besuch der Treptower Sternwarte findet nicht am Montag, den 7., sondern Sonnabend, den 12. Juni, statt und zwar abends 8 Uhr zum Aufstiegsbericht: „Karpatischen, Galizien und Polen“. Eintritt 20 Pf. beim Vorhand. Vorher: Gemütliches Zusammenfeiern in der städtischen Erfrischungshalle am Karstentich im Treptower Park.

Der Arbeiter-Wanderverein „Berlin“ veranstaltet am Sonntag, den 18. Juni, eine Spreeausfahrt. Teilnahmekarten a 5,75 M. und ausführliche Prospekte sind bei Böttcher, Stallstr. 22, und bei Weisbach, Grünstr. 21, bis Donnerstag, den 10. Juni, zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die lustigste Sprechstunde findet für Abonnenten Lindstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Neben für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Auslande- und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Knonnentshaltung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gültig. — G. W. 41. 1. Die Berechnung wird Ihnen jedenfalls verweigert werden. 2. Sie brauchen nur die Geburtsurkunden. 3. Beim Standesamt, wo die Geburt gemeldet ist, die Urkunde zu verlangen. — M. N. 28. Herzkrank; landsturmpflichtig. — M. N. 34. Daß in diesem Fall noch eine Nachmusterung erfolgt, ist kaum anzunehmen. — Tagel. 100. 1. Ja. 2. Nein; er könnte nur in eine Irrenheilanstalt eingeliefert werden. 3. Sie müssen beim Amtsgericht Beschluß erwirken, daß Sie von dem Ehemann getrennt leben können, dann ist er zur Zahlung des Unterhaltsgeldes verpflichtet. — M. N. 1. Krankheiten der Palle; landsturmpflichtig. 2. Rein.

M. N. 105. Ja. — M. N. 24. Wegen allgemeiner Körperbeschwäche dienstuntauglich. Nachmusterung kann noch erfolgen. — M. N. 1875. Zu der Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet. — M. N. 1. Ja. 2. Sie stehen unter Militärgefeß. 3. Führer durch das Einkommensteuergefeß, Buchführung Vorwärts. — M. N. 16. Der Vertrag kann im Todesfall nicht sofort gelöst werden; Sie müssen im Verträge nachlesen, unter welchen Bedingungen er im Todesfall gelöst werden kann. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsbuches könnte der Vertrag zum 1. Oktober gelündigt werden. — 10. Martha. Die Kündigung ist zu spät erfolgt. Durch Unterzeichnung des Mietsvertrages werden Sie jedenfalls erklärt haben, daß die eingebrachten Sachen Ihr Eigentum sind. Deshalb kann die Frau damit nicht ziehen. — Mechaniker Treptow. Landsturm — Infanterie.

M. N. 3. Der Stiefsohn ist zum Unterhalt nicht verpflichtet. Auch die Tochter kann in diesem Falle zum Unterhalt der Mutter nicht verpflichtet werden. — M. N. 87. Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — Spandau 10. Daß seine Veränderung in erster Linie zu erwarten. — Unikum. Als Arbeitssoldat können Sie eingezogen werden. — C. P. 65. Wegen Lungenerkrankung zurückgestellt. — Gustav 33. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 22. Sollen Sie die Veranlagung mit dem Bemerken zurück, daß der Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen ist. — M. N. 12. 1. Diese freiwilige Zusage des Unternehmers kann in Begleit kommen, einen Rechtsanspruch haben Sie darauf nicht. 2. Kropf und Lungenerkrankung. — M. N. 12. Wenn Sie sich mit dem Lehrherrn nicht im guten Einigen können wegen Lösung des Lehrvertrages, so wird dagegen nichts zu machen sein. Für die geleisteten Lehrstunden muß der Sohn Entschädigung erhalten; fragen Sie eventuell vor dem Gewerbeamt. — C. P. 26. Eine Verheißungsbilge wird in dem Fall wenig Aussicht auf Erfolg haben.

M. N. 100. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 1. Die Sachen müssen der Frau herausgegeben werden, sie sind Vorbehaltsgut. 2. Sie können nicht gezwungen werden zur Unterhaltung der Eltern. Wenn der Bruder den Betrag nicht mitunterrichten hat, kann der Wert dessen Sachen nicht pänden. Zur Lösung des Vertrages dagegen vor der Zeit ist der Wert nicht verpflichtet. Das Mietsvertragsgesetz anzurufen, würde sich vielleicht empfehlen, ebenso nochmals Antrag auf Mietszuschuß für den Bruder zu stellen. — M. N. 33. Ja. — M. N. 99. Mit Bestimmtheit können wir das nicht sagen, wahrscheinlich werden Sie nicht mehr gemustert.

Rechtsratsbericht. Die Gewährung freier Eisenbahnfahrt für beurlaubte Soldaten ist zunächst nur ein Wunsch des Reichstags. Die Regierung selbst hat darüber noch keine genauen Mitteilungen gemacht, auch nicht über die Frage, ob die freie Fahrt für Angehörige mobiler und immobilier Truppenteile gewährt wird. — G. S. 2470. Ja. 24 März monatlich. — M. N. 51. Das Dbst gehört dem Wächter. — G. S. 52. 1. Eine Nachmusterung kann erfolgen. 2. Geringes Lungenerkrankung; dienstfähig. 3. Den Kauf hätten Sie wegen Täuschung anfechten können. Jetzt nach Jahren werden Sie aber den Beweis dafür nicht mehr erbringen können und deshalb ist zu befürchten, daß Sie bei einer eventuellen Klage gegen Sie verurteilt werden. — Charlottenburg. Ja.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gültig. — G. W. 41. 1. Die Berechnung wird Ihnen jedenfalls verweigert werden. 2. Sie brauchen nur die Geburtsurkunden. 3. Beim Standesamt, wo die Geburt gemeldet ist, die Urkunde zu verlangen. — M. N. 28. Herzkrank; landsturmpflichtig. — M. N. 34. Daß in diesem Fall noch eine Nachmusterung erfolgt, ist kaum anzunehmen. — Tagel. 100. 1. Ja. 2. Nein; er könnte nur in eine Irrenheilanstalt eingeliefert werden. 3. Sie müssen beim Amtsgericht Beschluß erwirken, daß Sie von dem Ehemann getrennt leben können, dann ist er zur Zahlung des Unterhaltsgeldes verpflichtet. — M. N. 1. Krankheiten der Palle; landsturmpflichtig. 2. Rein.

M. N. 105. Ja. — M. N. 24. Wegen allgemeiner Körperbeschwäche dienstuntauglich. Nachmusterung kann noch erfolgen. — M. N. 1875. Zu der Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet. — M. N. 1. Ja. 2. Sie stehen unter Militärgefeß. 3. Führer durch das Einkommensteuergefeß, Buchführung Vorwärts. — M. N. 16. Der Vertrag kann im Todesfall nicht sofort gelöst werden; Sie müssen im Verträge nachlesen, unter welchen Bedingungen er im Todesfall gelöst werden kann. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsbuches könnte der Vertrag zum 1. Oktober gelündigt werden. — 10. Martha. Die Kündigung ist zu spät erfolgt. Durch Unterzeichnung des Mietsvertrages werden Sie jedenfalls erklärt haben, daß die eingebrachten Sachen Ihr Eigentum sind. Deshalb kann die Frau damit nicht ziehen. — Mechaniker Treptow. Landsturm — Infanterie.

M. N. 3. Der Stiefsohn ist zum Unterhalt nicht verpflichtet. Auch die Tochter kann in diesem Falle zum Unterhalt der Mutter nicht verpflichtet werden. — M. N. 87. Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — Spandau 10. Daß seine Veränderung in erster Linie zu erwarten. — Unikum. Als Arbeitssoldat können Sie eingezogen werden. — C. P. 65. Wegen Lungenerkrankung zurückgestellt. — Gustav 33. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 22. Sollen Sie die Veranlagung mit dem Bemerken zurück, daß der Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen ist. — M. N. 12. 1. Diese freiwilige Zusage des Unternehmers kann in Begleit kommen, einen Rechtsanspruch haben Sie darauf nicht. 2. Kropf und Lungenerkrankung. — M. N. 12. Wenn Sie sich mit dem Lehrherrn nicht im guten Einigen können wegen Lösung des Lehrvertrages, so wird dagegen nichts zu machen sein. Für die geleisteten Lehrstunden muß der Sohn Entschädigung erhalten; fragen Sie eventuell vor dem Gewerbeamt. — C. P. 26. Eine Verheißungsbilge wird in dem Fall wenig Aussicht auf Erfolg haben.

M. N. 100. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 1. Die Sachen müssen der Frau herausgegeben werden, sie sind Vorbehaltsgut. 2. Sie können nicht gezwungen werden zur Unterhaltung der Eltern. Wenn der Bruder den Betrag nicht mitunterrichten hat, kann der Wert dessen Sachen nicht pänden. Zur Lösung des Vertrages dagegen vor der Zeit ist der Wert nicht verpflichtet. Das Mietsvertragsgesetz anzurufen, würde sich vielleicht empfehlen, ebenso nochmals Antrag auf Mietszuschuß für den Bruder zu stellen. — M. N. 33. Ja. — M. N. 99. Mit Bestimmtheit können wir das nicht sagen, wahrscheinlich werden Sie nicht mehr gemustert.

Rechtsratsbericht. Die Gewährung freier Eisenbahnfahrt für beurlaubte Soldaten ist zunächst nur ein Wunsch des Reichstags. Die Regierung selbst hat darüber noch keine genauen Mitteilungen gemacht, auch nicht über die Frage, ob die freie Fahrt für Angehörige mobiler und immobilier Truppenteile gewährt wird. — G. S. 2470. Ja. 24 März monatlich. — M. N. 51. Das Dbst gehört dem Wächter. — G. S. 52. 1. Eine Nachmusterung kann erfolgen. 2. Geringes Lungenerkrankung; dienstfähig. 3. Den Kauf hätten Sie wegen Täuschung anfechten können. Jetzt nach Jahren werden Sie aber den Beweis dafür nicht mehr erbringen können und deshalb ist zu befürchten, daß Sie bei einer eventuellen Klage gegen Sie verurteilt werden. — Charlottenburg. Ja.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gültig. — G. W. 41. 1. Die Berechnung wird Ihnen jedenfalls verweigert werden. 2. Sie brauchen nur die Geburtsurkunden. 3. Beim Standesamt, wo die Geburt gemeldet ist, die Urkunde zu verlangen. — M. N. 28. Herzkrank; landsturmpflichtig. — M. N. 34. Daß in diesem Fall noch eine Nachmusterung erfolgt, ist kaum anzunehmen. — Tagel. 100. 1. Ja. 2. Nein; er könnte nur in eine Irrenheilanstalt eingeliefert werden. 3. Sie müssen beim Amtsgericht Beschluß erwirken, daß Sie von dem Ehemann getrennt leben können, dann ist er zur Zahlung des Unterhaltsgeldes verpflichtet. — M. N. 1. Krankheiten der Palle; landsturmpflichtig. 2. Rein.

M. N. 105. Ja. — M. N. 24. Wegen allgemeiner Körperbeschwäche dienstuntauglich. Nachmusterung kann noch erfolgen. — M. N. 1875. Zu der Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet. — M. N. 1. Ja. 2. Sie stehen unter Militärgefeß. 3. Führer durch das Einkommensteuergefeß, Buchführung Vorwärts. — M. N. 16. Der Vertrag kann im Todesfall nicht sofort gelöst werden; Sie müssen im Verträge nachlesen, unter welchen Bedingungen er im Todesfall gelöst werden kann. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsbuches könnte der Vertrag zum 1. Oktober gelündigt werden. — 10. Martha. Die Kündigung ist zu spät erfolgt. Durch Unterzeichnung des Mietsvertrages werden Sie jedenfalls erklärt haben, daß die eingebrachten Sachen Ihr Eigentum sind. Deshalb kann die Frau damit nicht ziehen. — Mechaniker Treptow. Landsturm — Infanterie.

M. N. 3. Der Stiefsohn ist zum Unterhalt nicht verpflichtet. Auch die Tochter kann in diesem Falle zum Unterhalt der Mutter nicht verpflichtet werden. — M. N. 87. Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — Spandau 10. Daß seine Veränderung in erster Linie zu erwarten. — Unikum. Als Arbeitssoldat können Sie eingezogen werden. — C. P. 65. Wegen Lungenerkrankung zurückgestellt. — Gustav 33. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 22. Sollen Sie die Veranlagung mit dem Bemerken zurück, daß der Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen ist. — M. N. 12. 1. Diese freiwilige Zusage des Unternehmers kann in Begleit kommen, einen Rechtsanspruch haben Sie darauf nicht. 2. Kropf und Lungenerkrankung. — M. N. 12. Wenn Sie sich mit dem Lehrherrn nicht im guten Einigen können wegen Lösung des Lehrvertrages, so wird dagegen nichts zu machen sein. Für die geleisteten Lehrstunden muß der Sohn Entschädigung erhalten; fragen Sie eventuell vor dem Gewerbeamt. — C. P. 26. Eine Verheißungsbilge wird in dem Fall wenig Aussicht auf Erfolg haben.

M. N. 100. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 1. Die Sachen müssen der Frau herausgegeben werden, sie sind Vorbehaltsgut. 2. Sie können nicht gezwungen werden zur Unterhaltung der Eltern. Wenn der Bruder den Betrag nicht mitunterrichten hat, kann der Wert dessen Sachen nicht pänden. Zur Lösung des Vertrages dagegen vor der Zeit ist der Wert nicht verpflichtet. Das Mietsvertragsgesetz anzurufen, würde sich vielleicht empfehlen, ebenso nochmals Antrag auf Mietszuschuß für den Bruder zu stellen. — M. N. 33. Ja. — M. N. 99. Mit Bestimmtheit können wir das nicht sagen, wahrscheinlich werden Sie nicht mehr gemustert.

Rechtsratsbericht. Die Gewährung freier Eisenbahnfahrt für beurlaubte Soldaten ist zunächst nur ein Wunsch des Reichstags. Die Regierung selbst hat darüber noch keine genauen Mitteilungen gemacht, auch nicht über die Frage, ob die freie Fahrt für Angehörige mobiler und immobilier Truppenteile gewährt wird. — G. S. 2470. Ja. 24 März monatlich. — M. N. 51. Das Dbst gehört dem Wächter. — G. S. 52. 1. Eine Nachmusterung kann erfolgen. 2. Geringes Lungenerkrankung; dienstfähig. 3. Den Kauf hätten Sie wegen Täuschung anfechten können. Jetzt nach Jahren werden Sie aber den Beweis dafür nicht mehr erbringen können und deshalb ist zu befürchten, daß Sie bei einer eventuellen Klage gegen Sie verurteilt werden. — Charlottenburg. Ja.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gültig. — G. W. 41. 1. Die Berechnung wird Ihnen jedenfalls verweigert werden. 2. Sie brauchen nur die Geburtsurkunden. 3. Beim Standesamt, wo die Geburt gemeldet ist, die Urkunde zu verlangen. — M. N. 28. Herzkrank; landsturmpflichtig. — M. N. 34. Daß in diesem Fall noch eine Nachmusterung erfolgt, ist kaum anzunehmen. — Tagel. 100. 1. Ja. 2. Nein; er könnte nur in eine Irrenheilanstalt eingeliefert werden. 3. Sie müssen beim Amtsgericht Beschluß erwirken, daß Sie von dem Ehemann getrennt leben können, dann ist er zur Zahlung des Unterhaltsgeldes verpflichtet. — M. N. 1. Krankheiten der Palle; landsturmpflichtig. 2. Rein.

M. N. 105. Ja. — M. N. 24. Wegen allgemeiner Körperbeschwäche dienstuntauglich. Nachmusterung kann noch erfolgen. — M. N. 1875. Zu der Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet. — M. N. 1. Ja. 2. Sie stehen unter Militärgefeß. 3. Führer durch das Einkommensteuergefeß, Buchführung Vorwärts. — M. N. 16. Der Vertrag kann im Todesfall nicht sofort gelöst werden; Sie müssen im Verträge nachlesen, unter welchen Bedingungen er im Todesfall gelöst werden kann. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsbuches könnte der Vertrag zum 1. Oktober gelündigt werden. — 10. Martha. Die Kündigung ist zu spät erfolgt. Durch Unterzeichnung des Mietsvertrages werden Sie jedenfalls erklärt haben, daß die eingebrachten Sachen Ihr Eigentum sind. Deshalb kann die Frau damit nicht ziehen. — Mechaniker Treptow. Landsturm — Infanterie.

M. N. 3. Der Stiefsohn ist zum Unterhalt nicht verpflichtet. Auch die Tochter kann in diesem Falle zum Unterhalt der Mutter nicht verpflichtet werden. — M. N. 87. Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — Spandau 10. Daß seine Veränderung in erster Linie zu erwarten. — Unikum. Als Arbeitssoldat können Sie eingezogen werden. — C. P. 65. Wegen Lungenerkrankung zurückgestellt. — Gustav 33. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 22. Sollen Sie die Veranlagung mit dem Bemerken zurück, daß der Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen ist. — M. N. 12. 1. Diese freiwilige Zusage des Unternehmers kann in Begleit kommen, einen Rechtsanspruch haben Sie darauf nicht. 2. Kropf und Lungenerkrankung. — M. N. 12. Wenn Sie sich mit dem Lehrherrn nicht im guten Einigen können wegen Lösung des Lehrvertrages, so wird dagegen nichts zu machen sein. Für die geleisteten Lehrstunden muß der Sohn Entschädigung erhalten; fragen Sie eventuell vor dem Gewerbeamt. — C. P. 26. Eine Verheißungsbilge wird in dem Fall wenig Aussicht auf Erfolg haben.

M. N. 100. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 1. Die Sachen müssen der Frau herausgegeben werden, sie sind Vorbehaltsgut. 2. Sie können nicht gezwungen werden zur Unterhaltung der Eltern. Wenn der Bruder den Betrag nicht mitunterrichten hat, kann der Wert dessen Sachen nicht pänden. Zur Lösung des Vertrages dagegen vor der Zeit ist der Wert nicht verpflichtet. Das Mietsvertragsgesetz anzurufen, würde sich vielleicht empfehlen, ebenso nochmals Antrag auf Mietszuschuß für den Bruder zu stellen. — M. N. 33. Ja. — M. N. 99. Mit Bestimmtheit können wir das nicht sagen, wahrscheinlich werden Sie nicht mehr gemustert.

Rechtsratsbericht. Die Gewährung freier Eisenbahnfahrt für beurlaubte Soldaten ist zunächst nur ein Wunsch des Reichstags. Die Regierung selbst hat darüber noch keine genauen Mitteilungen gemacht, auch nicht über die Frage, ob die freie Fahrt für Angehörige mobiler und immobilier Truppenteile gewährt wird. — G. S. 2470. Ja. 24 März monatlich. — M. N. 51. Das Dbst gehört dem Wächter. — G. S. 52. 1. Eine Nachmusterung kann erfolgen. 2. Geringes Lungenerkrankung; dienstfähig. 3. Den Kauf hätten Sie wegen Täuschung anfechten können. Jetzt nach Jahren werden Sie aber den Beweis dafür nicht mehr erbringen können und deshalb ist zu befürchten, daß Sie bei einer eventuellen Klage gegen Sie verurteilt werden. — Charlottenburg. Ja.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gültig. — G. W. 41. 1. Die Berechnung wird Ihnen jedenfalls verweigert werden. 2. Sie brauchen nur die Geburtsurkunden. 3. Beim Standesamt, wo die Geburt gemeldet ist, die Urkunde zu verlangen. — M. N. 28. Herzkrank; landsturmpflichtig. — M. N. 34. Daß in diesem Fall noch eine Nachmusterung erfolgt, ist kaum anzunehmen. — Tagel. 100. 1. Ja. 2. Nein; er könnte nur in eine Irrenheilanstalt eingeliefert werden. 3. Sie müssen beim Amtsgericht Beschluß erwirken, daß Sie von dem Ehemann getrennt leben können, dann ist er zur Zahlung des Unterhaltsgeldes verpflichtet. — M. N. 1. Krankheiten der Palle; landsturmpflichtig. 2. Rein.

M. N. 105. Ja. — M. N. 24. Wegen allgemeiner Körperbeschwäche dienstuntauglich. Nachmusterung kann noch erfolgen. — M. N. 1875. Zu der Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet. — M. N. 1. Ja. 2. Sie stehen unter Militärgefeß. 3. Führer durch das Einkommensteuergefeß, Buchführung Vorwärts. — M. N. 16. Der Vertrag kann im Todesfall nicht sofort gelöst werden; Sie müssen im Verträge nachlesen, unter welchen Bedingungen er im Todesfall gelöst werden kann. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechtsbuches könnte der Vertrag zum 1. Oktober gelündigt werden. — 10. Martha. Die Kündigung ist zu spät erfolgt. Durch Unterzeichnung des Mietsvertrages werden Sie jedenfalls erklärt haben, daß die eingebrachten Sachen Ihr Eigentum sind. Deshalb kann die Frau damit nicht ziehen. — Mechaniker Treptow. Landsturm — Infanterie.

M. N. 3. Der Stiefsohn ist zum Unterhalt nicht verpflichtet. Auch die Tochter kann in diesem Falle zum Unterhalt der Mutter nicht verpflichtet werden. — M. N. 87. Landsturm ohne Waffe; Arbeitssoldat. — Spandau 10. Daß seine Veränderung in erster Linie zu erwarten. — Unikum. Als Arbeitssoldat können Sie eingezogen werden. — C. P. 65. Wegen Lungenerkrankung zurückgestellt. — Gustav 33. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 22. Sollen Sie die Veranlagung mit dem Bemerken zurück, daß der Ehemann zum Kriegsdienst eingezogen ist. — M. N. 12. 1. Diese freiwilige Zusage des Unternehmers kann in Begleit kommen, einen Rechtsanspruch haben Sie darauf nicht. 2. Kropf und Lungenerkrankung. — M. N. 12. Wenn Sie sich mit dem Lehrherrn nicht im guten Einigen können wegen Lösung des Lehrvertrages, so wird dagegen nichts zu machen sein. Für die geleisteten Lehrstunden muß der Sohn Entschädigung erhalten; fragen Sie eventuell vor dem Gewerbeamt. — C. P. 26. Eine Verheißungsbilge wird in dem Fall wenig Aussicht auf Erfolg haben.

M. N. 100. Kriegsberufungs-schweig. — M. N. 1. Die Sachen müssen der Frau herausgegeben werden, sie sind Vorbehaltsgut. 2. Sie können nicht gezwungen werden zur Unterhaltung der Eltern. Wenn der Bruder den Betrag nicht mitunterrichten hat, kann der Wert dessen Sachen nicht pänden. Zur Lösung des Vertrages dagegen vor der Zeit ist der Wert nicht verpflichtet. Das Mietsvertragsgesetz anzurufen, würde sich vielleicht empfehlen, ebenso nochmals Antrag auf Mietszuschuß für den Bruder zu stellen. — M. N. 33. Ja. — M. N. 99. Mit Bestimmtheit können wir das nicht sagen, wahrscheinlich werden Sie nicht mehr gemustert.

Rechtsratsbericht. Die Gewährung freier Eisenbahnfahrt für beurlaubte Soldaten ist zunächst nur ein Wunsch des Reichstags. Die Regierung selbst hat darüber noch keine genauen Mitteilungen gemacht, auch nicht über die Frage, ob die freie Fahrt für Angehörige mobiler und immobilier Truppenteile gewährt wird. — G. S. 2470. Ja. 24 März monatlich. — M. N. 51. Das Dbst gehört dem Wächter. — G. S. 52. 1. Eine Nachmusterung kann erfolgen. 2. Geringes Lungenerkrankung; dienstfähig. 3. Den Kauf hätten Sie wegen Täuschung anfechten können. Jetzt nach Jahren werden Sie aber den Beweis dafür nicht mehr erbringen können und deshalb ist zu befürchten, daß Sie bei einer eventuellen Klage gegen Sie verurteilt werden. — Charlottenburg. Ja.

M. N. 100. Rein. — M. N. 12. Ja. — M. N. 99. 50 bis 60 M. monatlich. — M. N. 1885. Das Testament ist gü